

Prels des heftes 20 Pfennig

ZEITSCHRIFT FÜR KAMPF UND ARBEIT

MOPR

DER INTERNATIONALEN ROTEN HILFE

2. Jahrgang

Februar 1927

Nummer 1

I N H A L T

ZUM 1. INTERNATIONALEN KONGRESS DER IRH.

Michel: Grundformen der IRH-Organisation

G. Stachowitsch: Auf neue Geleis

N. Pfaff: Zum Emigrantenproblem

E. Fisch: Politische Wandlungen in Deutschland

A. Schuk: Nationalrevolutionäre Bewegung und weißer Terror in den Kolonien

J. Rabinowitsch: Einige Bemerkungen über internationale Kampagnen

M. Schorr: Die Kampagnen der RHÖ.

NOTIZEN

Das Referentenmaterial — Berichterstatter und Korrespondenten der RH.

AUS DER RH.-INTERNATIONALE

Rote-Hilfe-Bewegung in China — Zweite Nationalkonferenz in Amerika

— Die IRH. der Schweiz und ihr 1. Kongreß — Die IRH. der USSR. —

Die Ausstellung der IRH. in der Schweiz

RH.-LITERATUR

Material für die Tätigkeit der Gefangenen-Beiräte — Halle, Anklage gegen Justiz und Polizei

Zum 1. Internationalen Kongreß der IRH.

Grundformen der IRH.-Organisation

Von Michel

Wenn wir über Organisationsfragen sprechen — und das soll in nachfolgendem geschehen — dann dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, aus der Organisationsform einen Fetisch zu machen. Wir dürfen vielmehr niemals vergessen, daß zwischen Form und Inhalt, zwischen der äußeren Struktur und dem inneren Leben einer Organisation eine innige Wechselwirkung besteht. Ohne politischen Gehalt ist eine straffe, aktive proletarische Massenorganisation niemals denkbar, wie umgekehrt ohne straffe Organisation revolutionäre Aktionen eine Illusion sind und bleiben.

Die Formen einer Organisation müssen aus dem Zweck, den Aufgaben und den Entwicklungsbedingungen der Organisation herauswachsen, das heißt eine Organisation mit spezifischen Zielen, Aufgaben und Arbeitsbedingungen benötigt spezifische Formen der Organisation

Die IRH. ist eine überparteiliche revolutionäre Massenorganisation, die

1. in Permanenz und durch Kampagnen als Höhepunkt den Kampf gegen den Terror und die Klassenjustiz der Konterrevolution führt,
2. durch materielle, juristische und moralische Hilfe für die proletarischen Klassenkämpfer die Absicht der Reaktion zur Zersprengung der roten Klassenfront vereitelt und
3. auf dem Wege der internationalen proletarischen Solidarität und durch ideologische Durchdringung neue Massen in die Reihen der proletarischen Klassenkämpfer einfügt.

Diese Aufgaben hat die IRH. in einer Epoche der sozialen Revolution zu lösen, in welcher der sich bedroht führende Kapitalismus jedwede Organisation klassenbewußter Proletarier, die IRH. selbst nicht ausgenommen, unterdrückt, in welcher gleichzeitig die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie noch einen bedeutenden Einfluß auf breite Schichten der Werktätigen in Stadt und Land ausübt und diese auch gegen die IRH. hetzt, in welcher aber auch eine deutliche Linksschwenkung innerhalb der Arbeiterklasse, ja zum Teil sogar innerhalb der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Schichten bemerkbar ist.

Aus diesen Feststellungen gilt es nun, die richtigen Schlußfolgerungen für die Organisationsformen der IRH. zu ziehen.

I. Genügt die Wohnbezirksorganisation für die IRH.?

In der Geschichte der politischen Arbeiterbewegung gibt es dem Wesen nach zwei Arten der Organisationsform: Die eine basiert auf den Wohnbezirken und die

andere auf den Betriebszellen. Auf dem I. Internationalen Kongreß der IRH. wird eine klare Antwort auf die Frage gefordert, welche von beiden für unsere Organisation die richtige ist, oder ob nicht eine Verknüpfung der beiden die besten Bedingungen für den weiteren Aufbau der IRH. schafft.

Wir stellen zunächst die Frage: Genügt die Wohnbezirksorganisation, das heißt die ältere Form, für die IRH.? Die Wohnbezirksorganisation nach Art der sozialdemokratischen Parteien war und ist heute noch lediglich auf die Wahlen zu den verschiedensten Parlamenten zugeschnitten und erfüllt hierfür voll und ganz ihren Zweck. Wäre die IRH. nur ein humanistischer Geldsammelverein, dann würde die Wohnbezirksorganisation nach dem Muster der sozialdemokratischen Parteien ohne weiteres auch für die IRH. ausreichen.

Aber die IRH. ist eine proletarische Klassenkampforganisation, die um das Schicksal unserer besten Klassenbrüder und um Herz und Hirn aller Werktätigen mit der Bourgeoisie und ihren Schleppenträgern ringt. Infolgedessen muß sie einen ganz anderen Maßstab anlegen als etwa die II. Internationale und deren Landesparteien.

Um nur ein einziges Beispiel zunächst anzuführen: Die in der IRH. zusammengefaßten Arbeiter und Bauern müssen unter Umständen — das erfordert die durch die Methoden des Terrors und der Klassenjustiz bedingte Schlagartigkeit der IRH.-Aktionen — sehr rasch und ohne besondere Anweisungen von oben den Protest gegen Terror und Klassenjustiz organisieren. Ist das bei der unbestreitbaren Schwerfälligkeit der Wohnbezirksorganisation möglich? Niemals. Die IRH. braucht also unbedingt eine organisatorische Verankerung dort, wo die Proletarier in größeren Massen zusammengefaßt sind: In den Betrieben (Fabriken, Werkstätten, Eisenbahnen, Häfen, Büros, Gütern usw.) und in den Massenorganisationen (Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur-, Sport-, Turnverbänden usw.).

Man könnte uns entgegenhalten, die IRH. habe doch auch seither Kampagnen geführt, obwohl sie keine oder doch nur sehr wenige Betriebszellen besaß. Zweifellos kann man nicht bestreiten, daß die IRH. in der Vergangenheit zum Teil sogar recht wirkungsvolle Kampagnen durchgeführt hat. Aber wir behaupten: Das können und dürfen erst bescheidene Anfänge gewesen sein, die gerade durch Schaffung möglichst vieler Betriebszellen vervielfacht werden können und müssen.

In der Frage der Betriebszellen der IRH. wird aller Wahrscheinlichkeit nach in der Internationale die Diskussion einsetzen, und es ist deshalb notwendig, etwas ausführlicher bei der Bedeutung der Betriebszelle für die IRH. zu verweilen.

II. Warum ist die Betriebszelle für die IRH. notwendig?

Die Bilanz unserer seitherigen Tätigkeit, insbesondere die Ergebnisse unserer Kampagnen, zeigen, daß wir verhältnismäßig ansehnliche Massen, Angehörige der verschiedensten sozialen Schichten mobilisieren und beeinflussen konnten. Ist es uns aber gelungen, auch nur diejenigen unter ihnen, die der Arbeiterklasse angehören, organisatorisch zu erfassen? Keineswegs. Und warum nicht? Weil ein Strohfeuer, das elementar in Massenkundgebungen aufflammt, rasch wieder verglimmt, und weil eine Dauereinwirkung erforderlich ist, um die einmal politisch Beeinflussten ganz zu den unseren zu machen.

Mit anderen Worten ausgedrückt: So wirksam und unentbehrlich auch Massenagitation und Massenpropaganda sein mögen, sie bedürfen doch unbedingt einer Ergänzung durch die individuelle Agitation und Propaganda, wenn sie zu wesentlichen organisatorischen Ergebnissen führen sollen. Auf die individuelle Beeinflussung müssen wir um so mehr Wert legen, als es dem politischen und wirtschaftlichen Druck der herrschenden Klasse und der Hetze sozialverräterischer Führer seither immer noch gelungen ist, breite Schichten der Werktätigen von

unseren Veranstaltungen fernzuhalten. Diesen Zustand zu beseitigen, dazu gehört neben vielem anderen auch eine unermüdliche individuelle Bearbeitung der noch nicht klassenbewußten Proletarier dort, wo sie mit ihren fortgeschritteneren Klassengenossen in der gleichen Fron und gleichgeknebelt einen großen Teil ihres Lebens zubringen: an der Werkbank, im Betrieb.

Wieder wird man uns entgegenhalten: die IRH.-Arbeit im Betrieb sei auch ohne Betriebszelle möglich. Und wir antworten: nur eine gut funktionierende Betriebszelle der Roten Hilfe ist imstande, einem Maximum der in den Betrieben Arbeitenden, die noch nicht mit uns sind, systematisch, Tropfen um Tropfen den Gedanken der proletarischen Solidarität einzuträufeln und sie auf diese Weise endlich auch organisatorisch zu uns herüberzuziehen.

Die größtmögliche organisatorische Erfassung der Betriebsarbeiter aber erfordert deshalb unsere besondere Aufmerksamkeit und Energie, weil in der sich immer mehr ausdehnenden IRH. dem klassenbewußten Industrieproletariat unbedingt der maßgebende Einfluß gesichert werden muß.

Noch eines müssen wir berücksichtigen. Als ein wichtiges Gebiet unserer Tätigkeit kommen die proletarischen Massenorganisationen, die Gewerkschaften, Kultur-, Sport- und Turnverbände usw. in Betracht. Jede Statistik erhellt, daß die Hauptkontingente der Mitglieder dieser Organisationen vom Industrieproletariat, von den Arbeitern der Betriebe gestellt werden. Andererseits ist es eine Erfahrungstatsache, daß die Rote-Hilfe-Arbeit in den genannten Massenorganisationen auf große Hindernisse stößt, weil diese sich mit wenigen Ausnahmen noch vollständig unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Bürokratie befinden. Nur dort, wo der erforderliche Druck der Mitgliedschaften auf die Führer ausgeübt wird, gelingt es, die der IRH. entgegengesetzten Widerstände zu überwinden. Diesen Druck durch eine aktive Tätigkeit innerhalb der in Frage kommenden „neutralen“ Massenorganisationen zu erzeugen, ist in den allermeisten Fällen nicht möglich. Wir alle kennen den sozialdemokratischen Bürokratenapparat und die sozialdemokratische Versammlungsregie. Hier tut Hilfe von außen not. Von woher? Es ist ganz klar, je mehr Mitglieder der genannten Massenorganisationen in den Betrieben — natürlich auch sonst, wo es nur möglich ist — für die Rote Hilfe gewonnen werden können, desto leichter wird es sein, den erforderlichen Druck auf die Führerschaft der Massenorganisationen hervorzurufen und auf diese Art und Weise die Hindernisse für die Rote Hilfe aus dem Wege zu räumen. Das bedeutet also: Auch der Weg in die proletarischen Massenorganisationen führt durch die Betriebe.

Dann ein weiteres Moment. Wir glauben absolut kein Geheimnis zu verraten, wenn wir die Tatsache anführen, daß ein großer Teil der IRH.-Sektionen gezwungen ist, illegal zu arbeiten. Und genau so wenig dürfte es ein Geheimnis sein, das wir ängstlich zu hüten hätten, wenn wir der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß mit der Verschärfung der Klassengegensätze in den verschiedenen Ländern auch solche Rote-Hilfe-Organisationen, die heute noch legal sind, über kurz oder lang ebenfalls zur Illegalität verdammt werden können. Die Bourgeoisie wird letzten Endes auch nicht davor zurückschrecken, unter den fadenscheinigsten Vorwänden die Rote Hilfe zu verbieten, wenn es ihre Geldsackinteressen erheischen. Solche Perioden der Illegalität — das lehrt eingehend die Erfahrung — wirken immer lähmend auf die Tätigkeit einer Organisation, sie müssen aber geradezu vernichtend wirken, wenn wir nicht organisatorisch in aller Form festen Fuß in den Betrieben gefaßt haben. Wir könnten eine ganze Reihe von Beispielen anführen, die zur Genüge beweisen, wie der Mangel und das Vorhandensein von Rote-Hilfe-Betriebszellen im Falle der Illegalität unserer Sektionen in die Erscheinung treten.

Die Reihe der Gründe für die Notwendigkeit der Rote-Hilfe-Betriebszellen ließe sich noch weiter fortsetzen. Aber wir glauben, das bereits Angeführte genügt

vollauf, um jeden, der sich nur überzeugen lassen will, davon zu überzeugen, daß es nur eine Losung in dieser Hinsicht geben kann: Kein Betrieb — ohne Rote-Hilfe-Zelle!

III. Soll die Betriebszelle die einzige Grundlage der IRH.-Organisation sein?

Eine andere Frage ist es, ob wir so weit gehen können, die IRH. voll und ganz und einzig und allein auf den Betriebszellen aufzubauen, was gleichbedeutend damit wäre, die gesamte IRH. nach einer dreijährigen Entwicklung vollständig auf die Betriebszelle umzustellen. Damit würden wir die Organisationsform der Kommunistischen Internationale übernehmen.

Wir würden keineswegs davor zurückschrecken, das zu tun, sobald es die Zweckmäßigkeit erfordern würde. Die Frage steht also so: Wäre das zweckmäßig?

Die IRH. ist nicht eine Organisation, die das Proletariat bei der Eroberung und Aufrechterhaltung der Macht sowie beim Aufbau der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu führen hat, die also ihre Mitgliedschaft, was deren soziale Lage anbelangt, in der Hauptsache dem fortgeschrittensten Teil des Industrie-proletariats entnehmen müßte. Die IRH. ist vielmehr eine Hilfsorganisation des kämpfenden Proletariats, die allen Werktätigen ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit Hilfe erweist, wenn dieselben infolge der Verteidigung proletarischer Klasseninteressen mit dem Machtapparat der Bourgeoisie in Konflikt geraten und durch denselben verfolgt werden, ganz gleich, ob sie als chinesische Nationalrevolutionäre gegen die imperialistischen Räuber gekämpft, oder sich als politisch unorganisierte Bauern der nationalen Minderheiten gegen ihre Okkupanten zur Wehr gesetzt, oder als Mitglieder der englischen Trade Unions Streikbrecher an der Arbeit gehindert, oder sich als deutsche Reichsbannerleute gegen faschistische Mordbuben ihrer Haut gewehrt, oder sich als Kommunisten an sogenannten hochverräterischen Unternehmungen beteiligt haben. Auf dem Banner der IRH. steht: Internationale proletarische Solidarität! Und unter diesem Banner lassen sich Massen der verschiedensten politischen Strömungen und Richtungen sammeln.

Die IRH. muß und kann also bei der Anwerbung von Mitgliedern die Grenze so weit spannen, als die Bereitwilligkeit reicht, den proletarischen Terror- und Klassenjustizopfern zu helfen.

Daraus folgt: Für die IRH. spielen die außerhalb der Betriebe Stehenden (Hausfrauen, Hausangestellte, Heimarbeiter, Handwerker, freie Berufe usw.), das heißt diejenigen Bevölkerungsschichten, denen der Gedanke der Angliederung an eine Betriebszelle noch allzu fremd ist, eine wesentliche Rolle. Die IRH. kann also nicht ihre gesamte Organisation auf die Betriebszellen gründen, da ein solch doktrinäres Festhalten an diesem Organisationsprinzip dem Verzicht auf die Gewinnung der vorstehend näher bezeichneten Bevölkerungskreise gleich käme. Für die IRH. muß vielmehr noch ein anderer Weg, Mitglieder zu organisieren, offen stehen: Die Straßenzelle.

Somit kommen wir zu dem Schluß, daß die IRH. beide Grundformen der Organisation, wie sie die politische Arbeiterbewegung seither gezeitigt hat, aufweisen muß; in ihrem Organisationssystem müssen zwei Prinzipien obwalten, das territoriale und das betriebliche.

Diese Verknüpfung der Betriebs- und Wohnbezirks-Organisation im Aufbau der IRH. läßt sich generell für die gesamte Internationale festlegen. Ob die in Frage kommende Sektion legal, halblegal oder illegal ist, sie muß beide Formen in der Praxis anwenden. Nicht schematisch bestimmen läßt sich jedoch für die einzelnen Sektionen, ob beide Formen als gleich starke und gleich bedeutende Faktoren nebeneinander bestehen sollen, oder ob die eine oder die andere von ihnen überwiegen muß. In dieser Hinsicht kann es kein Schema geben.

Dabei macht die Schaffung von Straßenzellen keine besonderen Schwierigkeiten, da eine jahrzehntealte Tradition in der proletarischen Bewegung zu ihren Gunsten spricht. Hindernisse aber — und nicht geringe — stellen sich vor allen Dingen dem Aufbau von Betriebszellen entgegen, allerdings Hindernisse, die nicht so groß sind, als daß sie die Notwendigkeit der Betriebszelle für die IRH. übersteigen könnten, also Hindernisse, die von uns überwunden werden müssen.

IV. Wie sind die Betriebs- und Straßenzellen in die Orts-Organisationen der IRH. einzufügen?

Es kann nicht die Aufgabe sein, im Rahmen des vorliegenden Artikels eine erschöpfende Darlegung über Struktur und Inhalt der Zellen zu machen. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Zellen selbstverständlich über alle Rechte und Pflichten der Organisation in ihrem Wirkungsbereich verfügen müssen: Über Mitgliederregistrierung, Beitragskassierung, Agitations- und Propagandaarbeit usw., und daß sie demzufolge auch ihre entsprechende Leitung (Büros) besitzen müssen.

Uns muß hier noch die Frage interessieren, wie die Betriebs- und Straßenzellen in die Ortsorganisationen der IRH. eingefügt werden müssen. Zweckmäßigerweise müssen wir in dieser Hinsicht drei Typen unterscheiden: a) die Großstadt, b) die mittlere Stadt und c) die Kleinstadt und das Dorf.

Es ist ganz klar, daß in der Groß- und Mittelstadt, die in der Regel Handels- und Industriezentren darstellen, die Betriebszelle eine beherrschende Rolle spielt, während in der Kleinstadt und im Dorf, nach Lage der Dinge, die Straßenzelle überwiegen wird.

In der Großstadt, die bereits ihre administrativ-territoriale Gliederung aufweist, an die sich unsere Organisation gezwungenermaßen halten muß, werden die nach einem genauen Plan geschaffenen Betriebs- und Straßenzellen zu Distriktsverbänden, diese wieder zu Bezirken und alle Bezirke zur Stadtorganisation zusammengefaßt.

Ganz ähnlich liegen die Dinge in der mittleren Stadt, nur mit dem Unterschied, daß infolge der geringeren Ausdehnung und Einwohnerzahl die Einteilung in Bezirke in Wegfall kommt. Hier bilden demnach die vereinigten, aus der Zusammenfassung der Betriebs- und Straßenzellen entstandenen Distriktsverbände unmittelbar die Stadtorganisation.

Anders ist es in der Kleinstadt und im Dorf. Dort ist auch eine derartige Gliederung nicht notwendig. Die Betriebs- und Straßenzellen sind hier weniger zahlreich und infolgedessen so leicht übersehbar, daß sie ohne weiteres zu Ortsorganisation zusammengefaßt werden können. In den kleinen Dörfern ist jegliche Gliederung überhaupt überflüssig. Dort existiert nur die Ortsorganisation, der etwa vorhandene Betriebszellen (auf Gutshöfen usw.) angegliedert werden.

An dieser Stelle erscheint zweckmäßig, auf eine Schwierigkeit aufmerksam zu machen, die vielfach unserem Vordringen auf das flache Land noch entgegensteht. In sehr vielen Landorten glückt es uns nämlich meistens deshalb nicht, Fuß zu fassen, weil dort keine Ortsgruppe einer mit uns sympathisierenden proletarischen Partei besteht. Um trotzdem Rote-Hilfe-Organisationen in solchen Orten ins Leben zu rufen, müssen wir die in verschiedenen Ländern existierenden eigenartigen Verhältnisse ausnützen, die darin zum Ausdruck kommen, daß ein gewisser Teil der Industriearbeiter nicht am Orte ihrer beruflichen Tätigkeit, in der Stadt, sondern in den im Umkreis derselben liegenden Dörfern wohnen. Ja, wir wissen aus Erfahrung, daß Industriearbeiter, die der Landbevölkerung entstammen, in vielen Fällen soweit von ihrem Wohnort entfernt arbeiten, daß sie während der ganzen Woche in der Stadt verbleiben und nur an Feiertagen zu ihrer Familie reisen. Es ist für unser Vordringen ins Dorf und damit für die Rote-Hilfe-Arbeit unter den Landarbeitern und Kleinbauern von höchster Wichtigkeit, die oben bezeichneten

Industrieproletarier im Betriebe, wo sie beschäftigt sind, für unsere Organisation zu gewinnen und sie zu Pionieren der IRH. auf dem flachen Land zu erziehen.

V. Die organisatorische Verankerung der IRH. in den Massenorganisationen.

Nummehr ist noch notwendig, kurz auf die Arbeit in den Massenorganisationen einzugehen und die Richtung derselben aufzuzeigen.

Die Gewerkschaften, Genossenschaften, Kultur-, Sport- und Turnverbände usw. stellen in mancherlei Hinsicht sehr wichtige Gebiete der Tätigkeit für die IRH. dar. Wir müssen sie mehr und mehr in unsere Organisation hineinziehen, sei es durch ihre Anwerbung als Kollektivmitglieder, sei es, indem wir ihre Angehörigen als individuelle Mitglieder der IRH. gewinnen. Wir müssen sie mehr und mehr zum Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz und den weißen Terror ins Feld führen und sie dem Gedanken der Solidarität auch in rein materieller Hinsicht dienstbar machen. Wir müssen politische Erziehungsarbeit im Rahmen unserer ureigensten Aufgaben in diesen Massenorganisationen leisten.

Zu diesem Zwecke gilt es, von drei Ausgangspunkten aus die Kräfte anzusetzen.

Zunächst innerhalb der Massenorganisationen selbst. Es darf keine Gelegenheit verpaßt werden, um Rote-Hilfe-Fragen auf die Tagesordnung ihrer Veranstaltungen zu setzen. Wenn wir diese Forderung erheben, so sind wir uns keinen Augenblick im unklaren darüber, wie schwierig ihre Verwirklichung unter Umständen ist. Immer wieder werden — das wissen wir — die besten Absichten der klassenbewußten Elemente durch die routinierte Regie der sozialdemokratischen Leitung zunichte gemacht. Da hat die Organisation „nichts mit Politik zu tun“, oder es kommt im richtigen Augenblick der bestellte „Antrag auf Schluß der Debatte“, oder es werden jene Überraschungsabstimmungen vorgenommen, in denen fast jeder sozialdemokratische Führer ein wahrer Virtuose ist, usw. Unsere Fortschritte auf diesem Gebiete hängen von zwei Voraussetzungen ab: Von der Schaffung aktiver Initiativgruppen der IRH. und eines Massendrucks auf die Führer in diesen Organisationen.

Was die genannten Initiativgruppen betrifft, scheinen einige Worte zur Aufklärung von Mißverständnissen nicht überflüssig zu sein. Vor uns liegen die Organisationsberichte verschiedener Sektionen, wo wir beispielsweise lesen: Es existieren am 30. April 1926

Zellen in Betrieben	350
Zellen in Wohnbezirken	1244
Zellen in Gewerkschaften	70
Zellen in Vereinen	48 usw.

Hier kann es sich nur um eine Begriffsverwechslung beim Berichterstatter handeln. Können wir die Vereinigungen der Rote-Hilfe-Mitglieder innerhalb einer Gewerkschaft, eines Sportverbandes usw. wirklich eine Zelle nennen? Eine Zelle im Sinne unserer Organisationsprinzipien? Niemals. Diese Rote-Hilfe-Mitglieder, die sich innerhalb einer Massenorganisation zusammenfinden, sind bereits Angehörige verschiedener Betriebs- und Straßenzellen der IRH. und können unmöglich gemeinsam eine neue Zelle bilden. Es kann sich in diesen Fällen — über den Namen läßt sich streiten — nur um Initiativgruppen der IRH. in den Massenorganisationen handeln. Damit sollen ihre Bedeutung und Notwendigkeit absolut nicht geschmälert werden. Im Gegenteil, wir müssen die größte Aufmerksamkeit und Energie darauf lenken, solche Initiativgruppen in allen Massenorganisationen zu schaffen, und zwar in der ganzen Vertikale, das heißt von den Ortsgruppen der betreffenden Organisationen angefangen bis zu deren Zentralinstanzen. Daß

die Lösung einer solchen Aufgabe schwierig und langwierig ist, bedarf keiner ausdrücklichen Betonung. Ohne Zweifel muß dazu Hilfe von außen her kommen.

Die Betriebe — und sie betrachten wir als den zweiten Ausgangspunkt zum Vordringen in die Massenorganisationen — stellen, wie bereits früher erwähnt, die Hauptkontingente derjenigen Proletarier, die in denselben organisiert sind, und es ist infolgedessen eine Frage der Beeinflussung und Gewinnung der Arbeiter in den Betrieben für die Rote Hilfe, in welchem Maße die Initiativgruppen in den Massenorganisationen gestärkt, der Massendruck von unten in denselben gesteigert und damit der Widerstand der der Roten Hilfe feindlichen Führerschaft gebrochen werden kann.

Als dritter Ausgangspunkt und als Hilfe von außen kommt schließlich noch das planmäßige, zielbewußte Streben der Vororte unserer Bezirks- und Zentralverbände in Betracht, auch in den bezirklichen und zentralen Instanzen der Massenorganisationen Anhänger zu gewinnen. Diese Aufgabe setzt mehr als alle anderen die durch nichts zu entmutigende Zähigkeit von Rote-Hilfe-Genossen voraus, die nach dem soundsovielten mißglückten Versuch immer wieder einen Anlauf nehmen, um doch endlich zum Ziele zu gelangen.

Schließlich soll auch nicht vergessen werden, daß wir durch ein gut ausgebautes Vertrauensmännersystem mehr und mehr auch in die Organisationen der linksradikalen bürgerlichen Intelligenz (Liga für Menschenrechte usw.) und in die sozialdemokratische und linksbürgerliche Partei- und Gewerkschaftspresse eindringen müssen.

VI. Die Kollektivmitglieder

In den seitherigen Ausführungen war nur von den individuellen Mitgliedern die Rede, womit sich aber die Organisationstätigkeit der IRH. nicht erschöpft. Vielmehr gehört es mit zu unseren Aufgaben, ganze Betriebe bzw. Organisationen als Kollektivmitglieder, und zwar nicht nur im Anfangsstadium der Entwicklung unserer Organisation, sondern als Dauerbestand, zu gewinnen.

Erfolge auf diesem Gebiete haben für uns eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Einmal spielen die Kollektivmitglieder für den Verlauf unserer Kampagnen eine bedeutende Rolle, und zum andern tragen sie dazu bei, im Bewußtsein breiter Arbeiterschichten die erste Bresche in den Wall zu legen, der von den Führern der sozialdemokratischen Parteien zwischen der IRH. und einem noch erheblichen Teil des internationalen Proletariats aufgerichtet ist. Der nächste daraus entstehende Vorteil beruht in der Tatsache, daß die Kollektivmitgliedschaften das beste Werbefeld zur Erfassung neuer individueller Mitglieder bilden. Wenn also die Kollektivmitgliedschaften auch nicht die hauptsächlichste Organisationsform der IRH. darstellen, so dürfen wir sie doch keinesfalls unterschätzen und vernachlässigen.

Die erste Voraussetzung für die Eroberung der Betriebe und Organisationen als Kollektivmitglieder der IRH. ist das Vorhandensein aktiver Initiativgruppen bzw. Zellen innerhalb derselben, und die zweite, die geschickte Ausnützung der aktuellen Ereignisse. Das kann natürlich nicht heißen, daß hierzu nur die Geschehnisse im nationalen und internationalen Ausmaße geeignet wären. Oft sind es Übergriffe des bürgerlichen Machtapparats im engeren Kreise des Betriebs, der Gewerkschaft usw., die den Anstoß zum kollektiven Beitritt zur IRH. bilden können, wenn unsere Genossen nur genügend wachsam und rührig sind.

Im großen und ganzen muß sich die Eroberung der Kollektivmitglieder analog dem Aufbau von Initiativgruppen in den Massenorganisationen vollziehen, das heißt es muß auch hier die Werbearbeit in der ganzen Vertikale geleistet werden und in den unter Kapitel „Organisatorische Verankerung in den Massenorganisationen“

aufgezeigten drei Richtungen einsetzen. Letzteres hat natürlich nur Geltung insoweit, als Organisationen und nicht Betriebe in Frage kommen.

Ganz von selbst versteht sich, daß Mitgliedsdekret und Beitragleistung der Kollektivmitglieder für die IRH. noch nicht alles bedeuten. Viel wesentlicher ist, denselben durch systematische politische Arbeit auch den erforderlichen Inhalt zu geben und die notwendige Aktivität anzuerziehen. Doch damit wird sich eine spätere Abhandlung zu beschäftigen haben.

Damit glauben wir, uns unserer Aufgabe entledigt zu haben. Wir sind uns dessen bewußt, daß wir nur einen Ausschnitt des gesamten Komplexes der Organisationsfragen der IRH. gegeben haben, und das lag auch ganz im Wesen des gestellten Themas. Eine Reihe weiterer Artikel wird folgen müssen.

Notwendig ist nunmehr, daß in der gesamten Internationale eine gründliche Diskussion über die vorstehend aufgeworfenen Fragen eröffnet wird, an der sich vor allen Dingen jene Rote-Hilfe-Genossen beteiligen müssen, die unmittelbar in der Praxis stehen.

Aufs neue Geleis

Von Georg Stachowitsch

(Zu den Ergebnissen der Beratung über Agitproparbeit bei der Exekutive der IRH.)

Kürzlich wurde die Beratung über Agitproparbeit beendet, die das Fazit der bisherigen Agitproparbeit der IRH.-Vertretungen und -Sektionen gezogen und die grundlegenden Richtlinien für die weitere Tätigkeit auf diesem Gebiet für die nächste Zeitperiode aufgestellt hat.

Ein großes Verdienst der Beratung besteht vor allem darin, daß sie es verstanden hat, unmittelbar an die Fragen der praktischen Agitproparbeit heranzutreten, Fragen der brennendsten Aktualität, deren Lösung die leitenden Organe aller Sektionen von der Exekutive und alle Organisationen von den übergeordneten Instanzen innerhalb der Sektionen mit ganz besonderem Interesse erwartet hatten. Unter diesem Gesichtswinkel der Befriedigung aktuellster Anforderungen der unmittelbaren Gegenwart trat die Beratung an die Lösung einer ganzen Reihe prinzipieller Fragen heran, indem sie solche Probleme, wie die Stellung der Agitproparbeit der IRH. im Gesamtkomplex der revolutionären Agitation und Propaganda, die Methoden und Organisation dieser Arbeit usw. der aufmerksamsten Analyse unterzog. Ein weiteres Verdienst der Beratung besteht schließlich auch darin, daß sie, nach Feststellung der Gesamtlinie für die einzelnen Kanäle der Agitproparbeit, noch den Versuch unternahm, in Anpassung an die entsprechenden Verhältnisse und Umstände diesen Beschlüssen konkreten Ausdruck zu verleihen.

Einige Ziffern und Tatsachen

Zunächst einige grundlegende Striche zur Kennzeichnung des gegenwärtigen Zustandes der Agitproparbeit der IRH., so wie sie die Beratung angetroffen hat. Die Gesamtcharakteristik dieses Zustandes ließe sich ungefähr folgendermaßen formulieren: die Periode bis zum Jahre 1926 war eine Periode des elementaren Wachstums der Massenagitation, und erst zu Beginn des Jahres 1926 macht sich in einzelnen Zentren die Tendenz bemerkbar, die Agitproparbeit sowohl in ihrer Gesamtheit als auch in ihren Einzelfunktionen planmäßiger auszugestalten.

Inwieweit ist diese Bewertung zutreffend? Was war für diese und nicht eine andere Formulierung bestimmend?

In der Tat, betrachtet man sogar die reiferen Rote-Hilfe-Organisationen (Rußland, Deutschland und Frankreich) — was finden wir vor allem in diesen Ländern bis in die letzte Zeit hinein auf dem Gebiete der Agitproparbeit? Dieses Gebiet beschränkte sich fast nur oder ausschließlich auf die Kampagnen. Gemäß der Aufforderung der leitenden Organe erfolgte auf die einzelnen nationalen oder internationalen weißen Terrorakte hin die episodische Mobilisierung der ganzen Organisation zur Durchführung der verschiedenen Demonstrationen (der Solidarität oder des Protestes) — im breitesten Sinne dieses Wortes.

Als Illustration hierzu eine kurze Aufzählung der hauptsächlichsten Momente aus der Agitproparbeit der obengenannten Organisationen: die Kampagnen gegen den Terror in Bulgarien, für Sacco und Vanzetti, für Hibner, Lanzuzki u. a. in Polen, eine weitere bulgarische, eine gleiche polnische Kampagne, dann eine lange Reihe verschiedener nationaler Kampagnen usw. Etwas abseits stehen die als „Wochen“ bezeichneten sogenannten Werbekampagnen, die sich ihrem Charakter nach nur wenig von allen anderen IRH.-Kampagnen unterscheiden. Im Prinzip sind das aber die gleichen, nur nachhaltigeren Demonstrationen.

Selbstverständlich wäre es eine politische Kurzsichtigkeit, wollte man nicht einsehen, welchen kolossalen Schritt in der Richtung der Annäherung an die Massen die einzelnen IRH.-Organisationen als Ergebnis der Kampagnen ihrer Wachstumsperiode getan haben. Mit der Sammlung von einer Million Unterschriften für die Amnestieforderung hat die Rote Hilfe Deutschlands den Beweis ihrer Bewertung als einem politischen Faktor erbracht. Durch die Mobilisierung einer Million Werktätiger zur Protesteinlegung gegen die Racheakte der weißen Klassenjustiz gegen Rakosi und Lanzuzki hat die RHD. eine Brücke zum Klassenbewußtsein der breitesten Arbeiter- und Bauernschichten geschlagen. Die Herausführung dieser Millionen auf die Straße, vor die Konsulate und Parlamente — das war die Feuertaufe für die Rote Hilfe Deutschlands als wirkliche Kampforganisation der Massen.

Als absolut erwiesen ist auch das kolossale Wachstum der Organisation auf der Basis dieser Kampagnen anzusehen. Die flüchtigste Analyse der für das Anwachsen der Mitgliederzahl der RHD. kennzeichnenden aufsteigenden Linie zeigt z. B. folgendes Bild (wir beschränken uns hier nur auf Ziffern der IRH.-Organisationen in kapitalistischen Ländern):

Monate	Anwachsen der Zahl der individuellen Mitglieder	Kampagnen
Januar—März 1925	von 44 357 auf 51 739	Lanzuzki- und Werbekampagne
Juni—September 1925	von 65 438 auf 85 229	Nationale Amnestie-Kampagne. Rumänische und bulgarische Kampagnen im August-September
Januar—März 1926	von 103 867 auf 112 526	Werbekampagne
Mai—Juli 1926	von 129 600 auf 145 904	Internationale polnische Kampagne

Auf der Basis der Agitproparbeit der Kampagnenperiode entwickelten sich ganze Gebiete entsprechender Agitproparbeit. Im Laufe der Amnestiekampagnen gab die RH. zahlreiches Material heraus. In gleicher Weise hat sich der Verlag der Mitteleuropäischen Vertretung vorzüglich aus diesen Kampagnen heraus entwickelt.

Von der Exekutive und der Mitteleuropäischen Vertretung sind bis zum 1. Januar 1926 20 deutsche Broschüren herausgegeben worden. Von dieser Gesamtzahl

sind 10 ausschließlich verschiedenen Kampagnenfragen gewidmet; das ist 50 Prozent der Gesamtzahl.

Die zwar junge, aber kampfkraftige ILD, hat vom 1. Januar bis zum 1. August 1926 8 Publikationen herausgegeben, wobei 4 von ihnen, das heißt wieder 50 Prozent, auf die Kampagnenliteratur entfallen.

Das sensibelste Organ der IRH.-Agitation — die Presse — ist gleichfalls auf der Basis der Amnestiekampagnen zu seiner heutigen Entwicklung gelangt. Wer von uns wird sich nicht der unglaublichen Schwierigkeiten entsinnen bei der Eroberung der ersten Positionen für die Rote Hilfe in der allgemeinen (kommunistischen) Presse, sowohl im Auslande, als auch in der USSR? Es gelang den Notizen — und späterhin auch den Artikeln der IRH. — Raum in den Spalten der Preßorgane ausschließlich dank dem Umstande zu gewinnen, daß sie sich dem Flusse der lebendigen aktuellen politischen Tagesgeschehnisse anzupassen und einzufügen verstanden, was ja die IRH.-Kampagnen par excellence darstellen. Auch zur Charakteristik dieser Preßarbeit lassen wir einige Ziffern folgen, die allerdings aus dem Jahre 1926 stammen, jedoch durchaus bezeichnend sind: Das Preßbüro der EK, veröffentlichte im Jahre 1925 — im Laufe der polnischen Kampagne — 85 Artikel und 269 Notizen, der rumänischen Kampagne 56 Artikel und 195 Notizen und der bulgarischen Kampagne 50 Artikel und 185 Notizen.

Wir haben uns hier etwas eingehender mit der Dynamik der Entwicklung der einzelnen Gebiete der Massenagitation beschäftigt, um noch einmal den kolossalen wohlthätigen Einfluß zu unterstreichen, den die Kampagnenperiode auf die Entwicklung der Agitproparbeit ausgeübt hat. Zweifellos gaben sie einen machtvollen Anstoß zur Schaffung und Entwicklung der Agitproparbeit der Roten Hilfe.

Die Beratung unterstreicht diese Eigenart der verflossenen Periode, vermerkt aber auch gleichzeitig mit aller Schärfe ein kardinales tief-negatives Moment derselben: den episodischen Charakter und die elementare Entwicklung der Agitation, das permanente Hin- und Herzerren der inneren lebendigen Kräfte der Organisation auf Kosten der systematischen und planmäßigen Arbeit derselben. Damit hat die Beratung natürlich keinesfalls die Kampagnen aus dem Bereich der politischen Agitation und Propaganda der IRH. streichen wollen. Im Gegenteil, durch die Unterstreichung der positiven Seiten der IRH.-Kampagnen dieser Periode lieferte die Beratung eine bestimmte Motivierung ihrer Resolutionen.

Eine Änderung in der Taktik der Kampagnen bedeutet letzten Endes den Übergang von dem System des Hin- und Herzerrens — was wohl am schärfsten bei der Arbeit der Mitteleuropäischen Vertretung zum Ausdruck kam — zur systematischen Arbeit im Sinne der ursprünglichen Bestimmung derselben, bestehend in der Schaffung eines permanenten, vollpulsierenden, gehaltvollen Lebens auf allen Stufen der Organisation. In dieser Konzeption steht den Kampagnen eine kolossale, aber keinesfalls eine monopole Rolle bevor. Gewisse Anzeichen in der Arbeit der russischen IRH.-Organisation sprechen leider davon, daß diese Umstellung in der Bewertung der Kampagnen von den Ortsorganisationen nicht überall klar erfaßt wird. In einzelnen Fällen ist ein starkes Nachlassen des Interesses gegenüber den internationalen Kampagnen zu beobachten. Dieses Umbiegen des Stockes und „Ausgießen des Kindes mitsamt dem Bade“ ist selbstverständlich durchaus nicht angängig.

Stellung und Bewegungslinien der IRH.-Agitation und Propaganda

Bei der Fassung ihrer Beschlüsse ging die Beratung von den bestehenden Aufgaben der Agitation und Propaganda der IRH. als einer breiten Massenorganisation des Proletariats aus.

Im großen und ganzen ist die Periode des anfänglichen Wachstums der IRH. in den kapitalistischen Ländern als abgeschlossen zu betrachten. Geschaffen von der kommunistischen Avantgarde des Proletariats als Organisation zur Bekämpfung des weißen Terrors, hat sich die Rote Hilfe eine Ehrenstellung und die vollste Anerkennung de facto in der Front des Klassenkampfes errungen.

Daneben ist es durchaus zutreffend, daß bis in die letzte Zeit hinein die IRH. sich vorzugsweise auf kommunistische und auf die Kreise der mit dem Kommunismus sympathisierenden Massen gründete. Wenn dieser Zustand während der anfänglichen Entwicklungsperiode der IRH. noch geduldet werden konnte, so ist er gegenwärtig angesichts der sich in den kapitalistischen Ländern entwickelnden Veränderungen in der Front des Klassenkampfes um so mehr durchaus unzulässig.

Der Organismus des Kapitalismus, der an der Oberfläche das Stadium einer relativen „Stabilisation“ erreichte, wird in seinem Innern fortgesetzt von einem fortschreitenden Fäulnisprozeß und von unüberbrückbaren Widersprüchen zerrissen. Bei diesem Prozeß ist für die Rote Hilfe der Umstand von besonderer Bedeutung, daß, geweckt durch die verzweifelte tollwütige Offensive des Kapitals, der dem letzteren seitens des Proletariats entgegengesetzte Widerstand in ununterbrochenem Wachsen und Erstarren begriffen ist. Im Lager des Proletariats macht sich ein deutlicher Umschwung zur Einheitsfront bemerkbar. Der außerordentliche Erfolg der Kampagne zur Fürstenenteignung in Deutschland, die 14½ Millionen Proletarier mobilisierte, die breite Popularität der Losungen der russisch-englischen Gewerkschaftseinheit, die steigende Welle der ausländischen Arbeiterdelegationen nach der USSR, usw. sind ein leuchtender Ausdruck dieses Prozesses.

Die IRH. muß diese günstigen Kräfteverhältnisse im Klassenkampfe weitgehendst ausnutzen. Die IRH. muß aus dem bisherigen verhältnismäßig engen Rahmen auf den breiten Weg der weitgehendsten Erfassung der Massen hervortreten. Hat es doch die Rote Hilfe Deutschlands unter den verhältnismäßig geringen — wollen wir es nur offen eingestehen — Kräfteanstrengungen schon jetzt vermocht, sich unter den sozialdemokratischen und parteilosen Massen Anklänge von Sympathie zu erringen. Das Wachsen der sozialdemokratischen und parteilosen Elemente unter den Mitgliedern der Roten Hilfe Deutschlands wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

im Januar 1925	11 531 Personen
im Dezember 1925	46 000 Personen
im August 1926	61 000 Personen

Die Schlußfolgerungen hieraus drängen sich von selbst auf. Nach dieser Richtung hin müssen alle Kräfte der Sektionen konzentriert werden. Ja, mehr noch — man muß weit aus dem Rahmen der „rein“ proletarischen Massen heraustreten. Unter uns erschallen in der letzten Zeit öfters Warnungen wegen einer gewissen „rechten“ Gefahr für die IRH., die mit der Möglichkeit des Hervortretens der Roten Hilfe in die breitesten Schichten „aller“ Werktätigen, in die kleinbürgerlichen, gewisse Kreise der Intellektuellen- und andere Schichten verbunden sind. Die Beratung hat mit vollem Recht auf die völlige Grundlosigkeit dieser Befürchtungen hingewiesen: Bei Einhaltung des richtigen Kräfteverhältnisses innerhalb der Organisation — bei der Priorität eines proletarischen Kerns — müßte nicht von den Gefahren eines Überhandnehmens der kleinbürgerlichen Elemente, sondern von der Schädlichkeit des weiteren Verweilens in einem zu enggezogenen Kreis unserer politischen Einflußsphäre gesprochen werden.

Zum Prozeß deren Erweiterung kann natürlich nicht rein mechanisch geschritten werden. Parallel mit der Erweiterung der Organisationsbasis — oder vielleicht als eine der wichtigsten Voraussetzungen für diesen Erweiterungsprozeß — muß eine schmiegsame Umstellung der politischen, und in erster Linie der Agitproparbeit der Roten Hilfe sowohl hinsichtlich ihres Inhalts als auch ihrer Methoden durchgeführt werden.

Die Agitproparbeit der Roten Hilfe — so unterstreicht die Beratung — muß sich ihre eigenen, besonderen, eigenartigen Methoden aneignen, die in keinem Falle mit der kommunistischen Agitproparbeit zu identifizieren sind. Leider wird dieses anscheinend so elementar einfache Prinzip nicht immer eingehalten. Zur Illustration können sehr viele Aufrufe, Erklärungen und Veranstaltungen der Roten Hilfe angeführt werden, unter die jede kommunistische Partei ruhig ihre Unterschrift setzen könnte. In der Beratung wurde sogar ein bereits ins Humoristische hinüberspielender Fall angeführt, wo ein Zentralkomitee der IRH, sich in dem gleichen Zimmer mit dem Zentralkomitee einer Kompartei befunden hat und ein und dieselbe Person den Sekretär der IRH. und den Sekretär der Kompartei verkörperte.

Der hurrarevolutionäre Geist einiger unserer Veranstaltungen entspricht in keiner Weise dem Charakter und den Anforderungen des Auditoriums, das der Roten Hilfe ihrem Wesen nach zusteht. Die Beratung unterstrich nochmals die Notwendigkeit der völligen Liquidation dieser entstellten politischen Arbeit.

Fragen der Arbeitsmethoden

Aus der von der Beratung gegebenen generellen Einstellung der Agitproparbeit folgern auch die Wege und Methoden derer Realisation.

Diese müssen — im großen und ganzen gesprochen — einen solchen Komplex von Methoden darstellen, der die Hereinziehung möglichst breiter Schichten der Mitglieder der IRH. in die aktive Beteiligung am Kampf, am Leben und am Wirken der Roten-Hilfe-Organisation zur Folge hat. Das ist die Wurzel der ganzen so klar auf der Hand liegenden Dialektik dieser Frage, derselben Dialektik, die, wie wir das obenstehend — hoffentlich — nachgewiesen haben, zur Revision unserer Kampagnentaktik geführt hat. Die Massenagitation, falls sie sich auf Begrüßungsdemonstrationen für aus dem Gefängnis entlassene Revolutionskämpfer, auf speziell anberaumte „Wochen“ zur Durchführung von Werbekampagnen beschränkt, ist ein wenig glückliches Beispiel der Massenagitation. Ein Musterbeispiel der anderen Kategorie: eine Massenagitation, berechnet auf systematische Ausnutzung aller politischen, gesellschaftlichen und anderen alltäglichen Lebenserscheinungen unter den Arbeitern, Bauern, den werktätigen Intellektuellen, den Frauen, Arbeiterinnen, Hausfrauen, Lehrerinnen, den Jugendlichen, Kindern usw. Die Agitproparbeit der Roten Hilfe wird nur dann festen Fuß fassen, wenn sie ihre Fühlhörner so weit vorstreckt, daß sie jeden Werktätigen so erfaßt, wie er ist, — in der ganzen Eigenart seines Alltags, der sich in der Agitproparbeit der IRH. wie in einem Spiegel widerspiegeln soll. Unsere Arbeit muß an den Kanälen der lebendigen Wirklichkeit mit allen ihren Verzweigungen entlang geleitet werden. Die Welle der hochgehendsten Begeisterung der Massen bei einer IRH.-Demonstration kann uns nicht weit bringen, wie es auch — nach einem treffenden Ausspruch des Genossen Stalin über den heutigen „Führer“ der Ultralinken in Deutschland, Urbahns — unmöglich ist, aus der „Ham-burger Vergangenheit“ weit vorwärts zu kommen.

„Differenzierung der Arbeitsmethoden im breitesten Sinne in Anpassung an die einzelnen Länder, an die einzelnen Bevölkerungsschichten, an die einzelnen Vereinigungen, von denen diese Schichten erfaßt werden“, — so bewertet mit kurzen Worten die Beratung die Methoden der Agitproparbeit. Die Durcharbeitung der Arbeiten auf einem jeden einzelnen dieser Gebiete ist an und für sich schon ein großes Thema. Die Arbeit in den Gewerkschaften — das bedeutet, konkret gesprochen, die Ausfindigmachung von Mitteln und Wegen (die ja reichhaltigst vorhanden sind) zur Einkeilung der IRH.-Agitation und -Propaganda in die alltägliche Arbeit der Gewerkschaften, seien es rote, gelbe oder christlich-soziale. Die Arbeit unter den Intellektuellen — das bedeutet Mittel und Wege zu finden, die zu einem systematischen Durchdringen und Bearbeiten dem Proletariat nahestehender Schichten der werktätigen Intellektuellen führen. Es geht doch wiederum nicht an, die Intellektuellen immer wieder zu Protestäußerungen heranzuziehen und sich hierauf zu beschränken. GleichermäÙen ist auch die Frage der Arbeit unter den Frauen, Jugendlichen und Kindern nicht bis zu ihrem logischen Ende durchdacht. Wir führen die gleiche Sprache in unseren Aufrufen an die flämische und bayerische Bauernschaft, wie an die hochqualifizierten Werkzeugmacher der Renault-Werke bei Paris oder der Krupp-Werke in Essen, wie auch mit den sozialdemokratischen Arbeitern der alten „Schule“ Bauers & Co. Unsere Arbeit ist allgemein noch zu wenig bekannt. Wir werden noch zu wenig verstanden, öfters noch — ist man nicht geneigt, uns anzuhören, und in einzelnen Fällen hält man uns einfach für „die zweite Auflage von Moskau“. Nebenbei gesagt, wie sonderbar das auch klingt, werden von unserer Agitproparbeit äußerst schwach solche bemerkenswerten Momente der IRH.-Tätigkeit ausgewertet, wie die praktische materielle Hilfe für alle revolutionären Opfer ohne Unterschied der Parteieinstellung. Selten nur trifft man in unserer Literatur den Brief eines sozialdemokratischen Arbeiters mit dem Dank für die ihm gewährte Rote-Hilfe-Unterstützung usw. Und gerade diese Momente müßten ihrem Wesen nach eine glänzende Waffe zur Gewinnung der nichtkommunistischen Massen sein.

Diese Frage ist nicht durch Herausgabe noch einer besseren oder schlechteren Broschüre über Methoden der Massenagitation zu lösen. Es handelt sich hierbei noch lange nicht darum, wie mannigfaltig und lebendig die einzelnen Organisationen der Roten Hilfe die eine oder die andere Arbeit, Chefschaft, Mopr-Ecke usw. gestalten. Unbestritten sind ja auch diese Fragen von Wichtigkeit. Aber vor allem und in der Hauptsache muß die Frage der Linie und der Wege der Arbeit gelöst werden.

Die Organisation der Arbeit

Zum Schluß über die wichtigste Seite der Frage: Über Organisation der Agitation und Propaganda, von welcher in hohem Maße der reale Arbeitseffekt abhängt.

Es genügt zu sagen, daß vor einigen Monaten erst die deutsche Rote Hilfe (wir erwähnen sie hier stets als eine Musterorganisation) in ihrem Zentralkomitee die Funktionen der Agitation und Propaganda in einer besonderen Agitprop-Abteilung zusammengefaßt hat. Unserer Information nach ist das die erste Schwalbe auf diesem Gebiet. Mit den einzelnen Funktionen der Agitation und in erster Linie mit deren ältestem Element — der Presse, verhält es sich bedeutend besser. Fast jedes ZK. der Roten Hilfe besitzt ein eigenes Preßbüro. Dieser Umstand gestattete natürlich, die Preßarbeit zu spezifizieren, sie zu einem beweglichen und elastischen Instrument unserer Agitation auszugestalten.

Bei uns wird die Frage der Organisation der Agitproparbeit recht oft mit den Fragen des Apparats in Zusammenhang gebracht: da heißt es immer wieder — es

fehlen die finanziellen Mittel, und folglich fehlt es auch an einem Apparat. In dessen ist die Organisationsfrage der Agitproparbeit völlig unabhängig von der Personalfrage des Apparats und hängt nur von der organisatorisch klaren Regelung der Arbeit ab. Es bestehen keinerlei Hindernisse dafür, daß absolut alle Organisationen sofort zur völligen Zusammenfassung der Agitproparbeit zu einer besonderen spezifischen Funktion mit einem ganz bestimmt umschriebenen Kreis von Aufgaben und Mitteln schreiten. Palliativmaßnahmen — in der Art der vom ZK. der französischen Roten Hilfe geschaffenen „Preßkommission“ im Bestande von 10 Personen — beseitigen die Schwierigkeiten in einem sehr geringen Maße. Man muß den Tipfel aufs I setzen. Die systematische Erledigung der Arbeit wird hiervon nur gewinnen.

Man kann es jedoch bei der Lösung der Aufgabe von oben her nicht bewenden lassen. Die Zusammenfassung der Agitproparbeit zu einem spezifischen Arbeitsgebiet — nicht um ihrer selbst Willen, sondern als Mittel zum Zweck — ist nur in dem Falle zweckmäßig, wenn diese Maßnahme als ein ganzes System auf allen Stufen der Organisation durchgeführt wird.

Wieder der Apparat! Nein, kein „Apparat“, sondern die Heranziehung des breitesten Kadern der aktiven IRH-Mitglieder zur Erfüllung dieser Funktionen. Wir haben hierbei die guten Erfahrungen der russischen Organisation auf dem Gebiete der sogenannten „Agitkommissionen“ im Auge, als arbeitsfähige Organe zur Realisation der Arbeit am Ort. Hier liegt ein aus der praktischen Arbeit herausgegriffenes Musterbeispiel der Lösung eines Teiles des Problems vor, dessen Name: „die IRH. — eine Schule der revolutionären Erziehung“, „die IRH. — eine Organisation der breitesten öffentlichen Meinung“ usw. und dergleichen ist.

Die ZK. der einzelnen Organisationen müssen sich dieser Fragen mit der größten Aufmerksamkeit annehmen, ganz besonders aber unsere Vertretungen. Es muß jedoch hierbei nicht vergessen werden, daß das „praktische“ Herantreten an die Bearbeitung dieser Fragen bei weitem nicht deren Vereinfachung bedeutet. Ohne sich in die „hohe Materie“ zu versenken, muß man diese Fragen doch einem tieferen Studium sowohl in praktischer als auch theoretischer Hinsicht unterziehen. Die ZK. der Organisationen müssen sich hierbei nicht ausschließlich auf die Instruktionen und Rundschreiben verlassen, sondern sollen auch auf dem Wege einer direkten Verbindung und Korrespondenz mit der Peripherie in engsten lebendigen Kontakt treten.

In diesem Zusammenhange noch einiges über planmäßiges Arbeiten und den gegenseitigen Austausch praktischer Erfahrungen. Die gewonnenen Erfahrungen müßten mit der größten Aufmerksamkeit auch noch studiert werden. Dieses wiederum ist nur bei der Aufstellung und Einhaltung eines bestimmten Arbeitsplans möglich. Von allen Organisationen der Roten Hilfe haben mit Ausnahme der Mopr in der USSR. und der Roten Hilfe Deutschlands (seit der allerletzten Zeit) die Zentralkomitees nirgends einen perspektivischen Plan der Agitproparbeit ausgearbeitet. Nicht einmal für solche Gebiete, wo jegliche Arbeit ohne Kontrolle der eigenen Kräfte und der an sie gestellten Anforderungen — wie zum Beispiel bei der Verlagstätigkeit — unmöglich ist. Soweit uns bekannt, hat kein einziges Zentralkomitee der Länderorganisationen den einfachsten kalendarischen Jahresplan solcher elementarsten Agitationsmaßnahmen ausgearbeitet, wie die Jahrestage der bedeutendsten, von der IRH. in der einen oder der anderen Weise hervorgehobenen Ereignisse. Alle diese Maßnahmen werden in aller Eile, von Fall zu Fall, ergriffen. Das Fehlen eines Arbeitsplans macht sich aufs schmerzlichste durch seine Rückwirkungen auf die Interessen der IRH als Ganzes bemerkbar: Die Exekutive ist zuweilen außer Stand gesetzt, die Erfahrungen der ganzen Internationale auf dem Wege der Verallgemeinerung derselben in Form von nützlichen und wirksamen lebendigen Arbeitsmethoden zu verwerten.

Eine Reihe unserer Organisationen ist auch weiterhin mit den Mitteilungen ihrer Erfahrungen äußerst unpünktlich und nachlässig. Die Beratung hat im Rahmen der von ihr gefaßten Beschlüsse eine ganze Reihe von Direktiven für viele unserer Vertretungen in den kapitalistischen Ländern in Vorschlag gebracht, die Linie einer systematischen Arbeit auf dem Gebiete der organisierten Instruktion und des Aufbaues verfolgend.

Schließlich müssen alle diese Fragen zum Kongreß von speziellen Kommissionen aller unserer Organisationen gründlich durchgearbeitet werden, damit der Kongreß auf Basis einer kollektiven Durchberatung dieser Fragen eine klare Perspektive der weiteren Arbeit aufstellen kann.

Die politischen Perspektiven der IRH. erweitern sich immer mehr. Mit ihnen wachsen auch unsere Aufgaben. Das Leben selbst ruft die IRH. zur Befestigung ihrer neuen Position. Nur auf dieser Basis werden wir in der Lage sein, unsere Front auch weiterhin in den kapitalistischen Ländern auszudehnen und auf das neue Geleis einer tieferen Arbeit in der USSR. überzuführen.

Zum Emigrantenproblem

Von N. Pfaff

Wir sind uns keinen Augenblick darüber im unklaren, daß wir im Rahmen eines Zeitschriftartikels das Emigrantenproblem noch nicht einmal in seinen Grundzügen einigermaßen erschöpfend behandeln können. Es kommt uns hier lediglich darauf an, das Problem überhaupt einmal zu stellen, und dazu scheint uns allerdings höchste Zeit zu sein.

Die Bourgeoisie hat nämlich auch in der Frage der Emigration dem Proletariat gegenüber einen ganz wesentlichen Vorsprung voraus, weil sie längst systematisch und im internationalen Maßstabe zur Offensive gegen die proletarische Emigration übergegangen ist.

Die Arbeiterklasse, als Ganzes, dagegen hat die Frage der Emigration absolut noch nicht ernst und ihrem ganzen Umfange nach gestellt. Der Hauptmasse des internationalen Proletariats ist sie noch etwas Fremdes. Vielleicht umweht man sogar hier und da das unstete Wandern Tausender von Revolutionären mit einer gewissen Romantik.

Die IRH., als Verteidigerin und Beschützerin der proletarischen Opfer des Klassenkampfes, ist dazu berufen, dem Proletariat nicht nur das Törichte derartiger Vorstellungen, wo sie vorhanden sein sollten, sondern auch — und das vor allen Dingen — die ungeheure Bedeutung der Emigration für die soziale Revolution zum Bewußtsein zu bringen. Natürlich nicht, ohne ihm gleichzeitig jene Aufgaben zu stellen, die sich als zwangsläufige Schlußfolgerungen daraus ergeben.

I. Wirtschaftliche und politische Emigration

Man kann und darf nicht an die Behandlung und Lösung des Emigrationsproblems herantreten, ohne von vornherein einem verhängnisvollen Irrtum vorzubeugen, nämlich der Auffassung, als ob das kämpfende Proletariat lediglich an der politischen, nicht aber an der wirtschaftlichen Emigration besonders interessiert sei. Eine solche mechanische Scheidung der Emigration müßte sich bitter rächen.

Diejenigen, die nicht selbst genug zu denken vermögen, können auch hier wieder einmal von der Bourgeoisie lernen, der jeder konterrevolutionäre politische Emigrant lieb und teuer ist (die tschechoslovakische Regierung zahlte beispielsweise in den letzten fünf Jahren nicht weniger als 250 Millionen Kronen Unterstützung an die in der Tschechoslowakei lebenden russischen Weißgardisten, die

bulgarische Bourgeoisie versorgt ausgezeichnet auf Kosten der bulgarischen Arbeiter- und Bauernschaft die ungefähr 30 000 Wrangelisten mit Hilfe englischer Gelder usw.), während sie nicht nur proletarische Politemigranten an ihre Henker ausliefert oder zum mindesten ausweist, sondern auch jeden Wirtschaftsemigranten, der sich nicht willig genug ausbeuten läßt, einfach über die Grenze jagt. Das bedeutet: Die Bourgeoisie stellt das Emigrationsproblem vom Klassenstandpunkt aus und zeigt sich also auch in diesem Punkte wieder einmal „marxistischer“ als das Proletariat.

Können wir etwa eine andere Stellung einnehmen?

Es dürfte niemand im Zweifel darüber sein, daß mit Ausnahme äußerst weniger Abenteurer kein Mensch seine Heimat freiwillig auf immer verläßt, sich einem unsicheren materiellen Schicksal überantwortet. Vielmehr sind es in der Regel die wirtschaftlich Entwurzelten, die — aus dem Selbsterhaltungstrieb heraus — ihrem Mutterlande den Rücken kehren, das ihnen entweder gar keine oder doch nur eine Hundexistenz bietet, so daß ihnen die Schrecken der kürzeren oder längeren, unter Umständen sehr langen Wartezeit auf eine neue Existenz in einem fremden Lande gering erscheinen. Die Wirtschaftsemigration — das dürfte aus Vorstehendem klar hervorgehen — ist also eine überwiegend proletarische (einschließlich Land- und bäuerliches Halbproletariat). Und wenn wir die Frage aufwerfen, wer denn in der Epoche der sozialen Revolution vornehmlich existenz- und arbeitslos wird, so kann es nur eine Antwort darauf geben: Im starken Maße das revolutionäre Element der Werktätigen in Stadt und Land. Das bedingt, daß die Wirtschaftsemigration auch stark revolutionär durchsetzt ist. An und für sich schon Grund genug für das Proletariat, sich auch der Wirtschaftsemigration sorgfältig anzunehmen.

Wir müssen jedoch noch einen Schritt weiter gehen. Die Immigration¹ — das Hauptkontingent derselben stellen die Wirtschaftsemigranten — ist der Bourgeoisie unter Umständen nicht nur erwünscht, sondern sogar bitter nötig (Südamerika, die Vereinigten Staaten von Nordamerika während des vorigen Jahrhunderts und bis zum Krieg, Frankreich nach dem Kriege, der ihm, dem Land mit einem merklichen Bevölkerungsrückgang, Millionen von Arbeitskräften raubte usw.). In solchen Fällen bildet das Immigrationsheer für die Bourgeoisie einmal das Repertoire an Menschenfleisch für ihre Profitwirtschaft, zum anderen jene „Reservearmee“, mittels deren sie die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnsklaven drückt. Eine um so gefügigere Reservearmee, als über derselben unter den gegenwärtigen Verhältnissen immer das Gespenst der Existenz- und Heimatlosigkeit schwebt. Die Geschichte der letzten Jahre bietet einen schauerlichen Beweis dafür, wie brutal die internationale Bourgeoisie gegen die „lästigen Ausländer“ vorgeht und wie sie auch ihre Gesetzgebungsmaschine gegen dieselben in Bewegung zu setzen beginnt.

In den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen des Proletariats spielt sonach die Wirtschaftsemigration in einer ganzen Reihe von Ländern und infolgedessen — das braucht nicht besonders erörtert zu werden — auch international eine wesentliche Rolle. So wird die Wirtschaftsemigration zu einem Faktor des Klassenkampfes.

In noch viel größerem Maße gilt das selbstverständlich für die proletarische Politemigration, die sich naturgemäß aus den besten Elementen der Avantgarde des Proletariats zusammensetzt. Diese Revolutionäre müssen wegen ihrer Aktivität im Befreiungskampf der Unterdrückten, gehetzt von den Schergen ihrer Klassenfeinde, ihre Heimat verlassen, um sich vor Galgen und Kerker zu retten und sich so dem Proletariat zu erhalten. Nach dem Überschreiten der Grenze taucht sofort ein

¹ Zum Unterschied von Emigration = Auswanderung bedeutet Immigration Einwanderung.

neues wichtiges Problem auf: Das ihrer Erhaltung. Eine heilige Pflicht steht damit vor dem internationalen Proletariat.

Die revolutionären Politemigranten, die dazu berufen sind, über kurz oder lang erneut das Proletariat, dem sie entstammen, in seinem Befreiungskampf zu führen, müssen körperlich und geistig frisch aus ihrer Emigration zurückkehren, um die ihnen gestellte historische Aufgabe erfüllen zu können.

Damit ist das Ziel umschrieben, das sich die Politemigrantenhilfe, wie sie in der IRH. verkörpert wird, stecken muß. Gewiß keine leichte Sache, es auch in der Praxis zu erreichen. Geld zu sammeln und es zu verteilen, ist notwendig, aber absolut unzureichend. Wie wir im nachfolgenden darlegen werden, ist noch wichtiger und dringender ein zäher, langwieriger Kampf gegen die längst zum Angriff übergegangene Bourgeoisie, und die Organisationen des internationalen revolutionären Proletariats müssen der IRH. beim Mobilisieren der breitesten Massen — auch der noch in der II. und Amsterdamer Internationale zusammengefaßten — im Verlaufe dieses Kampfes behilflich sein.

Welches sind nun die Objekte dieses Teiles des Klassenkampfes?

II. Das Asylrecht

Mit der Politemigration ist eng verbunden die Frage des Asylrechts, das heißt — völkerrechtlich definiert — das Recht des Zufluchtsstaats, dem politischen Flüchtling Schutz und Aufenthalt (Asyl) zu gewähren. Wir betonen ausdrücklich: Nicht der Emigrant, sondern nur der Zufluchtsstaat besitzt ein Recht.

Das Asylrecht ist so alt wie der politische Kampf und die politische Emigration überhaupt, und hat im Laufe der Geschichte einige grundverschiedene Stadien durchlaufen. Das näher zu beleuchten, wird die Aufgabe eines speziellen Artikels sein.

Hier wollen wir nur zwei Feststellungen machen. Erstens: Die Frage des Asylrechts wurde und wird noch immer vom Standpunkt der Machtinteressen und nach Maßgabe der Kräfteverhältnisse der über die Auslieferung verhandelnden Staaten gelöst. Zweitens: Völkerrechtlich — das heißt formaljuristisch — hat sich seit dem Jahre 1833 (Belgien gab sich in diesem Jahre als erster Staat ein Auslieferungsgesetz) der Grundsatz eingebürgert, wonach wegen politischer Delikte eine Auslieferung an einen fremden Staat nicht erfolgt. (Bestandteil Hunderter seitdem zwischen fast allen Ländern abgeschlossenen Auslieferungsverträge!)

Bis gegen Ende des Weltkriegs wurde dieser Grundsatz im großen und ganzen auch in der Praxis innegehalten, obwohl in die Zeitspanne 1833 bis 1918 wiederholt proletarische Emigrationen fielen: Marx, Engels usw. nach 1848, die Kommunisten 1871, die deutschen Sozialdemokraten während des Bismarckschen Sozialistengesetzes, die russischen Revolutionäre nach 1905 usw. All diese politischen Flüchtlinge, die sich in den verschiedensten Ländern aufhielten, wurden, trotz zahlreicher Auslieferungsbegehren, nicht nur nicht ausgeliefert oder auch nur ausgewiesen, sondern konnten ruhig ihrer Beschäftigung, ja sogar ihrer politischen Tätigkeit nachgehen. So zum Beispiel stellten die emigrierten deutschen Sozialdemokraten unter der Redaktion Eduard Bernsteins zuerst in der Schweiz und später in England ihre illegale Zeitung („Sozialdemokrat“) her, die der „Rote Postmeister“ Mosseler dann nach Deutschland schmuggelte.

Dieses „goldene Zeitalter“ des Asylrechts ist jedoch seit Kriegsende vorbei. Man bricht willkürlich die bestehenden Auslieferungsverträge, wenn es sich um proletarische Flüchtlinge handelt, und es ist vielleicht erwähnenswert, weil äußerst charakteristisch, daß sich heute selbst Führer der sozialdemokratischen Parteien, darunter derselbe Eduard Bernstein, skrupellos an den Asylrechtsbrüchen gegen revolutionäre beteiligen. Es sei nur kurz auf die Auslieferung der Anarchosyndikalisten

Fort und dessen Ehefrau Conceptione, die des Mordes am Ministerpräsidenten Dato beschuldigt wurden, durch den deutschen sozialdemokratischen Reichsjustizminister Radbruch an Spanien hingewiesen, die entgegen den klaren Bestimmungen des deutsch-spanischen Auslieferungsvertrags vom Jahre 1878 erfolgte. Erst in den letzten Tagen hat übrigens auch die Regierung des „allerdemokratischsten“ Österreichs aus lauter Liebedienerei den ungarischen Räterepublikaner Jagoditsch dem Henker Horthy übergeben. Eine ganze Reihe ähnlicher Fälle könnte aufgeführt werden. Doch das würde zu weit führen.

Woher kommt dieser auffallende Umschwung in der Handhabung des Asylrechts? Sind etwa die Bourgeoisie und mit ihr ihre Helfershelfer moralisch verderbter geworden? Wir haben oben bereits angedeutet, daß über Achtung und Mißachtung des sogenannten völkerrechtlichen Asyls nicht moralische Qualitäten, sondern ganz reale Machtinteressen der Bourgeoisie entscheiden. Entsprang die Achtung des Asylrechts gegen proletarische Politémigranten vor dem Weltkrieg nationalistic-chauvinistischen Konkurrenz Tendenzen (so ungefähr nach dem Motto: Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andre an!) sowie der Auffassung der Bourgeoisie, daß der revolutionäre Internationalismus „utopisch und infolgedessen ungefährlich“ sei, so verdanken die nunmehrigen Verletzungen des Asylrechts gegen Revolutionäre ihre Entstehung dem Schrecken der Bourgeoisie vor der an allen Ecken und Enden aufflackernden, in der USSR. bereits siegreichen Revolution.

Im Zusammenhang damit müssen wir ganz kurz noch einer Art der kapitalistischen Auslieferung gedenken. Es kommt immer wieder vor, daß Seeleute, die infolge von Konflikten mit ihren Arbeitgebern streiken und von Bord gehen, durch die Polizei des Landungsorts, — wie man so zu sagen pflegt — um die rechtzeitige Abfahrt zu garantieren, gewaltsam wieder auf das Schiff zurückgebracht werden. Dieser Auslieferung von Proletariern an die Willkür der Ausbeuter muß sich das Proletariat ebenfalls annehmen.

III. Ausweisungen überall und ohne Ende

Wenn wir vorstehend hinsichtlich des Asylrechts einen Rückfall der Bourgeoisie in die Willkür vor dem Jahre 1833 konstatierten, soll auf der anderen Seite nicht verschwiegen werden, daß direkte Auslieferungen gegenwärtig verhältnismäßig geringer sind als damals. Und das, trotzdem die proletarische Politémigration inzwischen zur Massenerscheinung geworden ist.

Diese Tatsache hat selbstverständlich wieder nichts mit der Moral zu tun. Der tiefere Grund dafür liegt vielmehr diesmal in der offensichtlichen Scheu der Bourgeoisie, nach außenhin auf ihre demokratisch-liberale Maske zu verzichten. Wozu soll sie durch formelle Vertragsbrüche oder gar durch rückschrittliche Änderungen des völkerrechtlichen Asyls die öffentliche Meinung gegen sich aufwühlen? Sie verfügt zur Vernichtung der dem Galgen und Kerker glücklich entronnenen proletarischen Kämpfer über ein anderes Mittel: Die Ausweisung, das heißt das Hetzen von Land zu Land.

Ein dickes Buch würde noch nicht einmal ausreichen, um all die Fälle von Ausweisungen zu fassen, die nur seit 1918 gegen Revolutionäre erfolgten. Kein kapitalistisches Land macht hier eine Ausnahme. Und alle Ausweisungen — das ist für die Bourgeoisie besonders wertvoll — sind „gesetzlich patentiert“. Die ältesten Gesetzesschmöcker der im Orkus verschwundenen Monarchien müssen dabei herhalten. (In Österreich und im „roten“, von den Austromarkisten regierten Wien beispielsweise das Habsburger Gesetz vom 27. Juli 1871 usw.)

Wenn nötig, geht es natürlich auch ohne Gesetz. Die englische Bourgeoisie entledigt sich heute aller „mißliebigen Ausländer“ durch Landesverweisung, trotzdem das ordentliche Recht in England keine Vorschrift kennt, auf Grund deren

eine Ausweisung erfolgen könnte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Grenzen bis in die jüngste Zeit jedem offen standen, weisen gegenwärtig ein Millionenbudget für Deportationen in ihrem Staatshaushalt auf und unterhalten einen tausendköpfigen Deportationsapparat.

Verordnungen und Gesetze gegen die Emigranten wachsen wie Pilze aus dem Boden. In Frankreich existiert eine Regierungsverfügung, wonach jeder Ausländer, der nicht eine Arbeitsbescheinigung mindestens für die Dauer eines Jahres aufweisen kann, zu deportieren ist. Ganz ungeheuerlich aber liegen die Dinge in dieser Hinsicht in den sogenannten Nachfolgestaaten der ehemals österreich-ungarischen Monarchie. Man muß bedenken, daß dort Menschen aus ihrer Heimat verjagt werden, die in ihrem ganzen Leben kein anderes Land gesehen haben und keine andere als die betreffende Landessprache sprechen, bloß deshalb, weil der Geburtsort ihres Vaters bei der Aufteilung des alten Österreich-Ungarn einem anderen Nachfolgestaat zugeteilt wurde.

So benützt die Bourgeoisie das Mittel der Ausweisung, um einen unglaublichen wirtschaftlichen und politischen Druck auf das revolutionäre Proletariat auszuüben und in Tausenden von Fällen die ganze Existenz nicht „gefügiger“ Menschen zu vernichten. Die Tatsache, daß sie in dem einen oder anderen Lande die politische Emigration duldet, wie zum Beispiel in Jugoslawien die bulgarische und in Frankreich die italienische, beweist nichts gegen diese Behauptung, sondern ist begründet durch die machtpolitischen Verhältnisse, in diesen speziellen Fällen zwischen Jugoslawien und Bulgarien einerseits und Frankreich und Italien andererseits.

Außerdem glauben wir, uns einer Unterlassung schuldig zu machen, wenn wir die Verbannungen mit Schweigen übergehen wollten, obwohl dieselben mit der Frage der Emigration an und für sich nichts zu tun haben; denn die Verbannung ist die Deportation von Angehörigen des deportierenden Staates selbst und nicht die von Ausländern. Das einigende Moment aber ist offensichtlich. Vom Mittel der Verbannung der Revolutionäre macht die Bourgeoisie immer häufigeren Gebrauch und mit mehr und mehr zunehmender Scheußlichkeit. Ohne auf die Materie gründlicher einzugehen, wollen wir lediglich darauf hinweisen, daß in allerletzter Zeit sogar der „Duce“ Mussolini dazu übergeht, Hunderte von Kommunisten und Linkssozialisten auf die einsamsten Inseln des Mittelländischen Meeres zu verbannen, um diese „Aufwiegler“ vollständig zu isolieren, und daß die „christlichste“ aller Bourgeoisien, die holländische, es fertig bringt, die Führer der indonesischen Nationalrevolutionäre einzeln und vollständig unbewaffnet den Menschenfressern des Indischen Ozeans zu überliefern, das heißt denselben zum Fraß vorzuwerfen. Ein Beweis dafür, wozu die Bourgeoisie fähig, und wie notwendig es ist, daß das Proletariat auch den Kampf gegen die Verbannungen aufnimmt.

IV. Paßwesen und Politémigration

Unter dieser Überschrift wollen wir kurz zwei wichtige Erscheinungen berühren. Zunächst: Die Frage der Paßfälschungen. Die Polizei-Internationale führt bekanntlich einen schäbigen Kampf gegen die „großen Paßfälscherzentralen“ der revolutionären Bewegung. Natürlich ein lächerlicher Versuch, dieselbe in den Augen der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Demgegenüber müssen wir feststellen, daß Paßfälschungen für proletarische Politémigranten eine Notwehr und eine Selbstverständlichkeit sind, gegen die die kapitalistisch-polizeiliche Demagogie bei jedem vernünftigen Menschen jegliche Wirkung verlieren muß. Um so empörender ist es, daß jeder Politémigrant, der mit einem falschen Paß die Grenze überschreitet, wegen Paßvergehens ins Gefängnis geworfen wird. Darin drückt sich eine derartige Sinnwidrigkeit der bürgerlichen Gesetzgebung aus, daß sogar die sozialdemokratische „Wiener Arbeiter-Zeitung“ in einer schwachen oder, vielleicht

besser gesagt, in einer lichten Stunde dagegen Sturm läuft, in dem sie am 8. April 1926 folgendes schreibt:

„Jetzt hat sie (die jugoslawische Regierung D. Red.) einen solchen Vorstoß (Auslieferung, D. Red.) unternommen. Im Wiener Landesgericht sitzt seit einem Monat der montenegrinische Arzt Dr. Vukaschin Markowitsch in Haft. Nach den österreichischen Gesetzen besteht sein „Verbrechen“ darin, daß er ohne einen ordentlichen Paß das Land verließ, wo man ihn wegen seiner national-revolutionären Tätigkeit umbringen wollte. Bekanntlich gehört es nicht zu den Gepflogenheiten der Regierungen, den von ihnen gesuchten politischen Gegnern Pässe auszustellen, und so ist eine solche Verfolgung in der Republik besonders sinnwidrig und aufreizend.“

Was natürlich die Austromarxisten nicht veranlaßte, die Änderung der an einem solchen Skandal schuldigen Gesetzesparagrafen zu erzwingen, und was weiter beispielsweise die deutsche sozialdemokratische Bürokratie nicht hinderte, unter einem ungeheueren Aufwand bürgerlicher Moralentrustung zu versuchen, an der Hetze gegen die seinerzeit in Berlin aufgedeckte sogenannte „kommunistische Paßfälscher-Werkstatt“ ihr Parteisüppchen zu kochen. Es geht eben nichts über die Prinzipienlosigkeit!

Sodann die zweite diesbezügliche Bemerkung: Zur technischen Vervollkommnung des Fahndungsdienstes. Hierzu hat der Theoretiker der Polizei-Internationale, der berühmte Regierungsrat Weiß der Berliner politischen Polizei, in „Der Kriminalist“ (Beilage zur „Berliner Montagspost“) vom 10. Mai 1926 einen langen Artikel geschrieben, in welchem er die Pläne der Polizei aufzählt, die verhüten sollen, daß „alle irgendwie anrühigen Elemente nicht nur über einen, sondern nötigenfalls über mehrere tadellose Pässe“ verfügen. Hören wir:

1. „ jedes einzelne Paßformular bei der Paßanfertigung durch eine besondere Maschine perforieren zu lassen.“
2. „ ferner für die Paßformulare ein chemisch präpariertes Papier zu verwenden.“
3. „ vom Paßbewerber nicht nur die Unterschrift, sondern auch den Abdruck seines rechten Zeigefingers in den Paß aufzunehmen.“

Weiter folgen derartige Verbesserungen des internationalen Erkennungsdienstes: Die Einführung eines internationalen Code (Sammlung von Vorschriften) für den telegraphischen Verkehr der Polizeibehörden nach dem „Drei-Buchstaben-System“, die Schaffung eines internationalen kriminal-technischen Wörterbuchs; die Internationalisierung des in Kopenhagen bereits bestehenden Fern-Identifizierungsdienstes usw.

Die Polizei-Internationale ist ein Machtinstrument der Weltbourgeoisie, und es ist ganz klar, daß sich all diese Maßnahmen nur gegen das revolutionäre Proletariat richten; denn die reaktionären Verbrecher werden jederzeit — wie bisher — auch in Zukunft ihre falschen Pässe von den bürgerlichen Regierungsbehörden ohne weiteres erhalten und zudem überhaupt nicht verfolgt werden.

V. Die Gesetzgebungsmaschine gegen Emigration

Es ist natürlich im Rahmen dieses Artikels noch nicht einmal möglich, all die Regierungsverordnungen und Gesetze gegen die Emigration — die politische sowohl als auch die wirtschaftliche — auch nur aufzuzählen, geschweige denn zu behandeln. Wir müssen uns auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Die bürgerliche Anti-Emigrantengesetzgebung verfolgt vier Ziele: Abriegelung der Grenzen gegen die Emigration, politische Entrechtung, wirtschaftliche Entrechtung der Emigranten und schließlich die Schaffung der Ausweisungshandhaben. Wir werden uns damit begnügen, je einen Typ festzuhalten.

Das bekannteste Abriegelungsgesetz ist das Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten von Nordamerika vom 1. Juli 1924, das für die verschiedensten Emigrationsländer genaue Einwanderungsquoten festsetzt, über die hinaus Einreiseerlaubnis nicht erteilt wird. Dieses nordamerikanische Gesetz liefert vor allen Dingen den Beweis, daß es der Bourgeoisie nicht in erster Linie auf die Abschneidung der Immigration ankommt, sondern darauf, die unliebsamen Einwanderer fernzuhalten. So zum Beispiel sieht das genannte Gesetz vor, jährlich 5 Prozent der 1890 im Lande ansässig gewesenen Ausländer aus deren Mutterland das Recht der Niederlassung in den Vereinigten Staaten zu geben. Warum legte man die Ergebnisse der Volkszählung von 1890 und nicht derjenigen des Jahres 1920 zugrunde? Wer Gelegenheit dazu hat, die Zahlen genau zu studieren, wird merken, — und das ist der politische Sinn dieser Manipulation — daß auf diese Art und Weise eine wesentliche Bevorzugung von Nord- und Westeuropa auf Kosten des revolutionären Ost- und Südosteuropas erreicht wurde. Und durch eine für das Jahr 1927 bestimmt vorgesehene Änderung des bezeichneten Gesetzes soll das konservativere angelsächsische Immigrationelement noch weit mehr bevorteilt werden, wobei aber ausdrücklich — das ist sicher charakteristisch — das national-revolutionäre Irland vollständig ausgeschaltet werden soll.

Nur so nebenbei sei als eigentlich selbstverständlich betont, daß jeder bürgerliche Staat schon infolge des Paßzwangs die Möglichkeit hat, „lästige Ausländer“ von seinen Grenzen zurückzuhalten. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika aber haben, als eines der Hauptimmigrationsländer, die Einwanderung bereits „rationalisiert“. Frankreich dürfte sehr bald im Gefolge der dort einsetzenden Deflationskrise ähnliche Maßnahmen treffen.

Überflüssig ist eigentlich, einen Typ der zweiten Art (politische Entrechtung der Emigranten) zu konstatieren. Es ist eine altbekannte Tatsache, daß die kapitalistischen Regierungen unter dem Leitmotiv „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ den Emigranten jede politische Tätigkeit, bis zum Besuch einer proletarischen Versammlung, verbieten und unter Ausweisungsandrohung stellen. Trotzdem weisen wir auf das polnische „Ausländergesetz“ vom Juli dieses Jahres hin, das ausdrücklich die politisch motivierte Ausweisung festlegt.

Als Typ für die wirtschaftliche Entrechtung der Emigranten kann das „Bundesgesetz vom 19. Dezember 1925 über die zeitweilige Beschränkung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter und Angestellter (Inländer-Schutzgesetz)“ in Österreich gelten, von dem wir der Einfachheit halber den Absatz 1 der §§ 2 und 7 im Wortlaut zitieren:

„§ 2. Kein Arbeitgeber darf ohne behördliche Bewilligung einen Arbeiter, Angestellten, Hausgehilfen oder Lehrling beschäftigen, der nicht österreichischer Bundesangehöriger ist oder sich nicht seit mindestens 1. Jänner 1923 im Bundesgebiet ständig aufhält.“

§ 7. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn es die Lage des Arbeitsmarkts zuläßt, wenn wichtige Interessen der Volkswirtschaft es erfordern, oder wenn sonstige triftige Gründe, insbesondere wichtige Familienrücksichten oder Gründe der Menschlichkeit, dafür sprechen.“

Hier haben wir ein ganz klar gegen die revolutionäre Emigration gerichtetes Gesetz vor uns, dessen § 2 jedem klassenbewußten Ausländer die Existenzmöglichkeit entzieht, dessen § 7 aber das Hintertürchen für die Beschäftigung der willfähigen Elemente offen läßt. Im Zusammenhang mit der Annahme dieses österreichischen „Inländer-Schutzgesetzes“ ist wichtig, festzuhalten, wie die Bourgeoisie das Arbeitslosenelend zur Gewinnung des Proletariats für ihre reaktionären Aktionen gegen die proletarische Emigration ausnützte. Emigration und Arbeitslosigkeit — das ist auch ein Thema, mit dem sich die Arbeiterklasse ernstlich auseinandersetzen muß.

Die „Säuberungs“-Gesetze und Verordnungen schließlich sind die zahlreichsten: Die „Lex Derer“, dieses tschechoslovakische Ausländergesetz; das österreichische Habsburger „Vagabunden“-Gesetz vom 27. Juli 1871; das polnische Ausländer-Gesetz; die schon genannte französische Regierungsverfügung; die Verordnung des ungarischen Landespolizeichefs und Frankfälschers Nadossy vom 1. Juni 1925 Nr. 200 000/25; die Verordnung des tschechischen Innenministeriums vom 21. Februar 1926 No. 8617/26/5 und des tschechischen Volkswohlfahrts-Ministeriums — das auch noch! — vom 28. Februar 1926 No. 3/2/1926 usw.; als Typ aber der sogenannte Aswell-Gesetzentwurf der Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Diese Gesetzgebungsakte schaffen unbeschränkte Möglichkeiten, jeden „lästigen Ausländer“ aus dem Lande zu werfen.

VI. Unsere Schlussfolgerungen

Wir haben vorstehende Hauptmomente des Emigrationsproblems einfach aufgezählt, ohne unmittelbar im Anschluß daran einzeln die notwendigen Schlussfolgerungen zu machen, um überflüssige Wiederholungen zu vermeiden. Nunmehr aber gilt es wohl, dieselben summarisch zu ziehen, was gleichzeitig auf die Feststellung unserer Aufgaben und Kampfziele bezüglich der Emigration hinausläuft.

Wir formulieren also:

1. Das Emigrationsproblem ist eine Klassenfrage, und zwar ist das Proletariat als Klasse sowohl an der politischen, als auch an der wirtschaftlichen Emigration interessiert, wenn auch an der politischen verständlicherweise direkter und stärker.
2. Der Kampf um das Asylrecht für politische Emigranten muß sich die Umwandlung desselben aus einem Recht des Asyllandes zu einem Recht des Politemigranten, mit anderen Worten zu einer Verpflichtung des Asyllandes, zum Ziele setzen. In jedem einzelnen Lande muß ein Auslieferungsgesetz als Grundlage für abzuschließende Auslieferungsverträge geschaffen werden, das ganz eindeutig das relativ-politische Delikt von der Auslieferung ausschließt. Den Arbeiterorganisationen, vor allen Dingen der Roten Hilfe, muß die Befugnis der von allen Behörden anzuerkennenden Legitimation der politischen Emigranten zuerkannt werden.
3. Paßvergehen für Politemigranten und damit die Bestrafung von solchen müssen aus den gesetzlichen Bestimmungen gestrichen werden.
4. Ausweisungen von Emigranten — und zwar politischen wie auch wirtschaftlichen — dürfen nur auf Grund schwerer krimineller Verbrechen erfolgen. Den Emigranten sind sämtliche Bürgerrechte des Immigrationslandes, vor allen Dingen das Recht der Koalition und der Einreihung in den Produktionsprozeß, zu verleihen. Alle dem entgegenstehenden Gesetze, Verordnungen usw. sind aufzuheben.
5. Dort, wo sich Arbeiterorganisationen (wie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Gewerkschaften gegenüber den Negern) noch gegen die Aufnahme von Ausländern sträuben, muß diese Sabotage gebrochen werden.
6. Die Verbannungen von Revolutionären müssen abgeschafft werden.
7. Zur Erreichung dieser Kampfziele muß das Proletariat unter Führung der Internationalen Roten Hilfe und unter Beteiligung aller proletarischer Organisationen, soweit als möglich auch der bürgerlich-linksradikalen, eine gut vorbereitete Dauerkampagne in internationalem Maßstabe organisieren. Im nationalen Rahmen muß sich die Stoßkraft dieser Kampagne besonders gegen die spezifisch-nationalen Anti-Emigrantenmaßnahmen der Bourgeoisie richten.

Da die Verwirklichung eines wesentlichen Teiles obiger Forderungen mit Gesetzgebungsakten verbunden ist, sind alle irgendwie für unsere Zwecke zugängigen Parlamentsfraktionen auszunützen. Bei all dem aber darf nicht vergessen werden, daß die erste Voraussetzung für den erwünschten Erfolg die außerparlamentarische Mobilisierung der breitesten Massen und die zweite eine unermüdete Beharrlichkeit in diesem zweifellos lange währenden Kampfe ist.

Politische Wandlungen in Deutschland

Von E. Fisch

Im achten Jahre der deutschen „demokratischen“ Republik, die von der Sozialdemokratie als die freieste der Welt etikettiert wurde, geht in den letzten Monaten so etwas wie ein „Reinemachen“ vor sich. Es ist das Mißgeschick der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Politik, die die deutsche Republik aus der Taufe hob, daß mit dem offiziellen Bekenntnis der deutschen Großbourgeoisie zur demokratisch-republikanischen Staatsform die Früchte der bisherigen Nachkriegspolitik zum Reifen gebracht werden. Den niederkartätschten, geschundenen und verelendeten Proletariatsmassen wie den bis zum letzten Spargroschen enteigneten städtischen Mittelschichten — der großen Mehrheit des deutschen Volkes — wird die Republik von 1918-1926 die Quelle aller Übel und Leiden. Alle Opfer, die zur Rettung der bürgerlichen Gesellschaft in den Jahren 1918-1923 gebracht wurden — zwanzigttausend ermordete Proletarier, die ungeheure Zahl Eingekerkelter, von denen Tausende monatelang die Gefängnisse bevölkerten, ohne daß ihnen irgendein Verstoß nachgewiesen werden konnte, Millionen durch die Inflation vernichteter Existenzen, die Ausnahmegesetzgebung, das Wüten der Klassenjustiz gegen die Arbeiterklasse, die Justizskandale und die Korruption der Staats- und Wirtschaftsbürokratie, welche zum Himmel stinken —, bilden eine unendliche Kette von Willkür, Terror und Anschlägen gegen das Leben der werktätigen Massen und belasten das Konto der kleinbürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen der Republik. Das Industrie- und Bankkapital richtete mit Hilfe der SPD. seine Profitwirtschaft gegen die werktätigen Massen auf. In der hinter uns liegenden Periode sozialer und revolutionärer Bewegungen, die mehrere Male bis an den Rand der kapitalistischen Herrschaft führten, rettete die SPD. die Bourgeoisie immer vor dem Untergang. Nunmehr gehen die mächtig gewordenen Kapitalgruppen ganz offen zur Offensive mittels Rationalisierung vor. Das ist der innerpolitische Sinn des Bekenntnisses der Schwerindustrie zur Republik. Die deutschen republikanischen Philister, einschließlich der Sozialdemokratie, sahen in dem Bekenntnis der deutschen Industriellen zur Republik auf ihrer letzten Tagung in Dresden eine demokratische Erleuchtung der Industrie- und Bankgewaltigen. Nur Narren oder offensichtliche Betrüger können aus dieser Sache etwas anderes machen wollen, als die brutale Vollendung der traurigen Tatsache, daß die Republik zum Herrschafts- und Unterdrückungswerkzeug der Besitzenden gegen die Besitzlosen geworden ist, nachdem sie mit Hilfe der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbürokratie im achtjährigen Kampfe gegen die sich revolutionär auflehenden Massen stark wurde. Nichts ist dafür charakteristischer, als daß neben dem Reichsverband der deutschen Industrie nunmehr auch der preußische Richterverein und Assessorenverband gefolgt sind. Selbst im Jungdeutschen Orden ist eine Bewegung für die Republik entstanden, und der Führer der deutschen Konterrevolution, der illegale Organisator der Fememorde, Ehrhardt, hält es für zeitgemäß und zweckmäßig, der wilhelminischen Monarchie den Laufpaß zu geben und für diese Republik zu wirken. Diese Ereignisse sagen nichts anderes, als daß die Kapitalisten Deutschlands nunmehr die Republik vollständig erobert haben.

Die Politik von 1918 bis 1923 ist gekennzeichnet durch revolutionäre Bewegungen, die vom Proletariat gegen den kapitalistischen Aufbau und für den Sozialismus geführt wurden. Die Arbeiterklasse war aber in den entscheidenden Kämpfen nicht stark genug, die dem Kriegszusammenbruch folgende Demobilisierungskrise zum Sturz des Kapitalismus auszunützen. Die Verwirrung der Arbeitermassen durch soziale Reformen und Versprechungen von seiten der Sozialdemokratie einerseits, das Fehlen einer revolutionären Partei, die sich über den Weg und die Methoden des revolutionären Kampfes vollständig im klaren gewesen wäre andererseits, ermöglichten der Bourgeoisie die Sicherung ihrer wirtschaftlichen Ausbeutung und politischen Herrschaft. Der ungeheure Warenhunger half der Bourgeoisie über die ökonomischen Schwierigkeiten jener Periode hinweg. Ende 1924 aber versiegen alle Möglichkeiten, den in Gang gekommenen Produktionsapparat in Betrieb zu halten, an der Zerrüttung des Innenmarkts und des Weltmarkts. Durch die Inflationspolitik wurden die Voraussetzungen für die Konzentrierung der ökonomischen Macht des Industriekapitals geschaffen. Durch die Enteignung der Werktätigen und des Rentnerkapitals und durch eine maßlose Steuersabotage erhält das Industrie- und Bankkapital die notwendigen Kapitalien zur besseren Organisation und technischen Vervollkommnung der Produktionsanlagen. Tiefgehende Kämpfe zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen, auch um die Staatsform und die Außenpolitik, begleiten diesen Prozeß. Aus dieser Entwicklung, die eine ungeheure Zersetzung der Gesellschaft mit sich gebracht hatte, erklären sich all die monarchistischen Anschläge gegen die Republik und ihre Exponenten, die geführt von dem rechtesten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei, im Sumpf der Fememorde landeten. Die in den letzten Monaten in den Gerichtshöfen in Magdeburg, München, Landsberg und anderswo gespielten Szenen zwischen den staatlichen Vollzugsorganen und der Justizbürokratie, welche sich noch teilweise als Schutzherrin der völkischen Fememordorganisationen aufzuschwingen verpflichtet hält — wie die Sabotage der bayerischen Regierung gegenüber der von der Reichsregierung und der preußischen Regierung geführten Kampagne zur Bereinigung der bürgerkriegsschwangeren Atmosphäre —, schließen den in der Periode von 1918-1923 tobenden Kampf zwischen den einzelnen kapitalistischen Gruppen untereinander und liefern der Bourgeoisie die legale Staatsmacht aus. Die Rolle der Sozialdemokratie, die die proletarischen Interessen opferte und das allgemeine kapitalistische Interesse gegen die Gruppeninteressen wechselseitig vertritt, täuscht das Proletariat auf das schändlichste, sammelt aber damit alle im kleinbürgerlichen Denken Befangenen. Die Organisationen von Escherich, Ehrhardt, Ludendorff bis zu den Kleinkaliberschützen haben vorläufig ihre Blutarbeit geleistet und können heute bei Anwendung der alten Kampfmethoden nur störend auf die Entwicklung wirken. Sie werden nicht vernichtet, sondern zeitgemäß umorganisiert. Die Heißsporne werden fallengelassen, während die große Masse in den trotz Verbot bestehenden Organisationen für die militärischen Aufgaben der imperialistischen Politik ausgebildet werden. Das ist der tiefere Sinn der Umgruppierung des Scheinkampfs der Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei gegen die „Reaktion“. Wie weit die Legalisierung der konterrevolutionären Organisationen und ihre Verwendungsmöglichkeiten für die augenblickliche Aufgabe der Schaffung einer militärischen Reserve der deutschen Imperialisten gedeihen ist, beweist die Aufnahme des „Reichsverbandes der deutschen Reichszentrale zur Förderung des Kleinkaliberschießens“ (einer festen Rahmenorganisation von nationalistischen Schießvereinen im ganzen Reich) in den „Reichsausschuß für Leibesübungen“. Nur wegen ihrer außenpolitischen Schwäche muß die Bourgeoisie bei dieser Vorbereitung Vorsicht walten lassen und dieselbe geheim betreiben.

Die Haltung der deutschen Justizbehörden gegenüber dem „Feldzuge“ der Reichs- und preußischen Regierungsbehörden gegen die kompromittierten Mitglieder

der Fememordorganisationen zeigte sich in den außergewöhnlich milden Urteilen und auch auf der Anfang September 1926 stattgefundenen Juristentagung in Köln, wo aufs schroffste alle Eingriffe von Regierungsbehörden und Parlamenten in die Unabhängigkeit der Richter abgelehnt wurden. Die Praxis des „parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ ist nur Sand in die Augen der breiten Massen. Nicht zuletzt beinhaltet die Forderung des Juristentags nach der Unabhängigkeit des Richtertums das Bestreben, die Illusionen von der „Überparteilichkeit“ des Richters in den großen Volksmassen erneut hervorzurufen. Das hilft aber nicht mehr. Daß heute mit größtem Aufwand an Kräften die Vorgänge in der Schwarzen Reichswehr, wie in den Fememordorganisationen, ans Tageslicht gezerzt werden, soll die Aussöhnung der werktätigen Massen mit der heutigen Republik und ihrer „unparteiischen“ Rechtspflege wieder herstellen. Das dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gelingen. Demselben Ziele gelten die Forderungen nach der Reform des Strafvollzugs, Beseitigung einiger mittelalterlicher Zustände in den deutschen Gefängnissen, wie sie neuerdings die Mitglieder einer Untersuchungskommission des preußischen Landtags in Ostpreußen angetroffen haben. Am gefährlichsten ist der Ruf der Sozialdemokratie nach Beseitigung der reaktionären Richter und Sicherung eines republikanischen Nachwuchses im Richterstande. Dieses Bestreben wird verdoppelt durch den Feldzug des Industrie- und Bankkapitals gegen die wilhelminische Zopfbürokratie im Staatsapparat, welche für die Durchführung der gerissenen Innen- und Außenpolitik des gegenwärtigen Kapitalismus, der mit weniger Geräusch und mehr diplomatischem Geschick arbeiten muß und klügere Elemente für die neuen Aufgaben braucht, untauglich ist.

Da die Kraft der Arbeiterklasse bisher nicht ausreichte, um die proletarische Macht zu erobern und festzuhalten, wird die Macht der Bourgeoisie neu befestigt. Der unzweideutige Wille der Herren der demokratischen Republik geht aufs ganze. Die vom Kölner Juristentag geforderte endgültige Regelung der Asylrechtsfrage zeigt das Vorhaben, selbst mit Jahrhunderte alten Rechten Schluß zu machen. Die dort gepflogenen Diskussionen über die Haftbarmachung der Gewerkschaften für Schäden bei Kampfhandlungen derselben richten ihre Spitze gegen das Koalitionsrecht überhaupt. Eine Reihe weiterer Absichten, wie sie beispielsweise durch die Vorlage eines Gesetzes „Gegen Schmutz- und Schundliteratur“ zum Ausdruck kommt, deutet auf einen verschärften innerpolitischen Kurs gegen die Arbeitermassen hin.

Die in achtjährigem Kampfe gegen das Proletariat eroberte Machtstellung wird das Industrie- und Bankkapital rücksichtslos gegen die werktätigen Massen verwenden. Kartellierung und Syndizierung der wichtigsten Industriegruppen in wenigen Händen, gesteigerte Profite bei verminderter Arbeiterzahl, Verbesserung der Produktionsmethoden und internationaler ökonomischer und politischer Machterweiterung ist der inner- und außenpolitische Kurs der Bourgeoisie. Daß der Kapitalismus trotz allem außerstande ist, die seit einem Jahrzehnt herrschende Überproduktionskrise zu lösen, ohne die größten revolutionären Spannungen, den Widerstand der unterdrückten Massen hervorzurufen, zeichnet klar die Aufgabe der revolutionären Lösung dieses Dilemmas.

Den arbeitenden Massen lehren die letzten Ereignisse, daß der von ihrer Mehrheit seit 1918 geführte Kampf um die soziale und demokratische Verbesserung der Republik ein leerer Wahn war. Die Sozialdemokratie lenkt mit ihrem heutigen Geschrei gegen die „Reaktion“, die in den elend zusammengebrochenen Bürgerkriegsformationen der Konterrevolution und der wilhelminischen Zopfbürokraten in der Republik verkörpert sein soll, die arbeitenden Massen von der wirklichen Gefahr ab. Die demokratische Republik ist mit ihrer Inbesitznahme durch die mächtigsten Kapitalgruppen Deutschlands das Herrschafts- und Unterdrückungsinstrument des parasitären Kapitalismus geworden. Das Bild eines ehemals fast

undurchdringlichen Wirrwarrs der Klassenverhältnisse in Deutschland ist klarer. Die Massen der Arbeiterklasse müssen gegen die in der demokratisch-republikanischen Staatsform herrschende Kapitalistenklasse gesammelt werden. Die Bekämpfung der Illusionen, die von der sozialdemokratischen Führerschaft über den augenblicklichen Zustand hochgezogen werden und deren Nahrung reformistische Quacksalberei bildet, ist eine der Hauptaufgaben aller proletarischen Organisationen. Die Massen der Arbeiter der städtischen und ländlichen Mittelschichten im täglichen Kampfe gegen die staatsbürgerliche und soziale Entrechtung und ökonomische Unterdrückung durch die Republik zu sammeln, das muß der Wille aller klassenbewußten Arbeiter sein.

Nationalrevolutionäre Bewegung und weißer Terror in den Kolonien

Von A. Schuk

Das Thema vom Kolonialterror bedeutet die Behandlung der kapitalistischen Kolonialpolitik überhaupt, denn ihre Geschichte ist eine ununterbrochene Kette von Verbrechen, Raub, Vergewaltigung und Mord im Prozesse der kapitalistischen Besitzergreifung von den reichsten Gebieten eines kolossalen Teiles der Erdoberfläche, die der Ekre der Zugehörigkeit zur „zivilisierten“ Welt nicht teilhaftig geworden sind. Der Terror in den Kolonien ist eine ständige Begleiterscheinung der gegenwärtigen bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft seit dem ersten Augenblick ihrer Entstehung; er ebnete dem neuzeitlichen Kapitalismus die Wege. Die Entdeckung der Gold- und Silbergruben Amerikas, die Vernichtung, Unterdrückung und lebendige Begrabung der einheimischen Bevölkerung in den Bergwerken, wie die ersten Schritte zur Eroberung und Ausplünderung Ostindiens, die Verwandlung Afrikas in ein Schutzgebiet für die Jagd auf Schwarzhäute — das war die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind die Hauptmomente der anfänglichen Anhäufung von Werten¹. Und weiter, W. Howitt zitierend, den er als einen „Menschen, der das Christentum zu seiner Spezialität gemacht hat“, charakterisiert, sagt Marx: „Die Barbareien und schamlosen Grausamkeiten der sogenannten christlichen Rassen allen Andersgläubigen und Fremdrassigen gegenüber, die sie sich nicht unterwerfen konnten, übersteigen alle Greuel, die jemals während einer historischen Epoche irgendeiner Rasse, sei es auch die wildeste und rückständigste, die grausamste und schamloseste, verübt worden sind². Leider gilt das alles nicht nur für die Vergangenheit. Auch jetzt noch sind die „Wilden, diese Objekte der Studien gelehrter Anthropologen und der Predigertätigkeit von Missionaren“, den barbarischen Greueln und der Massenvernichtung seitens der kapitalistischen Zivilisatoren unterworfen. Im belgischen Kongo betrug die Bevölkerungszahl nach 1908 ungefähr 20 bis 40 Millionen Menschen, aber schon 1911 waren davon den Angaben der offiziellen Statistik zufolge nur noch 8 500 000 zurückgeblieben. Mit anderen Worten sind mindestens 12 Millionen Menschenleben im Laufe dieser drei Jahre vernichtet worden. Diese ungeheuerliche Ausrottung der Bevölkerung eines Gebiets, dessen Territorium 95mal so groß wie die Flächenausdehnung des Mutterlandes Belgien ist, erfolgte ausschließlich den ungeheuren Profiten zuliebe, die in die Taschen der Kapitalisten vom Ertrage der Gummipflanzungen flossen. Nach der Beschreibung des Genossen Amter war der Verlauf dieser Heldentaten der „ritterlichen“ Belgier der folgende:

¹ Karl Marx, Kapital, Band I. Verlag „Proletarier“, 1926. S. 590.

² Ebenda.

„Der Wert des indischen Gummis und die Nachfrage danach auf dem Weltmarkt waren dermaßen gestiegen, daß im Jahre 1908 im Kongo eine Verfügung publiziert wurde, die den Eingeborenen den Verkauf von Gummi oder Elfenbein an Europäer verbot. Die beraubten Eingeborenen wurden zusammengetrieben und gewaltsam gezwungen, Gummi für ihre Aufseher zu sammeln. Zu ihrer Ausrottung wurde zu den erprobtesten Maßnahmen gegriffen. Die belgischen Truppen eröffneten eine förmliche Menschenjagd. Sie bestachen die Häuptlinge, die ihre eigenen Stämme zu unterdrücken begannen, um die Leute zu zwingen, Gummi zu sammeln. Peitschenhiebe, Ausrottung ganzer Eingeborenentämme — das waren die Mittel, die von den „zivilisierten“ Eroberern angewendet wurden. Ganze Eingeborendörfer wurden zerstört und vernichtet, Frauen und Kinder gefangen genommen und als Geiseln zurückgehalten, um die Ablieferung des Gummis sicherzustellen. Diejenigen Stämme, die sich mit Ackerbau und Fischfang beschäftigten, wurden mit hohen Abgaben belegt, das heißt, sie mußten die Armee ihrer Eroberer ernähren und die Geiseln mit Nahrung versehen. Tod und Vernichtung herrschten allenthalben. Dem Umstande zufolge, daß die Eingeborenen zum Gummisammeln herangezogen wurden, geriet der Ackerbau vollständig in Verfall, und die Bevölkerung sah sich dem Gespenst des Hungers gegenübergestellt. Ganze Ländergebiete verwandelten sich in Wüsteneien.“

Diese erschütternden Tatsachen beweisen, daß das neuzeitliche Kapital nicht ansteht, das Schandwerk zu Ende zu führen, das seinerzeit von seinen Vorgängern unbeendet geblieben ist. Selbstverständlich sind aber nicht diese Methoden, wie sie schon der Epoche der anfänglichen Wertanhäufung eigen waren, für die neuzeitliche Kolonialpolitik in ihren wichtigsten Knotenpunkten am bezeichnendsten. Die vorkapitalistische Jungfernschaft der überwiegenden Mehrheit kolonialer und halbkolonialer Länder ging noch vor dem Weltkriege in die Brüche. Der Krieg bot einen mächtigen Anstoß für die kapitalistische Entwicklung der Kolonien, dieser wirtschaftlichen Rückendeckung der kriegführenden Länder, und zwar — als Folge der gleich zu Beginn des Krieges entstandenen Sachlage — der Ententeländer.

Das Anwachsen der kapitalistischen Warenwirtschaft in den Kolonien führte zu bedeutenden sozialen Umgruppierungen, schuf daselbst eine industrielle Bourgeoisie und die Arbeiterklasse, rief den Prozeß des Zerfalls der naturalwirtschaftlichen Beziehungen hervor und förderte die Differenzierung innerhalb der Bauernschaft. Auf dieser Grundlage entsteht ein aufs komplizierteste verwickeltes Geflecht sozialer und politischer Widersprüche. Die nationale Einheitsfront im Kampf gegen den Imperialismus, der unmittelbare Kampf der kolonialen Arbeiterklasse gegen die imperialistische Ausbeutung bei einem neutralen oder feindlichen Verhalten der metropolen Bourgeoisie, der innere Klassenkampf in den Kolonien, die Widersprüche zwischen der Eingeborenenbourgeoisie und dem Imperialismus und schließlich noch die nationalen und religiösen Kämpfe zwischen den verschiedenen Gruppen der kolonialen Bevölkerung, klug genährt seitens der Imperialisten, — alle diese verwickelten gegenseitigen Beziehungen sind bestimmend für das Bild der national-revolutionären Bewegung in den Kolonien und für den Kampf derselben gegen den Imperialismus. Und längs den Linien dieser am schärfsten aufeinander prallenden Widersprüche verläuft die blutige Spur des Terrors.

Die Tatsachenchronik des kolonialen Terrors der Nachkriegszeit ist außerordentlich reich. Noske, Mannerheim, Horthy könnten eifersüchtig werden auf die Lorbeeren der Generäle Doilliers in Indien, Gourot in Syrien, Allenby in Ägypten und der vielen anderen großen und kleinen Gallifets, der Unterdrücker der nationalen

³ J. Amter. „Die Freiheitsbewegung der Neger in der ganzen Welt.“

Revolution im Osten. Nach Beendigung des Krieges ergriff die revolutionäre Bewegung in ihren mannigfaltigsten Äußerungen alle Länder des Ostens. Liegen die Ursachen derselben tief in den sozialwirtschaftlichen Verschiebungen verborgen, die bedingt waren von der kapitalistischen Entwicklung der Kolonien und des Krieges, so boten in der Mehrzahl der Fälle terroristische Akte des Imperialismus den unmittelbaren Anstoß zur akuten Entwicklung der Ereignisse. Solche Akte dienten gewissermaßen als Zentralpunkte der Bewegung, die die Aufmerksamkeit und die Proteste der Massen auf sich konzentrierten und sie in den Kampf stießen. Wir wollen uns hier nur auf die Aufzählung der besonders krassen Tatsachen des weißen Terrors beschränken, der seitens des Imperialismus gegenüber der national-revolutionären Bewegung während und nach dem Kriege verübt worden ist.

In Indien im Jahre 1915, nach Bloßlegung der Verschwörung gegen die englische Regierung, wurden mehrere tausend Personen verhaftet und einige hundert gehängt. Im Frühling 1919 veranstaltete der General Doilliers ein blutiges Massaker unter einer wehrlosen Menge in der Stadt Amritsar in der Provinz Pandschab. Anderthalb tausend Verwundete, fünfhundert Ermordete. Während der Periode der Bewegung der Jahre 1919 bis 1921, „bis zum Augenblick der gerichtlichen Belangung Gandhis, schmachteten in den Gefängnissen gegen 10 000 ‚politische Verbrecher‘, während den eigenen Berechnungen der Engländer zufolge die gleiche Anzahl Opfer in den Zusammenstößen mit Polizei und Truppen gefallen ist“. Die Bauernaufstände im Pandschab, in Malabar, in den Vereinigten Provinzen hatten blutige Unterdrückungen derselben und Tausende von Opfern zur Folge. Zahlreiche Arbeiterstreiks waren von blutigen Zusammenstößen mit der Polizei begleitet.

In Ägypten wirbelte im Frühjahr 1919 ein Sturm der revolutionären Bewegung auf, der alle Schichten der Bevölkerung ergriff und die durch den Umfang dieser Bewegung in Schrecken versetzten Nationalisten ins Lager der Reaktion und zu der Paktierung mit dem Imperialismus trieb. Der „Diktator“ Ägyptens, Lord Allenby, ertränkte den Aufstand in Blut. Und auch weiterhin bleibt der Terror das System der englischen Beherrschung Ägyptens, auch in den Monaten der Arbeiterregierung MacDonaldis nichts an seiner Ausdehnung verlierend und sich zum Zeitpunkt der Farce der „Unabhängigkeits“-Erklärung Ägyptens und der Überreichung des Ultimatus nach der Ermordung des Generals Lee Stack noch weiter steigend.

In der Türkei verhafteten die englischen Okkupationsstruppen am 16. März 1920 über 70 Abgeordnete des türkischen Parlaments, oppositionelle Minister, Führer der Arbeiterbewegung, und deportierten sie nach der Insel Malta. Dieser unerhörte Gewaltakt von Seiten eines „demokratischen Staates“ gegen das Parlament erregte im türkischen Volk einen Sturm der Entrüstung und gab der national-revolutionären Bewegung in der Türkei einen neuen Anstoß, deren nächste Etappe die Schaffung einer nationalen Regierung in Angora war.

In Syrien betätigten sich die französischen Kolonisatoren mit nicht geringerem Erfolg als die Engländer in Palästina und im Irak. Die von General Serrail im Jahre 1922 vorgenommene Verhaftung von 36 Vertretern der Drusenstämme und die Erschießung einer religiösen Prozession in der Stadt Soueida während der Feier des Krban-Bajram waren das Signal zum Ausbruch des bis auf den heutigen Tag noch nicht unterdrückten Aufstandes in Syrien. Das Bombardement von Damaskus im Oktober 1925 war die barbarischste Episode der gesamten so schwachvollen Geschichte der syrischen Okkupation.

In Korea herrscht der japanische Imperialismus unter Benutzung von Methoden des grausamsten militärpolizeilichen Terrors. Im Jahre 1919, bei der Unterdrückung der antijapanischen Bewegung, wurde ganz Korea in Blut getaucht. Die Opfer der

* W. Gurko-Krjashin: „Revolutionäre Bewegung in Indien.“

japanischen Gewaltmaßnahmen zählten nach vielen Zehntausenden. Am 10. Juni 1926 endigte die antijapanische Massenkundgebung am Tage der Bestattungsfeier des letzten koreanischen Imperators I-Wan mit einer rücksichtslosen Auseinandersetzung der Demonstranten, mit der Verhaftung von 2000 Personen, Erschießungen und politischen Prozessen.

Die Geschichte der Freiheitsbewegung in China trägt gleichfalls den Stempel des Terrors von Seiten der Imperialisten und ihrer Mietlinge — der chinesischen Militaristen. Die von Wu-Pei-Fu mit Militärgewalt vorgenommene Unterdrückung des Eisenbahnerstreiks auf der Peking-Hankau-Eisenbahn im Februar 1923, die Massenerschießungen in Schanghai, die Ermordung der Führer der Gewerkschaftsbewegung, die Niedermetzelung einer friedlichen Demonstration in Peking von der Leibwache Duan-Tsi-Djuis im März dieses Jahres, das Bombardement der friedlichen Bevölkerung der Stadt Wansiang — wobei 200 Menschenleben vernichtet wurden —, die Hinrichtung von Professoren in Hankau, die Auslieferung der von englischen Behörden auf dem Gebiete der englischen Konzession in Tientsin verhafteten Mitglieder der Kuomintang an die Mukden-Gewalthaber, das alles sind Tatsachen, die diese Terrorpolitik illustrieren.

In den letzten Tagen riefen in der ganzen Welt tiefste Erschütterung hervor die Nachrichten über die blutige Unterdrückung des Eingeborenen-Aufstandes in Indonesien gegen die englisch-holländischen Plantagenbesitzer, hervorgerufen durch ein ungeheuerliches System der Auspowerung und des Terrors.

Und die englischen Methoden zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Südafrika? Und die Schandtaten der amerikanischen Imperialisten auf den Hawaii-Inseln? Wo gibt es eine Statistik der zahllosen Opfer des Terrors auf den unübersehbaren Territorialgebieten der kolonialen und halbkolonialen Besitzungen einer kleinen Gruppe von Ausbeutern, die zudem noch durch ein strengstes Zensurgebahren das Hinausdringen jeglicher Nachrichten über den wirklichen Stand der Dinge in die Presse verhindern, und die mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln eine ihnen günstige „öffentliche Meinung“ der bürgerlichen Gesellschaft fabrizieren.

Im Vergleich mit dem Terror in den europäischen Ländern unterscheidet sich der Kolonialterror durch seine mit Unverfrorenheit und Zynismus gepaarte größere Grausamkeit. Nur in den Kolonien ist eine derartige Verfügung möglich, wie der Befehl des General Doilliers in Amritsar, der den Einwohnern vorschreibt, beim Passieren des Europäerviertels unter den Gewehrläufen der Soldatengewehre auf allen Vieren herumzukriechen; oder eine solche Tatsache, wie in Syrien, wo einige Tage vor dem Bombardement von Damaskus die Leichen von ermordeten Aufständischen auf die Rücken von Kamelen gebunden, in der ganzen Stadt herumgeführt und darauf im städtischen Garten öffentlich zur Schau gestellt wurden. Das ist nicht wie in Europa. Hier versteckt sich der Terror nicht hinter den tauben Mauern verschiedener „Defensiven“ und anderer Folterkammern, die keinen Schmerzenslaut ihrer Opfer nach draußen hindurchdringen lassen. Massenhinrichtungen, unverfrorenes Verunglimpfen der ganzen Bevölkerung, raffinierte Beleidigung des nationalen Gefühls — dies alles spielt beim Kolonialterror noch lange nicht die letzte Rolle.

Die allerbrutalsten Erscheinungen des weißen Terrors führten bei einer günstigen Konstellation der sozialen Kräfte zur Schaffung einer nationalen anti-imperialistischen Einheitsfront unter Leitung der einen oder der anderen Klasse, der einen oder der anderen Partei. So war es in Schanghai, in Amritsar und andernorts. Selbstverständlich kann im Falle einer bedeutenden Differenzierung der Klassen innerhalb der Kolonialbevölkerung dieser unorganisierte Block nicht von Dauer sein. Der innere Kampf der Klassen führt rasch zu einer Differenzierung

der Bewegung, indem er die mehr revolutionär gesinnten Elemente, geneigt, den Kampf in schärferen Formen zu führen, von der opportunistisch gestimmten Bourgeoisie trennt, die nach Kompromissen mit dem Imperialismus trachtet und sich gegen die Arbeiter- und Bauernbewegung wendet. Ein Zusammenschluß der Imperialisten mit den herrschenden Klassen der unterdrückten Nationalitäten — den Feudalen, der Bourgeoisie des Handels und der Industrie — gegen die in Wahrheit revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung — ist eine allgemeine Erscheinung. Die Unterdrückung der Bauernbewegung in Indien ist von der englischen Regierung in Gemeinschaft mit und im Interesse der Grundbesitzer Indiens erfolgt. Wu-Pei-Fu, ein Agent des englisch-amerikanischen Imperialismus und gleichzeitig der Vertreter gewisser Kreise der chinesischen Bourgeoisie, besorgt die Massenerschießungen der streikenden Arbeiter. In Ägypten führt „der oppositionelle Greis“ Zaghlul Pascha während seiner Regierungszeit den Kampf mit der Arbeiterbewegung, als Vertreter der kapitalistischen Interessen Ausnahme Gesetze und ein unerhörtes Terrorregime einführend. Auch Kemal, der Führer der national-revolutionären Bewegung in der Türkei und Oberhaupt der im Kampf mit dem Imperialismus geschaffenen und erstarkten Regierung, verfolgt die kommunistische und die Arbeiterbewegung. Die Arbeiterklasse der Kolonien opfert zahllose Märtyrer, nicht nur im Kampfe gegen den Imperialismus, sondern auch gegen ihre eigene nationale Bourgeoisie. Namen wie Subchi, dieses im Jahre 1921 mit seinen Genossen ermordeten türkischen Kommunisten-Revolutionärs, wie des in einem ägyptischen Gefängnis zugrunde gegangenen Antoin Maraun und anderer gebührt ein Ehrenplatz unter den zahllosen Opfern des Kampfes für die Interessen des Weltproletariats.

Die imperialistische Bourgeoisie ist bestrebt, ihre kolonialen Positionen auf dem Wege von Kompromissen mit der einheimischen Bourgeoisie zu erweitern und auszubauen. Das liegt im Interesse beider Kontrahenten. Damit wird aber auch dem Kampf zwischen der kolonialen Bourgeoisie und dem Imperialismus die Spitze genommen. Doch bedeutet diese an und für sich schon recht relative Abstumpfung des Kampfes noch keinesfalls den Frieden im Osten, eine Milderung des kolonialen Regimes oder den Niedergang der national-revolutionären Bewegung. Dort, wo dieser Kompromiß zustande kam, wie zum Beispiel in Indien, ist er offensichtlich gegen die werktätigen kolonialen Massen, gegen die Arbeiter und Bauern, gerichtet. Dadurch wird die Lage der letzteren scharf verschlechtert, und das nährt die revolutionäre Unzufriedenheit. Es ändern sich die Formen der Bewegung, die Leitung geht in andere Hände über. Das Proletariat wird zum Führer im national-revolutionären Kampf (China), die werktätigen Massen mit sich fortreibend. Der Kampf spitzt sich schärfer zu. Es verschärft sich auch der Terror, der sich jetzt noch ausgeprägter und unmittelbarer gegen die Arbeiter- und Bauernschaft und gegen die revolutionäre Avantgarde der Bewegung wendet.

Der Terror in den kapitalistischen Ländern enthüllte den inneren Bankrott und den Zerfall der bürgerlichen Demokratie. Andererseits enthüllt aber auch der koloniale Terror das wahre Gesicht der bürgerlichen Demokratie, indem er alle Schattenseiten der Zustände im Rücken der kolonialen Front bloßlegt. Von einer Demokratie in den Kolonien ist niemals auch nicht die Spur gewesen. Die Einführung eines bürgerlich-demokratischen Regimes in den Kolonien wäre für den Imperialismus verhängnisvoll. Nur bei Benutzung eines mächtigen Vergewaltigungsapparats zur Erzielung von Überprofiten aus der Exploitation der werktätigen kolonialen Massen kann die imperialistische Bourgeoisie einen Teil dieser Gewinne in den Händen der kolonialen Bourgeoisie belassen und auch etwas als Lockspeise für die Spitze der Arbeiterschaft im eigenen Lande auswerfen, den Löwenanteil in die eigene Tasche steckend. Kanonen in den Kolonien sichern den

Klassenfrieden in der Metropole. Der Kolonialterror ist eine Stütze des kapitalistischen Pazifismus. Nicht nur die Kapitalisten, sondern auch die sozialistische Führerschicht aus der II. Internationale genießen die Früchte dieser terroristischen Politik. Daher sind sie auch so gern bereit, die Augen den Greueln gegenüber zu schließen, die sich in den Kolonien ereignen.

Der erfolgreiche Vormarsch der Kanton-Armeen und die Verbreiterung der Basis der national-revolutionären Bewegung in China bedeuten eine ernste Gefahr für die Herrschaft der Imperialisten im Osten. Die Untergrabung der kolonialen Macht der imperialistischen Staaten bringt aber eine Verstärkung des Klassenkampfes in der Metropole mit sich, eine Untergrabung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Die Tatsachen des weißen Terrors, wie sie in der letzten Zeit in China zu beobachten sind, das ungezügelte Terrorregime in Indonesien nach Unterdrückung des Aufstandes weisen klar darauf hin, daß die Imperialisten vor keinen Maßnahmen zurückschrecken werden, um ihre Herrschaft zu behaupten. Jeder Schritt eines Zurückweichens des Imperialismus unter dem Druck der anwachsenden national-revolutionären Bewegung wird nicht minder mit dem Blute der Arbeiter und Bauern getränkt sein, als ein Bürgerkrieg in den kapitalistischen Ländern. Die jüngsten Ereignisse im Osten zeigen, daß wir einer neuen Periode national-revolutionärer Kriege entgegengehen. Im Kampf um die Behauptung ihrer Positionen werden die imperialistischen Welträuber krampfhaft von Methoden des reformistischen Pauperismus zu Gewalt- und Terrormaßnahmen übergehen. Die nächste Periode wird gekennzeichnet werden durch eine neue Kette von Verbrechen seitens der imperialistischen Mächte und der von ihnen abhängigen Spitzen der kolonialen Bourgeoisie.

Vor der IRH. stehen kolossale praktische Aufgaben auf dem Gebiete der Bekämpfung des weißen Terrors im kolonialen Osten und ihrer Hilfe für die Opfer der nationalen Freiheitsbewegung. Als eine machtvolle Bewegung der internationalen Proletariatsolidarität muß die Rote Hilfe auch das Solidaritätsgefühl zwischen dem Proletariat der vorgeschrittenen kapitalistischen Länder und den werktätigen Massen der Kolonien wecken und erziehen. Nichts kann in einem gleich hohen Maße das wahre Gesicht der zeitgemäßen bürgerlichen Demokratie enthüllen, als die Bloßstellung der von ihr in den Kolonien verübten Greuelthaten. Leider geschah bisher nach dieser Richtung hin viel zu wenig. Die systematische Bekämpfung des weißen Terrors in Indonesien ist eine direkte Aufgabe der holländischen Roten Hilfe, wie der Kampf gegen den Terror in Marokko und Syrien Sache der französischen SRI. ist usw. Endlich muß die Aufmerksamkeit aller Organisationen der Roten Hilfe auf die Tatsachen des weißen Terrors konzentriert werden, die mit dem Knotenpunkt der in Entwicklung begriffenen national-revolutionären Bewegung zusammenhängen — auf den Kampf in China. Auf diese Fragen ist nicht nur die Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen zu lenken, sondern auch derjenigen Kreise der demokratischen Intellektuellen, die sich dieser Bewegung anschließen und sich aktiv am Kampf mit dem Kolonialterror beteiligen könnten.

Das Wachstum des Terrors in den Kolonien und Halbkolonien rückt auch noch die ernste Aufgabe der Erstarkung und Entwicklung der Rote-Hilfe-Bewegung in diesen Ländern in den Vordergrund. Recht bedeutende Erfolge sind hier bereits erzielt worden. So hatte die „Chinesische Gesellschaft der Hilfe für die Opfer der Freiheitsbewegung“, die im Herbst 1925 ins Leben gerufen wurde, Ende Juli 1926 bereits gegen 100 000 individuelle und über 600 000 Kollektivmitglieder in ihren Reihen zu verzeichnen. Diese Erfolge, die allen Organisationen der Roten Hilfe bekannt werden müßten, sind natürlich noch lange nicht genügend. Sie müssen ausgebaut und weiterentwickelt werden. Das große Flächengebiet, auf welches sich

die Macht der Kantonregierung erstreckt, kann als Basis für die Ausbreitung der Rote-Hilfe-Bewegung dienen. Natürlich müßten die den Verhältnissen des westeuropäischen Proletariats entsprechenden Losungen und Formen dieser Bewegung mit der lokalen Eigenart der national-revolutionären Bewegung im Osten in Einklang gebracht werden.

Die Steigerung der von allen Organisationen der Roten Hilfe in den kapitalistischen Ländern der Bekämpfung des weißen Terrors in den Kolonien geschenkten Aufmerksamkeit einerseits, und die Erstarkung und Ausbreitung der IRH, und der ihr wesensverwandten Organisationen in den Kolonialländern selbst unter der Losung der Hilfe für die Opfer der national-revolutionären Freiheitsbewegung andererseits, das sind die wichtigsten Aufgaben, die vor der Roten Hilfe auf dem geschilderten Gebiete stehen.

Einige Bemerkungen über internationale Kampagnen

Von J. Rabinowitsch

I. Die Grundprinzipien

In der Entwicklung der Idee der internationalen Solidarität haben die von der IRH. geleiteten internationalen politischen Massenkampagnen eine ungeheure Bedeutung. Ihrem Charakter nach haben die Kampagnen vor allem eine Aufgabe: Durch den Druck der öffentlichen Meinung den vom weißen Terror verfolgten revolutionären Kämpfern praktische Hilfe zu leisten. Da aber die IRH. eine Massenorganisation darstellt, deren eine wesentliche Aufgabe in der Verbreitung der Idee der internationalen Solidarität der Werktätigen besteht, müssen die von der IRH. geleiteten Kampagnen derart eingestellt sein, daß die werktätigen Massen durch diese Kampagnen sich zu einem ständigen Einheitsfrontkampf gegen die Klassenherrschaft des Kapitalismus verbinden.

Politische Massenkampagnen der IRH., mögen sie ihrem Charakter nach spontan entstandene Abwehrkampagnen oder sorgfältig vorbereitete Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen irgendwelche Willkürakte oder Justizverbrechen der herrschenden Bourgeoisie sein, verlieren ihre wichtige Bedeutung und greifen fehl, wenn sie nur die Aufgabe der Hilfeleistung im gegebenen Fall bezwecken. Obwohl der Sinn der Losungen und der Parolen der IRH. im Laufe der Kampagne die Frage der praktischen Hilfeleistung in den Vordergrund stellt, würde die abstrakte Durchführung dieser Aufgabe selbst im besten Falle nur relative Erfolge bringen, wenn nach Ablauf der Kampagne nichts als die Asche eines erloschenen Feuers zurückgeblieben ist. Dagegen kann eine jede Kampagne — ungeachtet ihrer konkreten Resultate — als erfolgreich betrachtet werden, wenn sie einen gesunden Kern zur weiteren Entwicklung der Idee der internationalen Solidarität, zum Ausbau der wirklichen Einheitsfront der werktätigen Massen hinterlassen hat.

II. Die verschiedenen Methoden der IRH.-Kampagnen

Die IRH. hat seit ihrem kurzen Bestehen eine ganze Reihe von Protestkampagnen durchgeführt. Unter den vielen kleinen, sich nur auf einige Länder erstreckenden Protestkampagnen gab es einige ganz wichtige, die nach ihrem Charakter ganz verschiedene Formen und Methoden des Kampfes zum Ausdruck brachten. Hier ein kurzer Überblick über den Charakter der von der IRH. durchgeführten Protestkampagnen gegen den weißen Terror in den Balkanländern.

1. Die Kampagne zum Prozesse der „500“. Diese Kampagne hat die grausame Unterjochungspolitik der Bojaren und die unmenschliche Unterdrückung der Bauernschaft Bessarabiens vor der breiten Öffentlichkeit zur Scauu gestellt. Tausende und aber Tausende von Protestversammlungen, an denen sich mit besonderem Eifer auch die armen Bauern der verschiedenen Agrarländer beteiligten, erhoben ihre Stimme gegen die bestialische Verfolgung der bessarabischen Bauern. Diese Protestkampagne zog auch die breiten Kreise der liberal denkenden Intelligenz heran. Zur Zeit des Prozesses in Kischinew besuchten Rumänien und Bessarabien mit der Absicht, die Verteidigung der angeklagten Bauern zu übernehmen, ausländische Advokaten: Torres, Riboldi und Bleha. Eine Delegation, bestehend aus Barbusse, Vernochet und Lamy, begab sich zum Prozeß, um mit ihrem persönlichen Erscheinen den Protest der Kulturwelt gegen dieses Regierungssystem zum Ausdruck zu bringen.

Die Kampagne endete mit einem glänzenden Erfolg, dank dem Druck, der durch das Erscheinen der ausländischen Advokaten und Delegationen auf die rumänische Regierung ausgeübt werden konnte.

2. Die bulgarische Kampagne. Die Kampagne gegen den entsetzlichen weißen Terror in Bulgarien nach der Explosion in der Kathedrale ist zwar als eine der schwersten Kampagnen zu bezeichnen, da die Sympathie der öffentlichen Meinung durch das Attentat stark beeinträchtigt wurde, sie endete dennoch erfolgreich und brachte unschätzbare Resultate. Die Hauptaufgabe dieser Kampagne war, alle gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, die Presse, die Tribüne, das Parlament usw., um einerseits verständlich zu machen, daß dieses Attentat mit den Ideen und Zielen der Revolutionäre nichts gemeinsames hat und andererseits vor aller Welt aufzudecken, zu welchen entsetzlichen Terrorakten die Bluthunde Zankoffs die Explosion als Vorwand benutzten. Die IRH. gab die Initiative zur Entwicklung einer großzügigen Preßkampagne, die die ganze öffentliche Meinung der europäischen Länder aufrüttelte. Im Laufe der Kampagne besuchten Bulgarien Dutzende von Delegationen, Verteidiger, Abgeordnete, Journalisten usw. In den Parlamenten wurden Interpellationen eingebracht, die auf Grund der Berichte dieser Delegationen das Blutregime Zankoffs schilderten. Es bedurfte eines lang andauernden Kampfes aller progressiven Elemente, bis sich die Situation ein wenig änderte, bis Zankoff endlich seinen Posten verließ.

Den Charakter dieser Kampagne gaben die weitausgedehnte Preßkampagne und die öffentliche Brandmarkung des Zankoffschen Regimes in den europäischen Parlamenten.

3. Die Rakosi-Kampagne kann als eine der glänzendsten Kampagnen der IRH. bezeichnet werden. Diese Kampagne mobilisierte die breiteste Öffentlichkeit und fast alle Schichten der nichtreaktionären internationalen öffentlichen Meinung. Die breit angelegte Preßkampagne, die Absendung von Hunderten von Protestresolutionen, Telegrammen an die ungarische Regierung und an den Gerichtshof, an die Gesandten der ungarischen Regierung im Lande des Protestes, Interpellationen in den verschiedenen europäischen Stadträten und Landtagen usw. hatte eine so eindrucksvolle Wirkung, daß die ungarische Regierung von ihrem so sorgsam vorbereiteten Plan, Rakosi und Weinberger hinzurichten, Abstand nehmen mußte. Den Charakter dieser Kampagne gab die grandiose Beteiligung der internationalen öffentlichen Meinung an den Protesten.

III. Die weitere Entwicklung der Kampagnen

Obwohl die Ergebnisse dieser Kampagnen als erfolgreich betrachtet werden können, besteht dennoch die Gefahr, daß die Kampagnen, wenn nicht neue

Methoden und Kampfmittel eingeführt werden, eintönig, schablonenartig werden und dadurch ihre Wirkung verlieren können.

Als ein Zeichen der Entwicklungsmöglichkeit der IRH.-Kampagnen können die in der letzthin durchgeführten Kampagne aufgetauchten neuen Momente: die Heranziehung und die Beteiligung der Objekte des internationalen Protestes an den Kampagnen, betrachtet werden. Wenn bei den früheren Kampagnen das Proletariat des betreffenden Landes, die Eingekerkerten oder die sonstigen Elemente der liberal-radikalen öffentlichen Meinung sich im Laufe der Protestkampagne aus verschiedenen politischen Gründen passiv verhalten haben, so können wir bei den letzten durchgeführten Kampagnen als Novum bezeichnen, daß sich auch die öffentliche Meinung jener Länder intensiv beteiligte, zu deren Gunsten die Protestkampagnen geführt wurden.

In der Protestkampagne gegen den bestialischen Mord an dem Genossen Tkatschenko und gegen den Arrest und die Mißhandlungen des Genossen Stefanow nahmen die Arbeiter, die eingekerkerten Revolutionäre, die Bauern, die Angestellten und die Intellektuellen Rumäniens lebhaft teil. Es protestierten nicht nur die Arbeitergewerkschaften, sondern auch die verschiedenen oppositionellen Parteien, die radikal-liberalen Gesellschaften und Vereine, die sich kollektiv in einer Anti-Terror-Liga zum Kampf gegen die Reaktion vereinigten. Das Proletariat Rumäniens protestierte in Hunderten von Versammlungen, es erließ Memoranden und Aufrufe und entsandte Arbeiterdelegationen zu den Machthabern. Diese breit angelegte Kampagne im Lande selbst, diese örtliche Initiative gaben den Stoß zum Beginn der internationalen Kampagne.

Auch in der bulgarischen Kampagne finden wir neue Motive. Die bulgarischen Frauen und Kinder, die Familienangehörigen der politischen Eingekerkerten ergriffen die Initiative zu einer internationalen Kampagne und lieferten zur Leitung dieser Kampagne sehr schätzbare Material, indem sie organisatorisch Schritte bei den entsprechenden örtlichen Instanzen zugunsten ihrer leidenden Angehörigen unternahmen. Sie wandten sich mit Memoranden an das Parlament, an die einzelnen Minister, an die bekanntesten örtlichen Persönlichkeiten, bürgerliche Organisationen, Journale usw., schilderten die Lage der Eingekerkerten und die Lage der hinterlassenen Familienangehörigen und forderten die Amnestierung der politischen Eingekerkerten, die Verbesserung des Gefängnisregimes und die Einstellung der grausamen Willkürakte.

Das Novum in diesen Kampagnen sind die Initiative und die intensive Beteiligung der Opfer des weißen Terrors des betreffenden Landes an der Kampagne, an die sich die internationalen Protestkampagnen anknüpfen konnten.

IV. Schlussfolgerungen

Die internationalen politischen Massenkampagnen der IRH. haben eine breite Perspektive vor sich, sie bergen noch viele unausgenutzte Möglichkeiten in sich. Wir müssen alle die abgeschlossenen Kampagnen sorgfältig studieren, die darin vorgekommenen Fehler und Mängel bekennen und mit unserem ganzen Willen darnach streben, die Technik, die Taktik der Kampagnen zu einer Kunst zu entwickeln. Wir müssen uns wohl bewußt sein, daß jede Kampagne etwas Individuelles in sich haben muß. Die schablonenmäßige Durchführung einer Kampagne kann zu einer Abstumpfung der Kampagnen oder zur Gleichgültigkeit der zum Protest heranzuziehenden Massen führen. Wir müssen wohl bedenken, daß die Waffe der internationalen politischen Massenkampagne nur bei außergewöhnlichen Fällen angewendet und mit Erfolg gehandhabt werden kann. Es muß womöglich vermieden werden, daß gleichzeitig mehrere Kampagnen geführt werden. Sind solche unumgänglich notwendig, so müssen solche Kampagnen derart taktisch eingestellt

sein, daß eine Koordinierung der gleichzeitig durchzuführenden Kampagnen möglich ist. Obwohl alle Kampagnen gegen den weißen Terror unter der unmittelbaren Leitung der Roten-Hilfe-Organisationen stehen, muß wohl bemerkt werden, daß zu diesen Kampagnen die verschiedensten Organisationen der Arbeiterschaft und progressiv radikal-liberalen Schichten der Bevölkerung herangezogen werden müssen. Die die Kampagne leitenden Organisationen müssen sich hüten, dieselben Formen und Methoden schablonenartig anzuwenden, sie müssen wohl bedenken, daß die Absendung von ausländischen Verteidigern oder ausländischen Delegationen nicht überall den gewünschten Erfolg bringen wird.

Die anzuwendende Taktik bei der Führung einer Kampagne hängt einzig und allein von der Zweckmäßigkeit ab, ebenso wie die Losungen, die für eine Kampagne nur im gegebenen Falle festgelegt werden können. Ein schematischer Aktionsplan für Kampagnen überhaupt kann niemals aufgestellt werden. Dies wäre unpolitisch und unpraktisch. Es ist das Grundmotiv aller Aktionen, daß stets nur jene Maßnahmen getroffen werden müssen, die im gegebenen Fall als zweckmäßig erscheinen.

Die Kampagnen der RHÖ.

Von M. Schorr, Wien

Im Mittelpunkt aller Kampagnen, die die österreichische Rote Hilfe in der letzten Zeit durchführte, stand und steht auch noch weiter der Kampf um das Asylrecht.

Durch die territoriale Lage ist Österreich, und da besonders Wien, der Zufluchtsort vieler politischer Emigranten aus den Terror-, Faschisten- und reaktionären Ländern. Auch vor dem Kriege, unter der Habsburger Herrschaft, lebte hier eine bedeutende Zahl russischer Emigranten und konnte sich auch politisch betätigen. Nach dem Umsturze ist eine Änderung in der Handhabung des Asylrechts eingetreten, und zwar nicht zugunsten, sondern zuungunsten der proletarischen politischen Emigranten. Die Republik achtete vor allem darauf, daß politische Emigranten sich in Österreich nicht politisch betätigen.

War bis jetzt die politische Betätigung allein ein Ausweisungsgrund, so wird im letzten Jahre die paßlose Einreise eines politischen Emigranten offen als Ausweisungsgrund angegeben, was doch bei einem politischen Flüchtling selbstverständlich ist, da weder das Gefängnis, aus dem er flüchtet, noch die Behörde ihm einen Reisepaß geben.

Dieser Hohn auf das Asylrecht gilt selbstverständlich nur für proletarische Emigranten; Monarchisten, Hakenkreuzler, Spekulanten und Faschisten dürfen nicht nur ohne Paß einreisen, sondern auch auf österreichischem Boden ihre arbeiterfeindliche Politik betreiben. Ebenso frei bewegen sich hier die Balkanspitzel, die im Auftrage ihrer Henkerregierungen auf österreichischem Boden revolutionäre Emigranten morden. Die letzte Attentatskomödie auf Dr. Atanasoff und Slave Ivanoff, die ebenfalls Agenten der bulgarischen Regierung sind, wurde arrangiert, um der Polizei Argumente für den Angriff auf das Asylrecht zu geben und um die Ausweisung proletarischer Politemigranten zu veranlassen.

Während die österreichischen Behörden und besonders die Polizeidirektion Wien dem reaktionären Treiben der Emigranten der Bourgeoisie wohlwollend gegenübersteht, ja, es sogar unterstützt, verschärft sie ihren Kurs gegen die Emigranten der Arbeiterklasse mit jedem Tag mehr.

Im letzten Halbjahr 1926 artete dieser scharfe Kurs in ein systematisches Durchbrechen des Asylrechts aus. Ausweisungen, Abschaffungen, Auslieferungsversuche

politischer Emigranten stehen nun auf der Tagesordnung. Bei diesen Asylrechtsbrüchen tut sich besonders die Wiener Polizeidirektion hervor.

Die österreichische Rote Hilfe führt einen zähen Kampf um die Sicherheit jedes einzelnen proletarischen Emigranten. Darüber hinaus führt die Rote Hilfe seit Monaten eine Kampagne für ein Asylrecht in Österreich. Durch Presse, Versammlungen, Aufrufe und dergleichen haben wir die österreichische Öffentlichkeit und besonders die Arbeiterschaft auf die Asylrechtsbrüche der Polizei aufmerksam gemacht. Die Folterungen und Qualen, die die Opfer des weißen Terrors in ihren Ländern durchgemacht haben, und ihre Not und ihr Elend schildernd, haben wir die internationale Solidarität bei den österreichischen werktätigen Massen erweitert und vertieft.

Unser Ruf wurde von Zehntausenden gehört. Unsere Werbe- und Asylrechtskampagne, Ende September bis Anfang Oktober, während der wir mehr als 100 000 Aufrufe in Betrieben verteilten, war zum erstenmal seit dem Bestehen der Roten Hilfe in Österreich ein großzügiger Auftakt für den Kampf gegen den weißen Terror, gegen Reaktion und Klassenjustiz, für internationale Solidarität. Mit besonderer Stärke wurde während dieser Kampagne die Stimme der Proletariermassen gegen die Asylrechtsbrüche der österreichischen Behörden und für gesetzlichen Schutz des Asylrechts erhoben.

Die Rote Hilfe stellte sich auch zur Aufgabe, durch diese Kampagne propagandistische und organisatorische Erfolge zu erzielen, und auch die blieben nicht aus. 1000 neue Mitglieder wurden während der Kampagne gewonnen, davon 60 Prozent sozialdemokratische und parteilose Arbeiter. Neue Betriebszellen wurden geschaffen, die aktiv die Arbeiten der Roten Hilfe aufgenommen haben. Über 3000 Broschüren, Zeitungen und Propagandamarken wurden in diesen zwei Wochen verkauft, und so wurde die Idee der Roten Hilfe in die Betriebe, Organisationen und Proletarierhäuser getragen.

In der Provinz gelang es uns, in vielen Orten neue Organisationen zu schaffen. Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. stellten sich in den Dienst der Roten-Hilfe-Idee und bekundeten durch Proteste, Resolutionen und Beitritt zur Roten Hilfe Sympathie und Solidarität für die Verfolgten der Terrorländer.

Außer den politischen, propagandistischen und organisatorischen Erfolgen hatte die Kampagne auch unsere Kaders gestärkt. Alle Versuche der Polizei, unsere Umzüge, Propagandaautos und dergleichen zu verbieten, vermochten unsern Erfolg nicht zu schwächen, im Gegenteil sahen die Proletarier durch diesen Polizeiterror, wie notwendig eine Organisation zur Bekämpfung des Terrors und der Klassenjustiz für die Arbeiter und ihren Kampf ist.

Der Erfolg dieser Werbekampagne ermöglichte den Erfolg neuer Aktionen und bedeutete die Erweiterung und Intensivierung des Kampfes um das Asylrecht.

Schon unsere diesjährige Kleidersammlung zeigte, wie populär die Rote Hilfe, der Gedanke der internationalen Solidarität und der Sympathien für die Opfer des weißen Terrors und der Klassenjustiz, in den Reihen der Werktätigen Österreichs geworden ist. Unsere Arbeiter, die selbst im größten Elend leben, unter Lohn- und Arbeitslosigkeit schwer zu leiden haben, hörten auch diesmal unsern Ruf. Sie zeigten, daß sie nicht nur bereit, durch Versammlungsbesuch und Proteste ihren verfolgten Klassenbrüdern zu Hilfe zu eilen, sie bringen auch bei all ihrer Not finanzielle Opfer. Innerhalb zwei Wochen sammelten wir 120 Mäntel, 65 Anzüge, 200 Paar Schuhe und einige hundert Stücke anderer Bekleidungsgegenstände.

Getragen von den Sympathien der Werktätigen, wurde der Kampf um das Asylrecht auf eine viel breitere Basis als bisher gestellt. Die Auslieferungsversuche der Behörden an Dr. Markovic, Johann Vadasz, des bulgarischen Emigranten

Kostow, des sozialdemokratischen Genossen Bandl und die täglichen Ausweisungen und Abschaffungen durch die Polizeidirektion lenkten die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf dieses schändliche Treiben. Fast täglich müssen die Zeitungen über neue Asylrechtsbrüche berichten. Auch die sozialdemokratische Parlamentsfraktion mußte durch Dr. Julius Deutsch im Parlament zu dieser Frage Stellung nehmen. Der Polizeipräsident Schober, der Schöpfer des reaktionären Verfolgungsplans gegen proletarische Kämpfer auf dem letzten Internationalen Polizeikongreß in Berlin, kündigte hierauf die vollständige Aufhebung des Asylrechts an, das heißt, wenn es nach den Wünschen dieses Herrn und seiner Balkan-Auftraggeber gehen sollte.

Die Internationale Proletarischer Freidenker (IPF.) hat auf ihrer letzten Tagung in Prag (4. bis 6. November 1926) auf Initiative ihres Generalsekretärs Dr. Frantzl, der über alle Fälle der Asylrechtsbrüche genau informiert ist, die Asylrechtsfrage als separaten Tagesordnungspunkt behandelt und einen Entwurf für ein Asylrechtsgesetz angenommen, der an alle der IPF. angeschlossenen Sektionen, an die sozialdemokratischen Parteien, an die sozialdemokratische Parlamentsfraktion in Österreich, an die Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften versandt wurde, mit dem Verlangen, die SP. möge sich dafür einsetzen, daß dieser Entwurf zum Gesetz erhoben wird.

Durch diesen Beschluß ist nun die Asylrechtsfrage über die Grenzen Österreichs getragen worden und ist somit zu einer internationalen Angelegenheit geworden. Es wird von der Intensität abhängen, die für diesen Kampf notwendig ist, um einen vollen Erfolg zu erzielen und die proletarischen politischen Emigranten vor Verfolgungen in den verschiedenen Ländern, wo sie Zuflucht suchen, zu schützen.

NOTIZEN

Das Referentenmaterial

Es erscheint vielleicht vielen für überflüssig, besonders zu betonen, daß die Rote-Hilfe-Funktionäre, unsere Versammlungs-Referenten Material haben müssen. Diese Selbstverständlichkeit ist aber heute leider vielfach nur eine Forderung, aber noch keine verwirklichte Tatsache. Die niederen Organisationen fühlen den Mangel an gutem Referentenmaterial über die wichtigsten Fragen sehr schwer, und sie verlangen ununterbrochen die Beseitigung dieses Mangels. Die Funktionäre der niederen Organisationen sind aber kaum in der Lage, das Material zu den aktuellen Fragen selbst zu sammeln, zu systematisieren und für Referate vorzubereiten. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die Referentenmaterialien bei den Spitzen-Organisationen, bei der Exekutive der IRH., beim ZK. der Sektionen zusam-

menzustellen und für die Funktionäre herauszugeben, und das um so mehr, weil das Referentenmaterial zu den wichtigsten Mitteln zur Vertiefung der IRH.-Bewegung gehört.

Worüber soll man Referentenmaterial herausgeben?

Der Gegenstand und Inhalt des Referentenmaterials müssen durch die praktische Arbeit bestimmt werden. Der Inhalt der praktischen Arbeit der IRH. ist der politische Kampf gegen weißen Terror und Klassenjustiz, weiter die Hilfetätigkeit und die Werbearbeit. In diesem Sinne kann das Referentenmaterial in einige Gruppen geteilt werden:

1. Referentenmaterial über die Probleme der IRH. (Zum Beispiel: Emigrationsfrage, Klassenjustiz, Faschismus, Gefängnisregime, Polizeisystem, Kinderhilfe, Anwerbung sozialdemokratischer und parteiloser Massen usw.). Das sind Fragen, mit

denen die IRH. sich ständig beschäftigen und zu deren Lösung sie auch Kampagnen führen muß. Die Exekutive hat bereits zweimal solches Referentenmaterial herausgegeben, und zwar über das Gefängnisregime und über die Kinderhilfe.

2. Referentenmaterial über Terror, Klassenjustiz und Gefängnisregime in den einzelnen Ländern. Diese Materialien dienen zum Zwecke der Protestkampagnen. Es ist zweckmäßig, zur Einleitung einen kurzen Abriss der Geschichte, der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Struktur und der Vorgeschichte des Terrors in dem betreffenden Lande zu geben und darauf folgend das Tatsachenmaterial über die aktuellen Fragen. In diese Gruppe gehört das meiste des bisher herausgegebenen Referentenmaterials. Über Ungarn, Polen, Bessarabien, Rumänien, Jugoslawien, wie auch die „Memoranden“.

3. Referentenmaterial für die Werbekampagne, wie das von der RH. Deutschlands im Dezember 1925 herausgegebene „Klassenjustiz, Rote Hilfe, Vollamnestie!“ In diesem sind zum Zwecke der Mitgliederanwerbung alle Arbeitsgebiete der IRH. in anschaulicher Weise zusammengefaßt.

4. Tatsachenmaterial. Hier handelt es sich um die chronikmäßige Sammlung und Registrierung aller Tatsachen, die mit der IRH.-Bewegung im Zusammenhang stehen, vor allem aber der über Terror, Klassenjustiz und Gefängnisregime. In diese Gruppe gehören die von der Exekutive herausgegebenen periodischen, mit Monatsstatistik versehenen „Tatsachen“. Eine wertvolle Initiative ist auch das Tatsachenmaterial der RHD, das jetzt in losen Blättern einzelne, für bestimmte Arbeitsgebiete wichtige, sehr markante einzelne Tatsachen feststellt und nach Stoffgebieten sammelt.

Wie soll das Referentenmaterial verfaßt werden?

Das Referentenmaterial, ob es gedruckt oder ungedruckt erscheint, ist keine Agitations- und Propaganda-Broschüre. Das Hauptgewicht liegt auf den Fakten. Die Tatsachen müssen so gruppiert

und aneinander gereiht werden, daß sie allein ohne viele Erklärungen überzeugend wirken. Keine Agitation und überhaupt so wenig Text wie nur möglich, da sonst das Material in die Länge geht und unübersichtlich wird. Die ideologische Verbindung der Tatsachen und die Auffüllung des Zahlen- und Tatsachenmaterials sind die Aufgaben des Referenten. Der unvermeidliche Text im Referentenmaterial soll womöglich kurz, klar und streng sachlich sein. Der Aufbau des Referentenmaterials soll in kurzen Kapiteln, thesenartig geschehen, wobei die Aufschriften schon den Inhalt des Kapitels anzeigen. Viel Tatsachenmaterial, richtige logische Gruppierung der Tatsachen und die höchstmögliche Übersichtlichkeit: das sind die Eigenschaften des guten Referentenmaterials. In diesem Sinne kann das Referentenmaterial der Exekutive: „Helft den Kindern der Opfer des Terrors und der Klassenjustiz!“, als Muster dienen.

Das Referentenmaterial wird in seinem Wert beeinträchtigt, wenn nicht der ganze Inhalt, das heißt alles angeführte Tatsachenmaterial, mit der Tendenz des Referentenmaterials vollkommen übereinstimmt. In einigen früheren Referentenmaterialien ist dies der Fall. Man hat wegen Mangel an zutreffendem Material allerlei andere Angaben und Statistiken, die nur irgendeine Verwandtschaft mit dem Gegenstand des Referentenmaterials hatten, hineingefügt, zum Beispiel im obenerwähnten Kinderhilfematerial der Exekutive. Da sind Zahlen über ermordete, verwundete und eingekerkerte Proletarier. Diese Zahlen lassen zwar darauf schließen, daß die Zahl der Kinder der Gefangenen, Ermordeten und Verwundeten auch groß sein kann. Es wäre aber viel richtiger gewesen, die Zahl der Kinder der Revolutionsopfer direkt zu sagen. Da wurde infolge des Fehlens des direkten Materials eine indirekte Beweisführung gemacht. Man soll aber nach Möglichkeit direkte Beweise führen und den Inhalt des Referentenmaterials mit dem Gegenstand desselben vollkommen in Einklang bringen.

Die Auswahl des Materials, die Bezugsquelle der Tatsachen sind auch sehr

wichtig für die Beweisführung. Die reichste Quelle an Material ist natürlich die Presse. Mit Rücksicht auf die politische Einstellung und Voreingenommenheit der sozialdemokratischen und parteilosen Massen empfiehlt es sich, daß, soweit es möglich ist, die angeführten Tatsachen aus der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse und ihren Bezugsquellen entnommen werden sollen. Diese Quellen haben eben eine größere Autorität für die bezeichneten Schichten.

Die Auswahl und die Reichhaltigkeit des Materials sind durch eine fleißige, ständige Sammlung und Systematisierung des Materials, und im allgemeinen durch das gute Funktionieren der Information bedingt. Material ohne Erfüllung dieser Vorbedingungen wird immer hinken. Aber ein durch ständige, ununterbrochene Sammlung bereichertes und systematisiertes Tatsachenarchiv befähigt die IRH., in allen ihren Aktionen und in ihrer Gesamttätigkeit an Stelle der spontanen Gelegenheitsarbeit die Berechnung und Planmäßigkeit zu setzen. Es ist zweckmäßig und notwendig, über die Probleme der IRH. schon im voraus, ohne eine später einzusetzende Kampagne abzuwarten, Referentenmaterial vorzubereiten, herauszugeben und dadurch unter Umständen die Lösung eines bestimmten Problems zu einer Forderung der breitesten Öffentlichkeit zu machen.

Die Herausgabe von Referentenmaterial ist sehr wichtig für die Vertiefung der IRH.-Arbeit. Es ist notwendig, daß nicht nur die Exekutive, sondern auch die Zentralkomitees der Sektionen der IRH. mit der Herausgabe von Referentenmaterial über ihre nationalen Probleme ihren Anteil an dieser Arbeit nehmen. F. R.

Berichterstatter und Korrespondenten der RH.

Informatoren und RH.-Korrespondenten sind die Kundschafter der IRH. Ihre Arbeit erstreckt sich auf die Tätigkeit der Feinde — der Klassenjustiz, Polizei, der Behörden, der Faschisten —, weiter auf die Tätigkeit der IRH., wo sie Kritik üben und Mängel aufdecken, auf die Stellungnahme der Arbeiterschaft, der Arbeiterorganisationen zur IRH.-Be-

wegung usw. Sie sind die Fühler, das Auge und das Ohr der IRH., die alles sehen, hören und bemerken müssen, was unsere Bewegung angeht.

In der Sitzung des Erweiterten Informationskollegiums der Exekutive am 31. August 1926 wurde die Frage der Funktion der Informatoren und der RH.-Korrespondenten eingehendst besprochen. Hier wurde nach einer Debatte folgende These angenommen:

„Die Funktion der regelmäßigen Information, insbesondere die der periodischen Berichterstattung über die in allen IRH.-Organisationsformen damit beauftragten IRH.-Mitglieder aus. Außerdem soll in den legalen Sektionen ein Netz von Korrespondenten, die von Fall zu Fall über interessante IRH.-Ereignisse berichten, gebildet werden.“

Die Informatoren

Die Informatoren sind die Organe der regelmäßigen verbindlichen Berichterstattung. Über die Organisation der Information wurde in der obenerwähnten Sitzung folgende These angenommen:

„Die Funktion der Information soll von der Zelle aufwärts über alle Orts-, Bezirks- (Komitats-, Gouvernements-, Provinz-) Komitees bis zum ZK. der Sektion organisiert werden.“

Es ist natürlich, daß bei der zahlenmäßigen Schwäche unseres Funktionärkörpers nicht überall ein Nur-Informator arbeitet. Der Informator wird in der Praxis auch andere (organisatorische, agitatorische, propagandistische) Tätigkeit ausüben müssen. Wichtig ist aber, daß die Funktion der Information als eine spezifische Funktion abgesondert wird.

Worin besteht die Tätigkeit des Informators und wie soll er arbeiten?

Als Organ der regelmäßigen Berichterstattung muß er monatlich über alle Arbeitsgebiete der Roten Hilfe genaue Berichte mit statistischen Tabellen an die nächsthöhere Organisationsinstanz schicken. Also von der Zelle an das Ortskomitee, vom Ortskomitee an das Bezirkskomitee usw. Der Bericht erstreckt sich auf das Organisationsleben (Mitgliederzahl, Zusammensetzung der Mitglieder nach Geschlecht, Beruf und

Parteizugehörigkeit, Zahl der Zellen, Sitzungen usw.), auf die Agitation und Propaganda (Versammlungen, Teilnehmerzahl, Resolutionen, Kampagnen, Preßtätigkeit usw.), auf die Tätigkeit der Gegner (Klassenjustiz, Terror, Gefängniswesen, und zwar nicht nur in Prozessen gegen Revolutionäre, sondern auch in Prozessen gegen Rechtsstehende), auf die Hilfetätigkeit, Finanztätigkeit usw.

Außer den regelmäßigen Berichten soll der Informator über wichtige Ereignisse in seinem Wirkungskreis zeitweise Sonderberichte schicken.

Das ist die Berichterstattung nach oben. Die Informatoren haben aber noch eine andere wichtige Aufgabe, und zwar die Informierung der Organisation bis zu deren untersten Bestandteilen über die gesamte Tätigkeit der IRH. Zu diesem Zweck sollen sie die Tatsachen und das Referentenmaterial, die statistischen Veröffentlichungen, Bulletins und alle anderen Ausgaben der IRH., wie auch die betreffenden Zeitungsausschnitte, aus der Presse sammeln und ein Handarchiv anlegen. Sie und die RH-Funktionäre werden dadurch befähigt, zu jeder Zeit, bei jedem Anlaß ihres Arbeitsbereichs selbsttätig erfolgreich auftreten zu können, was besonders bei überraschend eintretenden Ereignissen sehr wichtig ist. Sie müssen nicht erst das Material von oben abwarten, um schlagfertig auf die Ereignisse reagieren zu können.

Wie aus den obigen Zeilen ersichtlich ist, stützt sich die gesamte Berichterstattung auf die Arbeit der Informatoren. Durch zahlreiche Kanäle fließt das Material in das große Reservoir des Zentralkomitees der Sektionen und dann in die Informationsabteilung der Exekutive, wo es für die internationale Arbeit ausgewertet wird. Erst auf Grund der Summe dieser Berichte ist die Exekutive in der Lage, nicht nur die Fortschritte, sondern auch die Mängel und Schattenseiten der IRH.-Arbeit festzustellen und die notwendigen Maßregeln zur Gesundung zu treffen.

Wir haben keine Illusionen und wissen sehr gut, daß die mustergültige Organisation der Information nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann. Es sind viele Schwierigkeiten vorhanden, besonders in den illegalen Sek-

tionen. Aber gerade in diesen Sektionen, wo die linksstehende Presse verboten oder unter Zensur gestellt ist und sich unsere Informationen größtenteils auf die bürgerlichen Zeitungen stützen müssen, ist die Tätigkeit der Informatoren sehr wichtig.

Die RH-Korrespondenten (RHK.)

Die Informatoren sind die Organe der regelmäßigen Berichterstattung, die RHK. berichten aber von Fall zu Fall. Die Korrespondenten sind freiwillige, proletarische Berichtersteller, sie sind die Brücke, welche den Apparat der IRH. mit den proletarischen Massen verbindet.

Die RHK. müssen als alles sehende und hörende proletarische Reporter arbeiten. Alle Kleinigkeiten des Alltagslebens im Betrieb, im Hause, bei der Polizei, beim Gericht, bei den Behörden, in Versammlungen usw., die mit der IRH.-Arbeit in Zusammenhang stehen, sind wert, daß der RHK. sie notiert und der nächststehenden Organisation weitergibt. Die RHK. sollen spontane Gespräche anfangen, Fragen stellen, regelrechte Interviews veranstalten, die Stimmung der proletarischen Umgebung, die Auffassung der Massen über die Tätigkeit der IRH., über aktuelle Ereignisse studieren und ihre Beobachtungen und Erfahrungen in sachlichen, wahrheitsgemäßen, aber kurzen Briefen, Berichten zusammenfassen. Sie sollen auch zu Problemen, zu politischen Fragen (wie Amnestiefrage) Stellung nehmen und praktische, konkrete Vorschläge vorbereiten. Bei der Abfassung ihrer Berichte soll das Prinzip gelten, daß ihre Aufgaben nicht in der Kunst zu schreiben bestehen, sondern in der Kunst zu sehen.

RH.-Korrespondenten sollen in allen Arbeiter-Organisationen, in den Betrieben, auch in den Gefängnissen arbeiten. Je größer ihre Zahl ist, um so besser. Es soll ein breites Netz von Korrespondenten organisiert werden, welches alle Schichten der Werktätigen erfaßt. Mit Rücksicht darauf, daß die Korrespondenten gleichzeitig als proletarische Journalisten tätig sind und ihre Arbeit in großem Maße auch die Ziele der Agitation und Propaganda fördert, soll die Organisation und Erziehung von RHK. durch den Informa-

tor und Leiter der Agitation und Propaganda kollegial gemacht werden. Die Korrespondenten sollen örtlich und bezirkweise in lose Organisationen zusammengefaßt werden, sie sollen zeitweise Konferenzen abhalten. Es ist weiter zweckmäßig, zur Ausbildung der RHK. zeitweise Kurse zu organisieren.

Die Auswertung der Korrespondenten-Berichte obliegt dem Informator. Die interessanteren und wichtigeren Mitteilungen müssen unbedingt ihren Platz im IRH.-Presseblatt, in den -Bulletinen und -Mitteilungsblättern bekommen. Das ist eben die beste Methode, neue Korrespondenten anzuwerben und gleichzeitig die IRH. zu popularisieren.

Die Arbeiterkorrespondenten wurden in der IRH. bisher nicht genügend gewürdigt. Hier muß Wandel geschaffen werden. Den Anfang hat die Sektion in der Sowjetunion gemacht. Da arbeitet schon eine starke Garde von Mopr-Arbeitern und Dorf-Korrespondenten, deren Tätigkeit in der Mopr-Presse gewürdigt und reichlich ausgenützt wird.

In den kapitalistischen Staaten geht es natürlich viel langsamer. Da werden noch die ersten Versuche gemacht. Die Rote Hilfe Deutschlands hat die Organisation der RHK. vor einem Jahr mit dem Zirkularbrief vom 31. Oktober 1925 begonnen. Sie hat aber den Fehler gemacht, daß sie die Arbeit der Korrespondenten als überwiegend verbindliche Funktionärarbeit auffaßte und so die Funktionen der Korrespondenten und Informatoren verwechselte und vermischte. Die Korrespondenten sollen aber, das unterstreichen wir wieder, freiwillig, spontan arbeiten, von Fall zu Fall, als Stimmen aus der

Masse, frei von jedweder organisatorischen Bindung.

Die französische Sektion der IRH. hat auf ihrem Kongreß, Juli 1926, die Organisation von RHK. beschlossen.

Die International Labor Defense, unsere amerikanische Sektion, hat auf ihrem Kongreß vom 5. bis 6. September 1926 in einer besonderen Resolution die Organisation der RHK. beschlossen. Der kurze Inhalt dieser Resolution: 1. Die letzte Seite des Organs „Labor Defender“ wird für die Korrespondenten reserviert. 2. Die entsprechenden Materialien sollen auch in dem Pressedienst aufgenommen werden. 3. Der Name, die Adresse und Aktivität des Korrespondenten sollen registriert werden. 4. Das offizielle Organ der amerikanischen Arbeiter-Korrespondenten-Bewegung, „American Workers Correspondent“, wird als Organ der RHK.-Korrespondenten angenommen und alle RHK.-Korrespondenten werden aufgefordert, das Organ zu abonnieren.

Wie aus dem Inhalt dieser Resolutionen ersichtlich ist, betont die ILD. bei den Arbeiter-Korrespondenten hauptsächlich ihre Preßtätigkeit und erkennt noch nicht ihre große Wichtigkeit auch für die Information.

Die angeführten Beispiele zeigen, daß der Anfang schon gemacht worden ist. Erfahrungen stehen noch nicht genügend zur Verfügung, um die Tätigkeit der RH.-Korrespondenten analysieren zu können. Es ist aber wünschenswert, daß auch die anderen Sektionen der IRH. den angeführten Beispielen folgen und die IRH.-Bewegung mit einem viele Tausende zählenden internationalen Korrespondenten-Netz unterstützen.

F. R.

AUS DER RH.-INTERNATIONALE

Rote-Hilfe-Bewegung in China

(„Chinesische Gesellschaft der Hilfe für Opfer der Freiheitsbewegung“).

Es ist nunmehr ein Jahr seit Gründung dieser Organisation der Roten Hilfe für die Opfer der chinesischen Freiheitsbewegung verstrichen. Die Arbeit wurde zu Anfang von einer kleinen Mitgliedergruppe in Schanghai auf-

genommen, während die Gesellschaft gegenwärtig bereits 100 000 individuelle und 632 000 Kollektivmitglieder zählt, wobei ihr 685 verschiedene Ortsorganisationen beigetreten sind. Was die Organisationen nationalen Maßstabs anbelangt, wie zum Beispiel den Arbeiterbund mit 1 200 000 Mitgliedern, den Bauernbund und den Studentenbund mit je einer Million Mitglieder,

so stehen auch diese ihrerseits mit der Roten-Hilfe-Bewegung in China in engsten Beziehungen.

Die Lage der Gesellschaft schwankte entsprechend der militärischen Lage in den verschiedenen Provinzen Chinas. In Kanton und im Süden besteht die Organisation ganz legal. In Schanghai — besteht ein steter Wechsel von legaler und illegaler Arbeit. Jede Verschlechterung der militärischen Position des konterrevolutionären Generals Sun (und seine Lage verschlimmert sich bekanntlich von Tag zu Tag immer mehr) brachte eine neue Welle von Verfolgungen für die Organisation, wobei ihn die imperialistischen Cliquen des Ausländerviertels in jeder Hinsicht eifrig unterstützen.

Im Norden — in Peking, Tientsin, Kalgan und an anderen Orten genoß die Gesellschaft während der kurzen Okkupationsperiode durch Truppen der Volksarmee das volle Recht ihres legalen Bestehens. Nach Abzug der Volksarmee jedoch und mit dem Nahen der Banden Tschang-Tso-Lins mußte die Chin. Ges. d. H., wie auch viele der anderen fortschrittlichen Organisationen, ihre Arbeit auf illegale Bahnen hinüberleiten. Die Militärdiktatur und der unumschränkte Terror dieser Periode gestatteten nicht einmal den sogenannten „Mittelklassen“, die der Gesellschaft sympathisch gegenüberstanden, den Kampf für die Legalisierung aufzunehmen, während andererseits diese Verhältnisse wesentlich dazu beitrugen, die Zahl der unserer Hilfe bedürftigen Opfer zu vergrößern.

Als eine noch junge Organisation, entstanden in der so kurzen Periode verhältnismäßiger Freiheit (als Peking von den Nationalrevolutionären besetzt war), hatte die Gesellschaft genügend Zeit, sich einen Apparat zu schaffen.

Eine der größten Schwierigkeiten, auf die die Rote Hilfe Chinas auf diesem Gebiete stieß und die auf die spezifische Eigenart der chinesischen Verhältnisse zurückzuführen ist, besteht in dem Mangel an qualifizierten Organisatoren und Arbeitern als Propagandisten. Die Unmöglichkeit, infolge ihrer Rückständigkeit, Arbeiter zur unmittelbaren Mitarbeit in den Komitees heranzuziehen, zwingt dazu, vorläufig zur Durchführung der ganzen

leitenden und technischen Arbeit fast ausschließlich Studenten heranzuziehen.

Um zunächst eine, wenn auch nur teilweise Abhilfe dieses Mißstandes herbeizuführen, hat das Zentralkomitee der Organisation in Schanghai von Zeit zu Zeit periodische Instruktionkurse für Propagandisten, Agitatoren und administrative Arbeiter organisiert. Für die nächste Zeit wird die Schaffung von sechswöchentlichen Kursen für 15—20 Funktionäre, Vertreter der verschiedenen chinesischen Provinzen, geplant. Das Programm dieser Kurse umfaßt folgende Fragen der theoretischen und praktischen Arbeit: Berichterstattung, Abrechnungsführung, Registratur, Formen der Propaganda, Verlagsarbeit usw.

Eine lebhafte Tätigkeit entwickelte die Gesellschaft auf dem Gebiete der Verlagsarbeit durch Herausgabe von Massensliteratur usw. Während der ganzen Zeit ihres Bestehens hat die Gesellschaft auf diesem Gebiete folgendes geleistet: An Aufrufen und Flugblättern wurden insgesamt 200 000 Exemplare herausgegeben, außerdem 2 Nummern der illustrierten Zeitschrift „Solidarität und Hilfe“ in einer Auflage von je 10 000 Exemplaren, 13 verschiedene Broschüren — wie zum Beispiel das „Statut“, „Aufgaben der Roten Hilfe“, „Was ist die IRH.“ usw. — in der Auflage von je 160 000 Exemplaren, sowie 16 weitere Broschüren betreffend innere Organisation = 143 800 Exemplare, 10 Reglements = 40 000 Exemplare, 14 verschiedene Postkarten in der Auflage von je 25 000 Exemplaren, Mitgliedskarten = 30 000 Exemplare. Eine weitere Zeitschrift „Licht“ erschien in Peking in der Auflage von 5000 Exemplaren.

Im Zusammenhange mit der schweren Zugänglichkeit der chinesischen Schriftsprache für die breiten Massen der Bevölkerung, widmete die Gesellschaft die größte Aufmerksamkeit der Propaganda mittels anschaulicher Plakate, um durch Zeichnung und Farbegebung auf den Beschauer den nachhaltigsten Eindruck auszuüben. Gegenwärtig haben drei dieser in Buntdruck hergestellten Plakate die größte Verbreitung in allen Hauptzentren des Landes gefunden. Eins dieser Plakate zeigt anschaulich die von dem internationalen

Kapital und dem Imperialismus angegerichteten Massakers (eine Karte Chinas mit blut-übergossenen Schädelstätten der Torte dieser Gewaltakte). Das andere Plakat erinnert den Beschauer an die hinter Kerkergittern schmachtenden Opfer der Freiheitsbewegung (das bekannte IRH.-Bild mit dem roten Tuch zwischen den Gitterstäben), und das dritte stellt das in Ketten geschlagene chinesische Volk dar, gegen das der Imperialismus das Messer zum Todesstoß zückt, doch wird seine Hand von der Roten Hilfe zurückgehalten.

Eine große Arbeit ist von der Gesellschaft auf dem Gebiete der materiellen und juristischen Hilfe geleistet worden. In den bedeutendsten Zentren Chinas hat sie sich die reguläre Mitarbeit vieler Advokaten, darunter auch sehr bekannter Namen, gesichert. Insgesamt sind im Laufe eines Jahres zirka 25 000 Dollar für die verschiedenen Zwecke der Hilfe aufgewendet worden. Die Gesamtzahl der unterstützten Opfer der Freiheitsbewegung übersteigt 6000.

Eine gute Entwicklung zeigt auch die Arbeit auf dem Gebiete der Patenschaft über die Gefängnisse. Neu aufgenommen wurde die Arbeit unter Frauen und Kindern. Die Aufgaben der Kindergruppen, in welchen Kinder im Alter von 9 Jahren an organisiert sind, bestehen u. a. in dem Besuch von Verhafteten, im Sammeln von Geldmitteln und Spenden usw. Es wurde beschlossen, zur Herausgabe einer speziellen Zeitschrift für Kinder zu schreiten in einer Auflage von 2000 Exemplaren. Solche Kindergruppen bestehen bereits in Schanghai und Peking.

Die Gesellschaft beteiligt sich aktiv an allen Massenaktionen, an allen Demonstrationen, an allen Protestmeetings gegen die Unterdrückung der Freiheit der Volksmassen. Infolge des kolossalen revolutionierenden Einflusses, den die chinesische Freiheitsbewegung auf den ganzen Osten ausübt, beginnt sich der Einfluß der Organisation weit über die Grenzen Chinas hinaus bemerkbar zu machen. Die chinesische Gesellschaft der Hilfe für Opfer der Freiheitsbewegung wächst sich zu einem Zentrum der

Propaganda in Korea, Japan und Indonesien aus.

Im Anschluß an die erfolgte Verhaftung angesehenen Führer der koreanischen Freiheitsbewegung wird gegenwärtig eine breite koreanische Kampagne vorbereitet. Es sind bereits Broschüren in koreanischer, chinesischer, japanischer und englischer Sprache fertiggestellt worden. In den meisten dieser Sprachen erschienen bereits auch vier Nummern eines Informationsbulletins über Korea. Die allgemeinen Losungen dieser koreanischen Kampagne sind: „Für die Unabhängigkeit Koreas“, „Gegen den japanischen Militarismus und Imperialismus“, „Für die internationale Einheit aller unterdrückten Völker und Klassen“, „Für die Befreiung der in den Kerkern Koreas schmachtenden politischen Kämpfer“.

Es werden auch alle Maßnahmen getroffen, um den Opfern der koreanischen revolutionären Bewegung die notwendige juristische Hilfe zu erweisen. An der Verteidigung von etwa 100 Angeklagten werden sich 2 bekannte japanische und 10 koreanische Advokaten beteiligen.

Der internationale Charakter der Gesellschaft kommt auch stets in allen Verlagserscheinungen zum Ausdruck. Artikel über die Lage in der USSR., in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, über den Terror in Bulgarien und Polen usw. erscheinen regelmäßig in allen Zeitschriften der chinesischen Organisation.

Große Aufgaben stehen vor der Organisation auch auf dem Gebiete der Politmigration. In Schanghai wie auch in einer Reihe anderer Städte Chinas konzentriert sich eine große Masse politischer Emigranten, vorzugsweise koreanischer. Die Gesellschaft erweist ihnen eine ständige materielle Hilfe. Auf diesem Gebiete wird u. a. die Eröffnung einer Schule für ungefähr 40 Kinder von den von japanischen Behörden verhafteten oder ermordeten koreanischen Revolutionären geplant.

An dem Beispiele der Tätigkeit der „Chinesischen Gesellschaft“ hat sich die IRH.-Bewegung als ein unerläßlicher Faktor der Freiheitsbewegung erneut erwiesen. E. Rent.

Zweite National-Konferenz in Amerika

Am 5.—6. September beging die Internationale Labor Defence die Jahresfeier ihres Bestehens. Dies muß jedoch nicht kalendarisch genau genommen werden, denn der wirkliche Gründungstag der Organisation fällt eigentlich auf den 28. Juni v. J. An diesem Tage fand in Chicago unter Beteiligung von mehr als 100 Vertretern verschiedener Arbeiterorganisationen eine national-amerikanische Konferenz statt, die zum Zwecke der formellen Gründung einer amerikanischen Organisation der Roten Hilfe in nationalem Maßstabe einberufen war. Die diesjährige National-Konferenz der I.L.D. zog die Bilanz der einjährigen Arbeit und stellte die weiteren Aufgaben für die nächste Zeit fest.

Die Konferenz war in diesem Jahre doppelt so zahlreich besucht wie die erste — es beteiligten sich an ihr 248 Delegierte aus 38 Städten, die große Anzahl an Gästen nicht eingerechnet. Dieser Umstand allein spricht schon für das bedeutsame Wachsen der Organisation. In seinem Bericht über die Arbeit des National-Komitees teilt der Generalsekretär der Organisation, Genosse Cannon, mit, daß gegenwärtig die Zahl der Orts-Sektionen 150 beträgt mit 20 000 individuellen und bis zu 100 000 Kollektiv-Mitgliedern. Von diesen Orts-Sektionen bestehen viele ihrerseits aus zahlreichen Abteilungen, so z. B. besitzt die Neuyorker Sektion 53 Abteilungen, die Chicagoer deren 50. Außerdem bestehen im Rahmen der amerikanischen Gesamtorganisation besondere national-sprachliche Organisationen, die als nationale Sektionen bezeichnet werden und sich auf der Basis der auch früher schon in der amerikanischen Arbeiterbewegung bekannten nationalen Föderationen aufbauen. Die Aufgabe dieser Sektionen besteht in der Gewinnung der Emigrantenelemente für die Arbeit des Internationalen Arbeitsschutzes, da diese Elemente, die insgesamt mehr als 10 Prozent der Bevölkerung der Vereinigten Staaten von Nordamerika ausmachen, vielfach die englische Sprache überhaupt nicht oder nur mangelhaft beherrschen. Von diesen Sektionen zeichnen sich die skandinavische,

italienische, jugoslawische, polnische und litauische durch besondere Aktivität aus.

Wie aus den Berichten der amerikanischen Roten Hilfe hervorgeht, hat die ganze Organisation auf allen ihren Arbeitsgebieten große Aktivität an den Tag gelegt.

Die Verlagstätigkeit bestand in der Herausgabe einer ganzen Reihe von Broschüren, Flugblättern und Plakaten in einer Gesamtauflage von ungefähr einer Million Exemplaren, sowie in der Herausgabe der illustrierten Monatszeitschrift „The Labor Defender“ (Arbeitsschutz), ab 1. Januar d. J., einer der besten Massenzeitschriften der Roten Hilfe in der ganzen Internationale.

Während des abgelaufenen Berichtsjahrs hat die amerikanische Organisation eine ganze Reihe von Kampagnen durchgeführt, sowohl in nationalen (Gitlow, Anita Withney, Ford, Ruthenberg, die Kampagnen in Verbindung mit den Zeigler- und Passaic-Streiks, die Sacco- und Vanzetti-Kampagne) als auch im internationalen Maßstabe (Rakosi, Polnische Kampagne).

Für die Erweisung der materiellen und juristischen Hilfe hat die Organisation über 50 000 Rubel aufgewendet, wobei der größte Teil dieser Summe zur Deckung der Prozeßkosten verwendet wurde. Was die materielle Hilfe betrifft, so ist hier zunächst auf die reguläre Monatsunterstützung im Betrage von 5 Dollar zu verweisen, die mehr als 100 politischen Gefangenen gewährt wird, die in amerikanischen Gefängnissen schmachten. In der letzten Zeit ist auch die Arbeit auf dem Gebiete der Chefschaft in Fluß gebracht worden.

In einer der von der National-Konferenz gefaßten Resolutionen wird der amerikanischen Organisation zur Aufgabe gestellt, im Laufe des zweiten Jahres ihres Bestehens 50 000 individuelle und 250 000 Kollektivmitglieder zu gewinnen.

Schließlich erklärt die Konferenz in einem an die amerikanische Arbeiterschaft gerichteten Manifest: „Sowohl in Amerika als auch in den kapitalistischen Ländern der ganzen Welt gestaltet sich der Kampf gegen die Arbeiter und Bauern immer schärfer und

grausamer. Tausende von selbstlosen Freiheitskämpfern wurden in Europa bestialisch ermordet. Tausende anderer schmachten in den Kerkern, wo sie den grausamsten Foltern und Qualen unterworfen werden. In manchen Fällen sind ganze Länder in ein einziges großes Gefängnis für die Arbeiter und Bauern verwandelt.

Die amerikanischen Arbeiter, die in brüderlicher Solidarität ihre Hände den Arbeitern Ungarns, Polens, Englands und Litauens entgegengestreckt haben, müssen die glänzende Tat ihrer Hilfe und ihres Protestes auch weiter fortführen. In China und Südamerika, in den Kolonien und Halbkolonien des amerikanischen Imperialismus, wie z. B. auf Haiti, Cuba, den Philippinen und Hawaii-Inseln, schreien zu uns um Hilfe die zahlreichen Gefangenen des Kapitalismus, die Opfer ihres Freiheitskampfes. Und wir müssen ihnen zu Hilfe kommen, wir müssen alle unsere Bemühungen anstrengen, um sie aus den Händen ihrer Henker zu befreien und auf diese Weise ihre Kräfte für den bevorstehenden großen Freiheitskampf zu erhalten.“ St.

Die RH. der Schweiz und ihr I. Kongreß

I.

Die RH. der Schweiz wurde im Dezember 1923 gegründet. Eine Organisation war sie damals noch nicht, sondern nur lose zusammengefaßte Komitees, um die sich eine Schar opferwilliger und solidarischer Kameraden sammelte. Mit dem Werden der RH. der Schweiz begann zugleich eine scharfe Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Führern und reformistischen Gewerkschaftsangestellten. Die IRH. wurde als eine kommunistische Organisation bezeichnet, die unter dem Deckmantel versuche, an die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen. Bei der relativ schwachen Verbreitung der Schweizer kommunistischen Presse, die restlos für uns eintrat, mußten wir in diesem Kampf natürlich zurückbleiben gegen die ganze Reihe sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Zeitungen, die uns bekämpften.

Ohne diese Bekämpfung wäre es möglich gewesen, daß in der Schweiz sehr

bald eine gute und große RH. hätte entstehen können, da hier traditionelle Überlieferungen von früheren ähnlichen Organisationen noch vorhanden waren. Wir erinnern nur an den Flüchtlingsfonds, der in der Schweiz gebildet wurde, als unter Bismarck in Deutschland das Sozialistengesetz kam. Dann an die Flüchtlings- und Rechtsschutzkassen der Arbeiter-Union, die, wenigstens in den Unterstützungsformen, der RH. entsprachen; die Bürgerschaftsgenossenschaft für die in der Schweiz asylsuchenden Politémigranten und schließlich der von der Jugendinternationale gegründete Liebknecht-Fonds. Aber die wüste Hetze gegen uns verschleierte auch die Erinnerungen an diese „stolzen Vorfahren“ der IRH. bei der Großzahl der Arbeiter.

Später stellten sich dann unsere Gegner um. Als alle Verleumdungen nichts fruchteten und restlos widerlegt und das Gegenteil belegt werden konnten, erklärten sie einfach, die IRH. existiere für sie nicht, und sie nahmen von ihr absolut keine Notiz. Sicher auch eine Waffe, und zwar eine gefährliche, wenn sie konsequent zur Anwendung gelangt. Zwei Gewerkschaftszeitungen und einige sozialdemokratische Zeitungen durchbrachen aber diesen Wall, indem sie Artikel, Aufrufe, Abrechnungen usw. von uns brachten, denn wir hatten nie aufgehört, unsere für die Presse bestimmten Publikationen immer wieder an alle Arbeiterzeitungen zu senden. Bei unsern letzten Aktionen: Polen, Sacco und Vanzetti und Winterhilfe hatten wir schon eine ansehnliche Hilfe bei SP-Gewerkschaftszeitungen. Ein anderer Teil lehnt es nach wie vor ab, etwas von uns zu veröffentlichen, selbst nicht einmal bezahlte Inserate

II.

Impuls bekam unsere RH.-Bewegung mit der Durchführung der Kinderhilfsaktion für Deutschland, wo wir zu Beginn des Jahres 1924 aus Sachsen 121 Kinder für elf Wochen bei Arbeiterfamilien in der Schweiz unterbrachten. Die ersten drei Monate, in denen wir vor allem auf das Wüten der Klassenjustiz in Deutschland hinwiesen, brachten uns finanziell rund 7000 Franken, wovon wir 1200 Franken sofort an die RHD. für ihre Opfer ablieferten, ungefähr gleichviel für Flüchtlings- und

Emigrantenunterstützung brauchten und den Rest verausgabten für die erwähnte Kinderaktion. Als Werbematerialien hatten wir nur drei verschiedene Postkarten, und erst viel später dann noch Marken. Vom EK. verlangten wir die Herausgabe einer illustrierten Zeitung zur Förderung der Aktion.

Nach Beendigung der Kinderaktion wollten wir in diesem Sinne fortfahren und proponierten dem EK. die Errichtung eines Kinderheims in der Schweiz. Wir wußten, daß es eines bestimmten Objekts bedarf, um die Arbeiter ständig opferwillig zu erhalten. Selbst könnten wir an ein solches Unternehmen nicht herantreten, da unsere Mittel nicht so weit reichten. Leider wurde daraus nichts.

Viel Wert legten wir in unserer folgenden Propaganda darauf, in die Gewerkschaften und deren Presse einzudringen. Mit Hilfe des MEB. stellten wir besonders jene Terrorerscheinungen zusammen, die im Zusammenhang mit Aktionen der Gewerkschaften, mit ökonomischen und sozialen Kämpfen zutage traten. Von großem Erfolg war leider unser Bemühen nicht. Wir gelangten dann mit Zirkularen und Sammellisten an rund 2000 Gewerkschaftssektionen, Arbeiter-Turn-, Sport- und Kulturorganisationen mit dem Erfolg, daß in einigen hundert Sektionen über die RH., ihr Ziel und Zweck gesprochen und schließlich auch Beiträge bewilligt wurden.

III.

Die Frage einer Mitgliederorganisation kam uns im Sommer 1924. Damals schrieben wir an das EK.: „Bereits haben wir Freunde, die monatlich regelmäßig ihre Beiträge bezahlen. Wir haben nun die Frage aufgeworfen, ob es möglich wäre, direkt eine Solidaritätsorganisation zu schaffen, die über das ganze Land ausgedehnt werden sollte. Dazu wäre dienlich ein allgemeiner Aufruf, dann etwas wie ein Statut, das aber nur etwa fünf bis sechs Punkte umfassen dürfte und gipfeln muß in der Bereitschaft, monatlich soundso viel regelmäßig zu angeführtem Zwecke abzuliefern. Als Ausweis wäre eine Art Mitgliedskarte zu geben, auf der die Beiträge quittiert würden. Richtig eingeleitet wären damit auch Kreise der SP. und Intellektuelle zu erfassen.“

Könnt ihr uns baldigst hierin eure Anweisungen geben?“ Heute ist dies eine Selbstverständlichkeit. Damals aber war dies, mit Ausnahme der Sowjetunion, eine Neuorientierung der RH., die ursprünglich gar nicht als Mitgliederorganisation gedacht war. Fast zu gleicher Zeit mit uns wurde diese Frage in Deutschland und Österreich diskutiert und wurde erst später Allgemeingut der IRH. Wir gaben dann eine diesbezügliche Werbekarte heraus und sammelten so unsere ersten hundert Mitglieder. Leider mußten wir in der Folge unsere Werbearbeit unterbrechen. Zwei größere wirtschaftliche Konflikte waren ausgebrochen, und für diese mußte in der Gesamtarbeiterschaft gesammelt werden. Die ganze Solidarität wurde diesen Kämpfenden zugewandt, und die RH.-Arbeit mußte zurücktreten. Die Umstellung auf Mitgliederorganisationen wurde erst zur praktischen Tat, als im Dezember 1924 der Parteitag der KP der Schweiz beschloß, die Mitgliedschaft bei der RH. als obligatorisch zu erklären und die Bildung von selbständigen Sektionen zu fördern. Wenn eine Organisation auch nicht mit Beschlüssen gemacht wird, so war dies doch ein ganz gewaltiger Vorteil für uns, zumal in den Reihen der Kommunisten selbst ziemlich starke Strömungen vorhanden waren, die die Bildung einer besonderen RH.-Organisation einfach nicht begreifen wollten. Wir gingen aber mit gutem Mut an die Arbeit, überall die losen Komitees zu festen Sektionen auszubauen. Heute zählen wir 68 Sektionen mit rund 4000 Einzelmitgliedern, und zwar 3000 Kommunisten, 750 Parteilos, 250 Sozialdemokraten und rund 15 000 kollektiv Angeschlossenen. 929 Mitglieder sind in 54 Straßenzellen und 465 in 32 Betriebszellen erfaßt, die übrigen in Organisationen.

IV.

Angefangen hatten wir mit einer ziemlich philanthropischen Einstellung. Erregung von Mitleid mit den Gefangenen und deren leidenden Angehörigen, Berichte über die Greuelthaten der Reaktionäre, Schilderungen des Elends der Emigranten usw. waren unsere Hauptmittel. Natürlich wurde immer die Klassensolidarität in den Vordergrund gestellt, aber zu wenig wurde die RH. als Kampforganisation gegen weißen

Terror, Klassenjustiz, für Amnestie usw. hervorgehoben. Die nötige Umstellung kam bald und wurde gut vollzogen. Eine naheliegende Frage war für uns das Asylrecht. Wir hatten mit dem zuständigen Bundesrat eine diesbezügliche Unterredung im Sinne der Schaffung eines Emigrantenheims in der Schweiz. Wir erhielten zur Antwort, das Asylrecht sei hier eine Tradition in dem Sinne, daß man gewissen politischen Flüchtlingen Asyl gewährte, vorab, wenn sie sonst gar nirgends mehr aufgenommen wurden. Es sei aber nicht irgendein subjektives Recht auf Asyl festgelegt. Man habe übrigens daraus je und je nur Scherereien und auch diplomatische Schwulitäten gehabt und sei gar nicht auf solchen Zuwachs erpicht. Insbesondere könne man nicht von vornherein Zusicherungen geben und habe dies auch bisher nicht getan. Der bestehenden Praxis entsprechend würde man, wenn solche Leute tatsächlich ins Land gekommen seien und dann das Asylrecht beanspruchten, von Fall zu Fall entscheiden, ob die Voraussetzungen für Gewährung des Asyls gegeben seien, ob sie nicht in einem andern Land noch Aufnahme finden könnten. — Einen Kampf um das Asylrecht konnten wir nicht führen, weil niemand um Asyl nachgesucht und niemand das Asyl nicht erhalten hatte.

Die nächste größere Aktion galt gegen den weißen Terror in Bulgarien. Mit einem Aufruf gelangten wir an etwa 100 Organisationen und 50 Intellektuelle; es unterzeichnete dann auch ein Teil unsern Aufruf, selbst eine bürgerliche Intellektuellenorganisation. Der Aufruf erschien in der KP.-Presse, einigen Gewerkschaftszeitungen, SP.-Zeitungen, und die bürgerliche und übrige Presse nahm davon Kenntnis durch eine Agenturmeldung. Mit Schreiben gelangten wir dann an den bulgarischen Justizminister, den Vorsitzenden des Sofioter Kriegsgerichts und die bulgarische Gesandtschaft in der Schweiz, mit dem Ersuchen einer Delegation von uns — einem Rechtsanwalt, einem Gewerkschaftsvertreter und einem Journalisten — Einreise zu gewähren. Die bulgarische Gesandtschaft lud uns ein zu einer Besprechung, um „ergänzende Angaben über Zweck und Sinn unserer Mission zu erhalten“. Die Unterredung fand

dann statt, und der bulgarische Geschäftsträger lehnte die Einreise natürlich ab, da „unsere Behauptungen erlogen seien und in Bulgarien gar kein Terror herrsche“. Von einer Verteidigung könne deshalb keine Rede sein, da uns niemand hierzu mandatiert hätte. Als wir dann später aber Mandate noch beibrachten und die Einreise für einen sozialistischen und einen bürgerlichen Rechtsanwalt (einen ehemaligen Staatsanwalt) verlangten, wurde auch dies abgelehnt. — Wir nutzten dies alles natürlich in der Öffentlichkeit aus. Es fanden neun große öffentliche Versammlungen statt, und in etwa 20 Gewerkschaftsversammlungen wurde ebenfalls über den Zankoff-Terror gesprochen.

Als in Deutschland der Tschecha-Prozeß war, machten wir mit Hilfe vieler Intellektueller eine Protestaktion, und die 1.-Mai-Demonstrationen wurden fast allgemein für die RH. ausgenutzt durch die Referenten und durch Werbematerial (Plakate, Fahnen usw.).

Im Sommer 1925 traten wir mit unsern Aktionen etwas in den Hintergrund, um die von der IAH. eingeleitete China-Hilfe nicht zu durchkreuzen. Dann aber wurde wieder wuchtig eingesetzt für die Freilassung des Genossen Lanzuzki und gegen den Terror in Rumänien.

Gemeinsam mit der KP. führten wir im Oktober 1925 eine große Aktion für Rakosi und Genossen durch, die in jeder Beziehung als gelungen bezeichnet werden darf.

Um die Front zu verbreitern und neue Formen der Einheitsfront zu finden, wurden überall antifaschistische Komitees gebildet mit der SP., KP. und den Gewerkschaften, zum Kampfe gegen den italienischen Faschismus, die teilweise aber auch Sacco- und Vanzetti-Versammlungen durchführten, die wir in jeder Etappe des Kampfes immer eine ganze Reihe hatten.

So könnte weitergefahren werden mit der Aufzählung der Aktionen. Sie sind aber international bekannt, wir wollen nur feststellen, daß wir sie alle mit mehr oder weniger Erfolg durchgeführt haben und dabei natürlich innerlich gestärkt und an Mitgliederzahl gewachsen sind. Ebenso steigerten wir von Aktion zu Aktion unsern Einfluß in der übrigen Arbeiterschaft, so ist zu sagen, daß bei den

Polen-, Sacco- und Vanzetti-Aktionen im Sommer und Herbst 1926 schon ein schöner Teil der SP.-Presse uns unterstützte, ganz besonders das Zentralorgan, die „Berner Tagwacht“.

V.

So lag die Situation im allgemeinen, als wir im September 1926 unsern ersten Landeskongress durchführten. Obwohl es dringend nötig gewesen wäre, mit den Funktionären draußen in den Sektionen viele große und kleine Organisationsfragen gründlich durchzubesprechen, entschieden wir uns für einen großen Kongress, d. h. für die größte Öffentlichkeit des Kongresses. Wir erließen Einladungen an alle wichtigen Instanzen der Gesamtarbeiterschaft, um so zu dokumentieren, daß wir bereit sind, in aller Öffentlichkeit Rechenschaft über unsere Tätigkeit und unser Wollen abzulegen. Über den Kongressverlauf verweisen wir auf unsern Artikel im „Roten Helfer“ vom November 1926. Hier wollen wir nur noch hervorheben, daß der Kongress sehr gut gewirkt hat auf unsere Funktionäre. Der Bericht über bisherige Tätigkeit und künftige Aufgaben gab so vielerlei Anweisungen für die praktische Arbeit und so viele Hinweise, wie gut gearbeitet werden kann, daß sich das dann auch nachher in der praktischen Arbeit zeigte und auswirkte. Für die ideelle Einstellung gaben die Referate des EK.-Vertreters, der verschiedenen Landesvertreter von Bruderorganisationen und das Referat des Vorsitzenden der RH. der Schweiz glänzendes Material. Jetzt, wo wir die Winterhilfe für unsere zwei Patenschaftsgefängnisse (Kottbus in Deutschland, Wronki in Polen) durchführen, zeigt sich der schöne Elan, der in unsere Bewegung durch den Kongress hineingekommen ist.

VI.

Zum Schlusse noch einige Bemerkungen. Die RH. der Schweiz mußte, wie alle anderen Sektionen, die Etappen durchmachen von einer losen Sammelorganisation bis zu einer festgefühten Solidaritäts- und Kampforganisation. Noch nicht restlos sind die Schlacken früherer Etappen beseitigt, aber die Entwicklungslinie zeigt den richtigen Weg. Bis Ende 1924 wurde die RH.-Arbeit von Funktionären im

Nebenamt gemacht, und meist waren es Genossen, die sonst in der Arbeiterbewegung sehr stark engagiert waren, dann für ein halbes Jahr ein halb-besoldeter Sekretär. Doch diese eine Lösung zeigte sich als unbefriedigend. Seit April 1926 hat das EK. eine Lösung getroffen, die gewisse Garantien bietet, daß die Arbeit voll und ganz im Sinne der Intentionen des EK. der IRH. geführt werden kann. Eingenommen hat die RH. Schweiz seit ihrem Bestehen rund 50 000 Schweizer Franken, wovon rund 32 000 Franken aus Beiträgen, und zwar 13 000 Franken von Einzelmitgliedern, 13 400 Franken aus Organisationen und 5600 Franken als freiwillige Beiträge. Eine Steigerung der Einnahmen kann nur erreicht werden, wenn wir bestimmte Objekte zum Ziel unserer Hilfe bekommen, sei dies nun in der Errichtung eines Kinderheims oder in der Übernahme von Patenschaften, wie das jetzt mit Wronki und Kottbus geschehen ist. W. Trostel, Zürich.

Die IRH. in der USSR.

Einige Ergebnisse der Neuregistrierung der IRH.-Mitglieder

Als Gegenwirkung des schrankenlosen Waltens des weißen Terrors in den kapitalistischen Ländern ist bei uns in der USSR. das elementare Wachstum der IRH.-Organisation zu verzeichnen.

Das ganze Jahr 1924 und der Anfang des Jahres 1925 standen unter dem Zeichen des Massenbeitritts von Kollektiv- und Individual-Mitgliedern zur Mopr.

Das Ergebnis war, daß die Mopr zum Schluß des Jahres 1925 ungefähr 5 000 000 Mitglieder in ihren Reihen zählte, von denen 61 Proz. Arbeiter und Bauern waren. Das Netz ihrer Organisationen erstreckte sich über die ganze Sowjetunion, von Weißrußland bis Wladiwostock und von Archangelsk und Murmansk bis nach Armenien.

Vor der Organisation entstand die nächste Aufgabe: von der bisherigen Kampagnenmethode, die nur ein zahlenmäßiges Anwachsen der Mitgliederzahl ergibt, zur planmäßigen, tieferegreifenden, erzieherischen Arbeit überzugehen. Die spontane begeisterte Hilfe sollte in eine

bewußt und systematisch geleistete verwandelt werden.

Zur Verwirklichung dieser Aufgabe entstand die Notwendigkeit: 1. die Organisation zu beleben und ihre Gliederung voll auszugestalten, 2. den qualitativen Mitgliederbestand genau festzustellen, 3. das Prinzip einer streng individuellen Mitgliedschaft einzuführen, 4. die Organisation von totem Ballast zu befreien und 5. die Mängel der bisherigen Arbeit aufzudecken.

Demzufolge wurde im November 1925 eine Neuregistrierung aller Mitglieder der Mopr beschlossen, die fast ein ganzes Jahr zu ihrer Durchführung beanspruchte.

Die Neuregistrierung konnte praktisch nur in den ersten Monaten des Jahres 1926 begonnen werden, und jetzt erst sind wir in der Lage, gewisse, wenn auch allerdings nicht erschöpfende, immerhin aber recht bedeutende Ergebnisse derselben innerhalb der bedeutendsten Mopr-Organisation festzustellen.

Das vorläufige Ergebnis der Neuregistrierung — „vorläufig“ daher, weil nicht alle Organisationen die Neuregistrierung bereits voll durchgeführt haben — beträgt innerhalb 34 Organisationen (wobei 33 Bezirke der Ukraine als eine Organisation angenommen wurden) 2 209 351 Mitglieder. Läßt man hiervon 102 689 Mitglieder unberücksichtigt, deren soziale Verhältnisse unbekannt geblieben sind, so ergibt sich eine folgende Gruppierung der übrigen Mitglieder: Arbeiter 39,7 Proz., Bauern 15,9 Proz., Angestellte 27,9 Proz., Militärpersonen 6,5 Proz. und verschiedene (Studierende, Hausfrauen, Heimarbeiter) Personen 10 Proz.

Dem Geschlecht nach: 76,4 Proz. Männer und 23,6 Proz. Frauen.

Der Parteizugehörigkeit nach: Mitglieder und Kandidaten der Kompartei 14,1 Proz., Mitglieder der Jugendorganisation 12,8 Proz., und Parteilose 73,1 Proz.

Diese Zahlen weisen auf eine geringe Erfassung der Bauernschaft und der Frauen seitens der Mopr. Läßt man jedoch unsere beiden größten Organisationen, die Moskauer und Leningrader, unberücksichtigt, da in diesen beiden bedeutendsten Industriezentren die Bauernschaft schwächer als alle anderen sozialen Schichten erfaßt wurde, so ergibt sich

bei den übrigen Organisationen ein stärkeres Hervortreten der Bauernschaft; unter Zugrundelegung der obigen Angaben — ohne die Moskauer und Leningrader Organisationen — ergeben sich folgende Verhältnisse: Arbeiter 35,5 Proz., Bauern 22,1 Proz. (mehr um 7 Proz.), Angestellte 27,1 Proz., Militärpersonen 6,3 Proz. und verschiedene 9 Proz.

Demgegenüber weisen die Moskauer und Leningrader Organisationen für sich allein genommen folgende Zahlen auf:

Moskau: Arbeiter 46 Proz., Bauern 5 Proz., Angestellte 34 Proz., diverse 10 Proz.

Leningrad: Arbeiter 47,8 Proz., Bauern 6,5 Proz., Angestellte 25,6 Proz., diverse 20,1 Proz.

Es zeigt sich somit, daß von diesen beiden letzteren Organisationen die Bauernschaft recht schwach erfaßt worden ist, wobei das Leningrader Gouvernement, als Zentrum unserer Schwerindustrie, ein stärkeres Verhältnis der Arbeiter als in Moskau, letzteres jedoch, als administratives Zentrum der Sowjetunion, ein stärkeres Hervortreten der Angestellten aufweist.

Die Hauptmasse unserer Mitglieder in allen Organisationen besteht aus Arbeitern und Bauern = 55,6 Proz. Dies Verhältnis steigert sich noch mehr, wenn man berücksichtigt, daß der größte Teil der Militärpersonen sich auch aus Bauern rekrutiert, die, nachdem sie in der Armee auch in gesellschaftlicher Hinsicht eine gute Schulung erfahren, die besten Träger der Mopr-Ideen ins Dorf werden.

Welche inneren Verschiebungen haben sich nun im Vergleich mit den Verhältnissen vor der Neuregistrierung in unseren Organisationen vollzogen? Diese Verschiebungen konnten nicht für alle vorstehend erwähnten 34 Organisationen festgestellt werden, da bloß 21 derselben Angaben über ihre Verhältnisse vor und nach der Registrierung gemacht haben.

Diese 21 Organisationen (24 Bezirke der Ukraine wieder als eine Organisation gerechnet) zählten vor der Neuregistrierung 12 083 Zellen, 1 083 086 Mitglieder, 367 777 Arbeiter, 228 452 Bauern, 262 602 Angestellte, 36 682 Militärpersonen, 65 027 diverse, 12 2546 unbekannt; nach der Neuregistrierung 13 207 Zellen, 890 806 Mitglieder, 283 576 Arbeiter,

183 455 Bauern, 219 461 Angestellte, 43 289 Militärpersonen, 70 694 diverse, 89 331 unbekannte.

Zieht man in beiden Fällen, vor und nach der Neuregistrierung, von der Gesamtziffer die Zahl der unbekanntem Mitglieder ab, so erhalten wir einen Rückgang der Gesamtmitgliederzahl von 960 540 auf 801 475, das ist um 159 065 Personen oder 19,6 Proz., wobei diese Abnahme für die drei ersten Gruppen (Arbeiter, Bauern und Angestellte) 171 339 Personen beträgt, während die Zahl der Militär- und diversen Personen (Studierende, Frauen von Arbeitern und Angestellten, Heimarbeiter) um 12 273 Personen gestiegen ist.

Von dem Gesamtrückgang der Mitgliederzahl entfallen auf die Arbeiter 83 201 Personen oder 48,5 Proz., auf die Bauern 44 987 Personen oder 26,3 Proz., auf die Angestellten 43 141 Personen oder 25,2 Proz. Diese Abnahme ist auch von einem gewissen Einfluß auf die innere Gruppierung gewesen, wie das aus folgenden Zahlen hervorgeht:

Vor der Neuregistrierung

Arbeiter	38,3	Proz. aller Mitglieder
Bauern	23,8	" " "
Angestellte	27,3	" " "
Militärpersonen	3,8	" " "
Diverse	6,8	" " "

Nach der Neuregistrierung

Arbeiter	35,5	Proz. aller Mitglieder
Bauern	22,9	" " "
Angestellte	27,4	" " "
Militärpersonen	5,4	" " "
Diverse	8,8	" " "

Parallel mit der Abnahme der Mitgliederzahl sehen wir ein Anwachsen der Zahl der Mopr-Zellen. Vor der Neuregistrierung waren es 12 083, nach der Neuregistrierung 13 207 (eine Zunahme von 9,3 Proz.). Das ist ein Beweis dafür, daß ein Streben der Bevölkerung in die Reihen der Mopr unverkennbar vorhanden ist. Man muß es nur verstehen, die gewonnenen Mitglieder festzuhalten und in die Arbeit hereinzuziehen.

Wie erklärt sich aber denn der Rückgang der Mitgliederzahl um 19,6 Proz.?

Aus den Informationsberichten der Ortsorganisationen geht hervor, daß der Rückgang der Mitgliederzahl auf folgende Umstände zurückzuführen ist: 1. die nicht genügend breit durchgeführte Auf-

klärungskampagne unter den Mitgliedern über die Bedeutung der Neuregistrierung, über den Zusammenhang dieser Maßnahme mit den Zwecken und Zielen der Mopr, aus welchem Grunde ein Teil der Mitglieder der Neuregistrierung ein geringes Interesse entgegenbrachte und aus der Organisation ausschied; 2. den Wegfall des „toten Ballastes“ aus der Periode der Kollektivmitgliedschaft. Es sind Fälle bekannt, wo nach der mechanischen Neuregistrierung die Hälfte der Mitglieder mancher Zellen ausschied, die später, wenn sich die Arbeit der Zellen wieder belebte, sich von neuem als Mitglieder eintragen ließen; 3. die frühere mangelhafte Kontrolle der Mitglieder, was vielfach mit einer mechanischen Weiterführung bereits ausgeschiedener Mitglieder in den Listen verbunden war.

Welches Ergebnis wird nun aber die Durchführung der Neuregistrierung in allen Mopr-Organisationen der Sowjetunion liefern? Wieviel Mitglieder werden wir ungefähr haben?

Vor der Neuregistrierung betrug deren Zahl ungefähr 5 Millionen. Unter Berücksichtigung des Rückgangs der Mitgliederzahl der bereits erwähnten 24 Organisationen können wir mit einer gewissen Annäherung annehmen, daß wir jetzt ungefähr 3 800 000 Mitglieder haben werden. Ausgehend aus dem bestehenden Verhältnis der sozialen Gruppen — 35 Proz. Arbeiter und 22 Proz. Bauern — werden von dieser Gesamtzahl ungefähr 1 330 000 Arbeiter und 836 000 Bauern sein.

Das ergibt, daß jeder vierte aller Arbeiter in der Sowjetunion Mitglied der Roten Hilfe ist.

Bauern im Alter von 18 bis 60 Jahren gibt es in der USSR. 54 Millionen Personen, mithin ist von je 64 Bauern einer Mitglied der Mopr, — ein recht anschauliches Bild der geringen Erfassung der Bauernschaft von der Roten Hilfe, das keine Zweifel darüber läßt, daß unsere Position im Dorfe noch recht schwach ist.

Somit hat die Neuregistrierung folgenden erwiesen: 1. daß unsere Arbeit unter der Bauernschaft und den Frauen noch schwach vorgedrungen ist; 2. daß im Vergleich mit den Verhältnissen vor der Neuregistrierung die Zahl der Arbeiter- und Bauernmitglieder eine gewisse Ab-

nahme aufweist; 3. daß die Periode der organisatorischen Ausgestaltung noch nicht überall zum Abschluß gebracht ist; 4. daß die Kaders leitender Mitarbeiter mit ihrer direkten Arbeit überlastet sind und daß im Zusammenhang damit 5. die Verrichtung der gesellschaftlichen Aufgaben den technischen Mitarbeitern auferlegt wird, das heißt daß die Mopr-Arbeit eine starre, wenig lebendige Form annimmt.

Dem stehen folgende positive Ergebnisse der Neuregistrierung gegenüber: 1. das Prinzip der freiwilligen und streng individuellen Mitgliedschaft hat festen Fuß gefaßt; 2. die Arbeit der Zellen hat sich belebt; 3. der Mitgliederbestand ist genauer erfaßt und festgestellt worden; 4. der Mitgliederbestand hat sich teilweise erneuert und 5., die Zellen haben sich von dem „toten Ballast“, den in Wirklichkeit bereits ausgeschiedenen Mitgliedern, befreit.

Diese Erfolge müssen gesichert und die Arbeit muß tiefer und breiter ausgestaltet werden; es wird dieser weitere Entwicklungsprozeß auch von dem bevorstehenden III. Plenum des ZK. der Roten Hilfe in der USSR. gefordert werden.

A. B a b a j e w a.

Die Ausstellung der IRH. in der Schweiz

Eine seit langem empfundene Lücke in der Agitationsarbeit der Roten Hilfe ist ausgefüllt. Der Versuch, unsere Arbeit auf allen Tätigkeitsgebieten auch den Kameraden, die mit dem Schaffen und Wirken der IRH. im einzelnen nicht vertraut sind, wie einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, ist gelungen. Was alles an Plakaten, Tabellen und Photos auf über 50 Tafeln zusammengestellt worden ist, hinterließ dem aufmerksam Studierenden einen nachhaltigen Eindruck von der Notwendigkeit und auch vom Helfen und vom Kampf unserer Organisation. Wir betonen, es ist erst ein Anfang. Viele Mängel sind noch zu beheben. Alles muß versucht werden, um das ganze Arrangement systematischer und mit Bezug auf die Verbreitung und die Arbeit der Roten Hilfe internationaler im weitesten Sinne des Wortes auszubauen. Vor allem muß der Statistik

über die Zahl der Gefangenen und deren Unterstützung — über die Zahl der Opfer, welche von der Klassenjustiz und vom Faschismus vom Leben zum Tode gebracht wurden und weiterhin gemordet werden —, über die Kinderhilfe und die Kinderheime größte Beachtung geschenkt werden. Mehr Photos müssen das statistische Material ergänzen und vor allem muß das Ganze aktuell und nicht schon alt sein. Das soll nicht heißen, daß nicht immer und immer wieder in die Köpfe gehämmert werden muß, was 1919, 1920 und 1921 das Proletariat an Opfern zu beklagen hatte, aber es war der große Mangel dieses ersten Wurfes, daß das Material in dem Momente abbrach, als unser Werk organisatorisch ausgebaut wurde und wuchs — und anfang, sich der Unterstützung weitester Kreise der Arbeiterschaft zu erfreuen. Wer das Ringen in jeder einzelnen Gewerkschaft oder Sportorganisation um einen Beitrag oder um die Kollektivmitgliedschaft mitgemacht hat, wird die Gelegenheit freudig ergreifen, um aus Zweiflern, an Hand lückenlosen Materials, rückhaltlose Freunde der Roten Hilfe zu machen.

Das ist uns gelungen! Wir konnten bei allen, die durch die Ausstellungsräume schritten, eine tiefe Bewegung feststellen. Und sozusagen jeder und jede, die noch nicht Mitglied waren, füllten die Beitrittserklärung aus, bevor sie das Lokal verließen. Wir vermieden es absichtlich, zu erklären oder zu „belehren“, wo wir nicht gefragt wurden, was zum Beispiel beim russischen Text ausnahmslos der Fall war. Am meisten Eindruck machten die Bilder und Statistiken über die Kinderhilfe und die Heime Barkenhoff und Mopr, insbesondere die Ausschnitte über Tod oder Dauer der Haat des Vaters, Wohnungsverhältnisse, Gesundheitszustand der Kinder vor und nach der Heimeinweisung usw. Die weiblichen Besucher der Ausstellung haben sich vor allem damit eingehend beschäftigt. Und immer wieder wurde die Schrift: „Helft den Kindern“, gekauft, bis kein Stück mehr da war. Mit großer Freude und Genugtuung wurde die Arbeit unserer russischen Kameraden verfolgt. Da kamen zahlreiche parteilose Vorstandsmitglieder, die irgendwo und irgendwann im Gefecht „Für oder gegen“

die Rote Hilfe sich noch nicht schlüssig waren und den Verleumdern Gehör schenkten. In der Ausstellung schmolz das Eis. Die Broschüre: „Was ist und was will die IRH.“, nahm jeder mit. Diese Genossen sind heute unsere besten Helfer. Man fühlt es geradezu an der großen Zahl von Beiträgen aus allen Organisationen, daß durch den Besuch der Ausstellung bessere Einsicht Platz gegriffen hat.

Das ist die Hauptsache. Daß wir das Ganze in hübscher Aufmachung auf rotbedeckten Tischen unter Blumenschmuck aufgestellt, die Plakate aller Landesorganisationen an die Wände hefteten und über allem unsere rote Fahne mit der Aufschrift „Gruß allen

Opfern der Klassenjustiz“ entfalteten, mag dazu beigetragen haben. In Summa: wir sind mit dem Besuch, mit dem Erlös aus Schriften und Karten zufrieden; wir freuen uns, daß die erste Ausstellung über unsere Arbeit — soweit man diese ausstellen kann — einen guten Eindruck hinterließ und als ernste Angelegenheit eines jeden klassenbewußten Arbeiters aufgefaßt wurde. Wir schließen nicht zuletzt dank derselben unsere Reihen immer dichter und dringen in jeden, der das Wort „Solidarität“ nicht nur am Bierisch gebraucht, und rufen immer und überall:

„Es lebe die Internationale Rote Hilfe!“
Bluß, Basel.

ROTE - HILFE - LITERATUR

Instruktive Schriften der Roten Hilfe.

„Material für die Tätigkeit der Gefangenen-Beiräte.“

Berlin, Rote Hilfe Deutschlands, 32 Seiten, 1926.

Unter diesem, auf den ersten Blick so bescheidenen und trockenen Titel verbirgt sich eine der inhaltlich reichhaltigsten Erscheinungen der deutschen Roten Hilfe. Schon ihrem Typus nach nimmt diese Broschüre eine besondere Stelle ein: neben der seltenen allgemeinen Rote-Hilfe-Literatur und der reichlichen literarischen Belletristik — eine glückliche Lösung des dringenden Bedürfnisses nach einer Literatur instruktiven Charakters. Bei alledem ist die vorliegende Broschüre kein gewöhnliches Instruktionsmaterial. Sie enthält nichts weniger als trockenes „Material“ für Funktionäre auf einem der gegebenen Gebiete der Rote-Hilfe-Arbeit; in der Behandlung ihres Themas geht die Broschüre weit über den Rahmen einer bestimmten Frage hinaus; ihrem Wesen nach stellt die Broschüre ein glänzendes Blatt eines großen Buches dar, dessen Name „Der Kampf um die deutsche Revolution“ sein müßte.

Schon die Zweckbestimmung des vorliegenden Materials für „Gefan-

genen-Beiräte“ spricht für sich. Diese zwei Worte rufen in uns alles das wach, was unter die Vorstellung vom „9. November 1918“ mit seiner endlosen Kreaturen-Gallerie aus dem bürgerlichen und sozialdemokratischen deutschen Sumpf fällt.

Eines der „Geschenke“, womit damals die Sozialdemokraten die zu „beruhigenden“ Massen beglückten, bestand ja gerade in dem sogenannten „Gesetz“ über die „Gefangenen-Beiräte“, das bestimmt war, eine „Reform“ in die schmachvollen Verhältnisse des Gefangenenregimes zu bringen — auf dem Wege der Heranziehung der „Bevölkerung“ zur gesellschaftlichen Kontrolle über die Gefängnisse. Das großmütige Geschenk im Augenblick des Abflauens der revolutionären Welle wird überall allmählich zurückgezogen und stillschweigend beiseite gelegt, um später im „nötigen“ Moment wieder auf die Bildfläche gebracht zu werden.

Und wenn auch an ganz vereinzelt dastehenden Gefängnissen solche Beiräte mit großem Lärm geschaffen wurden, so erwiesen sich dieselben ausschließlich — neben Beamten der Sozialdemokratie — als traurige Figuren lokaler „Wohltäter der Menschheit.“ Unter solchen Umständen wäre es natürlich ausgeschlossen, von irgendeinem regelrechten Funktionieren die-

ser „Beiräte“ zu sprechen; bestenfalls funktionierten sie — zur allgemeinen Zufriedenheit ihrer Urheber — überhaupt nicht, in der Regel aber dienten sie der Konterrevolution als eine ihrer unzähligen Mittel zur Bemäntelung der systematisch betriebenen Verunglimpfungen, Mißhandlungen und Morde in den Ebert-Gefängnissen. Auf diesem Hintergrunde gewinnt die große Bedeutung an Klarheit, die von der deutschen Sektion der Kampagne für die Schaffung von Gefangenen-Beiräten beigegeben wird. Das Zentralkomitee der Roten Hilfe Deutschlands stellte sich für die nächste Zeit zur Hauptaufgabe, unter den Massen Propaganda für die Rolle der Beiräte als wirkliche proletarische Kontrollorgane über das Gefängniswesen der deutschen Bourgeoisie zu führen. Die Rote Hilfe fordert die bedingungslose Erfüllung des längst bestehenden Gesetzes. Dementsprechend war die Beleuchtung dieser Frage, die Erweckung des Interesses der proletarischen Öffentlichkeit, die Instruktion der künftigen „Gefangenen-Beiräte“ der für die Entstehung der Broschüre leitende Gedanke.

Der Autor schildert aufs eingehendste den Verlauf des Kampfes um die Beiräte, er gibt eine Darlegung des Inhaltes, der dieser Institution zu Grunde zu legen ist, zum Unterschied von dem im konterrevolutionären Projekt dieses Gesetzes gegebenen Inhalt. Der Text der Broschüre enthält mit glänzenden Kommentaren versehene originelle Zitate aus diesem Gesetzentwurf; daneben werden genaueste Ratschläge gegeben, wie diese „Beiräte“ zu organisieren sind, wie sie vorgehen müssen, wie sie als Waffe zur Milderung des unerhörten Gefängnisregimes ausgenutzt werden sollen. Der Umstand, daß die Broschüre, trotz ihres spezifischen Inhalts, eine außerordentlich lebendige Schilderung desselben gibt — bietet Gewähr dafür, daß sie mit lebhaftem Interesse von jedem in größerem oder geringerem Maße aktiven deutschen Arbeiter gelesen wird. Sie wird ihm eine sein Alltagsleben aufs naheste berührende Instruktion auf der Gesamtfront der Revolution sein. St.

Anklage gegen Polizei und Justiz¹

Eine wuchtige, gut fundierte Anklage gegen Polizei und Justiz ist diese Schrift. Gegen die berufenen Organe der Gesetzlichkeit, die Schützer verfassungsmäßiger Rechte und feierlichst proklamierter Freiheiten richtet sich die Anklage. Nicht aus der Einstellung des Politikers, der Verfassung und Gesetz als ungerecht, als parteilich, als widersinnig nachweist, nein, mit dieser Schrift schleudert der Verfasser seine schweren Anklagen zwar nicht als Verteidiger der bestehenden Ordnung, aber fußend auf dem Boden der bestehenden Rechtsnormen. Und das gibt der Schrift ihre kulturhistorische Bedeutung, Halle bezichtigt Polizei und Justiz objektiv der Parteilichkeit, der Gesetzesverletzung, der Mißachtung unzweifelhafter Rechte, die die Verfassung garantiert. Nicht mit pathetischen Deklamationen, nicht mit moralisierenden Argumenten, nicht aus dem Arsenal einer prononcierten Weltanschauung ficht der Verfasser, er rückt der Polizei und der Justiz mit Dokumenten, mit Gerichtsurteilen, mit Verordnungen, mit unanfechtbaren Kommentaren auf den Leib. Unterstellungen, Fiktionen, Phantasien, von der anderen Seite ins Feld gestellt, setzt er die scharfe Waffe von Tatsachen und einwandfreier juristischer Deduktion formalechtsgültiger Rechtsbestimmungen entgegen. Darin liegt die überlegene Bedeutung dieser Schrift. Sie ist ein Dokument verletzten Rechtes. Wäre das verfassungsmäßige Recht eine wirkliche Waffe im Kampfe für eine Sache, die Angegriffenen müßten kapitulieren, müßten die Waffen strecken, müßten endlich dem Rechte freie Bahn geben. Um was handelt es sich? Die Rote Hilfe, ein Werk freier Hilfstätigkeit, wird von behördlichen Organen mit einer Beharrlichkeit und einer — Freiheit in juridischer Auslegung verfolgt, gehetzt, die ein Motiv verrät, das bestehendes Recht ersetzt durch den Willen zu vernichten. Seit Jahren wird Material gesammelt, um der Roten Hilfe als staatsgefährliche Organisation an den Kragen gehen zu können.

Das Urteil ist schon fertig. Seit fünf Jahren. Aber Unterlagen für eine Straf-

¹ Anklage gegen Justiz und Polizei, von Felix Halle, Mopr Verlag, Berlin, 98 Seiten.

verfolgung hat man noch nicht. Macht nichts. Das Urteil bleibt bestehen. Man sammelt Material, bis es in der richtigen Zusammenstellung und durch Zuhilfenahme gewaltsamer Konstruktionen, gepfeffert mit Spitzelangaben und erpreßten Protokollen, zu dem längst vorgefaßten Urteil genügt. Das ist das Bild, das jedem objektiven Leser aus dieser Broschüre ganz scharf umrissen in die Augen fällt. Die Rote Hilfe soll eine staatsgefährliche Organisation, angeblich eine kommunistische Organisation sein. Nehmen wir einmal an, die Rote Hilfe sei eine kommunistische Organisation insofern, daß durch die Tätigkeit der Roten Hilfe kommunistische Gedankengänge gefördert würden, wäre das in einem Rechtsstaat ein ausreichender Grund, die Rote Hilfe jahrelang zu verfolgen, um sie vernichten zu können? Kein Zweifel, ganz unbestritten: Die Rote Hilfe bewegt sich mit ihrer gesamten Tätigkeit auf dem Boden der Gesetzmäßigkeit. Sie trotzdem zu verfolgen, heißt, in gemeinverständliche Sprache übersetzt: nicht weil die Rote Hilfe gesetzwidrig handelt, sondern weil uns die Auswirkung ihrer Tätigkeit nicht paßt, darum wollen wir sie vernichten, und in willkürlicher Auslegung mißbrauchen wir dazu die Maske der Gesetzlichkeit! Der Staat, der so handelt, ist kein Rechtsstaat mehr, er proklamiert Anarchie und Willkür als legale Mittel im Kampf gegen jeden Gegner. Man beschuldigt die Rote Hilfe der Begünstigung politischer Flüchtlinge. Bei solchem Vorwurf könnte man an einen schlechten Witz denken. Gewiß, in Deutsch-

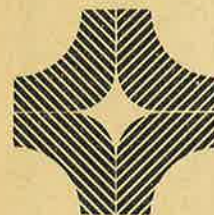
land werden politische Flüchtlinge begünstigt. Jedes Kind weiß es. Aber die Rote Hilfe ist doch nicht der Schutzengel der Fememörder, der Ehrhardts, der Rathenau- und Erzberger-Mörder, der Kappisten und sonstigen Rebellen gegen die Verfassung. Nicht die Rote Hilfe zahlt offenen Rebellen gegen die verfassungsmäßige Regierung hohe Pensionen. Nicht die Rote Hilfe macht einen Kapp-Führer, einen Beherberger verbotener Organisationen zum Polizeiminister der Republik. Wenn die deutsche Justiz Begünstiger politischer Flüchtlinge fassen will, dann muß sie nach rechts und sehr weit nach oben greifen. Der Roten Hilfe wird das Versammlungsrecht geschmälert, man erlaubt ihr keine Sammlungen für ihre Kinderheime, ja man versucht sogar, die Kinderheime zu unterdrücken. Der neueste Streich richtet sich gegen das Kinderheim Barkenhof. Die Behörde droht mit Schließung des Kinderheims, falls nicht künstlerische Wandgemälde entfernt werden. Es handelt sich hier um einen so ungeheuerlichen Streich, daß eine große Reihe der bekanntesten Künstler und Wissenschaftler dagegen öffentlich Protest erhebt. Man stellt sich taub gegen solche Proteste. Man ist blind für die Broschüre Halles. Aber diese Taubheit und Blindheit entkräften keine Anklage und können die Welt nicht täuschen. Diese Taubheit und Blindheit sind eine Bestätigung der Berechtigung der erhobenen Anklagen und Ausdruck des Willens, die bisher geübte Praxis weiter zu befolgen. W. D.

Soeben erschienen:

Gabriel Markos Mörderknote über Kinder

Illustriert von Griffel

Die 24 Seiten starke Schrift schildert in drei Erzählungen das schwere Los der Jugend der unterdrückten Arbeiter und Bauern Horthy-Ungarns



Preis
20 Pfennig

Die Rote Bühne Nr. 2

Zaristische Kerkergruel

Dieses Heft enthält die Erläuterungen zu der vom Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands herausgegebenen Lichtbilderserie »Zaristische Kerkergruel«



Preis
20 Pfennig

Zu beziehen durch
MOPR VERLAG, BERLIN NW 7
oder durch die Literaturobleute

Der Rote Helfer

Diese reichillustrierte Zeitschrift unterrichtet über die Arbeit und die Verfolgungen der Roten Hilfe, über die Klassenjustiz in Deutschland und allen anderen kapitalistischen Ländern, über den weißen Terror usw.

Preis jeder Nummer (20 Seiten) 10 Pfennig

Zu beziehen durch alle Postanstalten, durch den
Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands,
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78
oder durch die Rote-Hilfe-Funktionäre

Hast du gelesen:

Herr JÜRGENS

**Landgerichtspräsident, Untersuchungsrichter
beim Staatsgerichtshof, Kriegsverbrecher
unter Amtsmißbrauch, Meineidiger, Einbrecher,
Erpresser, Dokumentenfälscher und Betrüger?**

Preis 10 Pfennig

MOPR VERLAG, BERLIN NW 7

Literatur gegen die Klassenjustiz

Felix Halle: Anklage gegen Justiz und Polizei

Zur Abwehr der Verfolgungen gegen das proletarische Hilfswerk für die politischen Gefangenen und deren Familien

Die Broschüre enthält für die Rote-Hilfe-Arbeit außerordentlich wichtiges Anklagematerial. Der Name des Verfassers bürgt für eine gründliche und sachgemäße Behandlung des Materials. Eine Reihe der bekanntesten Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens, denen die Broschüre im Manuskript vorlag, haben sich in Zuschriften an den Zentralvorstand der Roten Hilfe in anerkennenswerter Weise über die Rote Hilfe geäußert und die Angriffe auf die Rote Hilfe verurteilt.

Organisationsausgabe 50 Pf., Buchhandelspreis Mk. 1.—

Felix Halle: Der Proletarier als Schöffe u. Geschworener

Diese Broschüre ist unentbehrlich für jeden klassenbewußten Arbeiter, der als Schöffe und Geschworener tätig ist. Dem Arbeiter fehlt es meist an Zeit und Gelegenheit, sich gründlich in das Studium der Gesetze zu vertiefen, und er verläßt sich darum leicht in die Fallstricke der Klassengesetze und in die Intrigen der Klassenrichter. Hier erweist sich die Schrift von Halle als ein leicht verständlicher und übersichtlicher Führer, der es ihm ermöglicht, seine Tätigkeit im Interesse seiner bedrohten Klassenbrüder auszuüben. Jeder proletarische Schöffe und Geschworene muß diesen Führer besitzen.

Organisationsausgabe 60 Pf., Buchhandelspreis Mk. 1.—

Felix Halle: Wie verteidigt sich der Proletarier in politischen Strafsachen vor Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht?

Ein unumgänglich notwendiger Ratgeber für jeden klassenbewußten Arbeiter. Unentbehrlich für jeden Arbeiter bei den dauernden Übergriffen von Polizei und Justiz gegen die werktätige Bevölkerung.

Preis 80 Pf.

Erich Mühsam: Gerechtigkeit für Max Hoelz

3. Auflage. 26. bis 45. Tausend, mit einem Nachwort von Artur Dombrowski, Zellengenosse und Generalbevollmächtigter von Max Hoelz.

Diese Kampfschrift zeigt den ganzen ungeheuren Justizmord an Max Hoelz. Mühsam hat diese Broschüre mit seinem Herzblut geschrieben. Jeden nimmt sie in Bann. Der Leser versteht erst dann die ganze Tragweite der Enthüllungen der letzten Monate im Falle Hoelz.

Preis 40 Pf.

George Lansbury:

Sein Ruf an die, die noch nicht mit uns sind

Der bekannte englische Arbeiterführer George Lansbury, Mitglied des englischen Parlaments und der englischen Labour Party, schildert in dieser Broschüre die Arbeiten der Roten Hilfe Englands und weist zwingend nach, daß in allen Ländern das Werk der Roten Hilfe die Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse sein muß.

Reich illustriert. Preis 10 Pf.

Wer ist's?

Diese Schrift wendet sich an die parteilosen und sozialdemokratischen Arbeiter. Sie zeigt ihnen an Hand vieler Beispiele das Wüten der Klassenjustiz, die heute nicht nur Kommunisten verfolgt, sondern alles, was irgendwie freihändlerisch gesinnt ist.

Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch

MOPR VERLAG · BERLIN NW 7

durch die Buchhandlungen oder durch die Rote-Hilfe-Funktionäre